ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Meyer, Hansgünter

Working Paper — Digitized Version

Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland: Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik

WZB Discussion Paper, No. P 93-402

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Meyer, Hansgünter (1993) : Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland: Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik, WZB Discussion Paper, No. P 93-402, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/50924

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

P 93-402

Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland

Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik

Hansgünter Meyer

Berlin, August 1993

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Tel.: 030/2 80 51 93
Fax: 030/2829504

Zusammenfassung

Ein bedeutender Teilprozeß der deutschen Vereinigung und der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft ist die Um- und Neugestaltung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern. Das von den Länderregierungen verwirklichte Hochschulerneuerungsgesetz sieht eine weitgehende Neugestaltung der Struktur des überkommenen Hochschulsystems der DDR vor. Damit waren umfangreiche Entlassungen und Ausgliederungen sowie die Einstellung bzw. Berufung von neuem wissenschaftlichen Personal verbunden. Der Neufestsetzung der personellen Kapazitäten unter Berücksichtigung der veränderten Strukturen und des zu erwartenden starken Zuwachses an Studierwilligen kam in diesem Prozeß eine große Bedeutung zu.

In dem Papier werden die Ausgangsdaten für die Personalstruktur des Hochschulwesens der DDR, ihre Relation zu denen der Bundesrepublik bis 1990 sowie der Vergleich dieser Eckziffern mit den Personalplanungen der ostdeutschen Länderregierungen, differenziert nach den verschiedenen Personalgruppen der Universitäten und Hochschulen, dargestellt und interpretiert.

Abstract

The reformation and restructuring of the university/higher education system of the new länder is considered to be of some relevant importance in the German unification process and in the transformation of the East German society. The Hochschulerneuerungsgesetz implemented by the governments of the new länder provides for a far-reaching restructuring of the university/higher education system of the former GDR. As a result, scientific staff was, on a large scale, dismissed from universities, and new scientific personnel has been recruited or appointed. The re-planning of scientific manpower, taking into consideration the changes of the university structures and the fact that an increasing number of young people intend to join higher education have an important role in this process.

In this paper main figures are presented for the personnel structure of the university/higher education system in the GDR by using the method of relating them to the figures of the Federal Republic of Germany until 1990. Figures are given for the staff planning of the governments of the new länder and they are broken up into the various personnel groups such as scientific and technical personnel.

This paper holds a documentation and gives a first interpretation of these figures.

Inhaltsverzeichnis Seite

1. Antinomien der deutschen Hochschulerneuerung 7

   1.1. Ausgangspunkte 7
   1.2. Die Antinomie der hochschulpolitischen Zielgröße 19

2. Spezifika der ostdeutschen Problemlagen im Erneuerungsprozeß - Erörterung einiger strittiger Positionen 20

   2.1. Dimensionen des Personalabbaus, -umbaus und der Personalerneuerung an ostdeutschen Hochschulen 20
   2.2. Ausgliederungen durch Urteile der Ehrenkommissionen 24
   2.3 Zum Abbau angenommener Personal-Überkapazitäten - Größen und Bezugsgrößen 26
   2.4. Betreuungsdichte im Studium 31
   2.5. Berechnungen zur Ausstattung der DDR-Hochschulen mit nichtwissenschaftlichem Personal - ihr Vergleich mit westdeutschen Hochschulen 41

3. Rekonstruierende komparative Darstellung der Hochschulpotentiale der Bundesländer und die Struktur-Konkordanz bei der Hochschulerneuerung Ost 45

   3.1. Konkordanz und Angleichung - Kapazitive Aspekte des ostdeutschen Hochschulwesens 45
   3.2. Hochschulpotentiale der deutschen Bundesländer im Vergleich 47
   3.3. Das Hessische Potential-Struktur-Maß und die Hochschulen der ostdeutschen Länder 57
   3.4. West-Ost-Konkordanz und die Personalstruktur nach Hochschularten 65
   3.5. Exkurs zum Thema Fachhochschulen 70
   3.6. Fazit einer Diskussion zur Hochschulerneuerung in den ostdeutschen Ländern 71

Anmerkungen und Literaturverzeichnis 83

1. Antinomien der deutschen Hochschulerneuerung

1.1. Ausgangspunkte

Die bundesdeutsche Hochschullandschaft war in den 60er und 70er Jahren hinsichtlich ihrer Leistung an exzellenter Forschung und wissenschaftlich hochgradiger Ausbildung zwar nicht ohne internationale Konkurrenz, aber sie galt doch als ein Muster und Vorbild für ein modernes Hochschulwesen. Die lange Tradition der deutschen Universitätsidee, formuliert von Wilhelm v. Humboldt, schien darin eine großartige Verwirklichung gefunden zu haben. Durch Neugründungen und Kapazitätserweiterung, durch die Einrichtung von Gesamthochschulen und Fachhochschulen schien der Rahmen des deutschen akademischen Wissenschaftsbetriebes für eine größere Gesamtleistung an Forschung und Ausbildung großzügig erweitert, seine Binnenstruktur zweckmäßig differenziert. 1977 wurde der Numerus clausus aufgehoben, die Zeit schien herangereift, wo Universitäts- und Hochschulbildung, für jeden, der es wünschte und dazu befähigt war, erreichbar wurde. Ein bedeutender Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft, zu mehr Chancengleichheit war getan.(1)

Nach den Studentenaufständen 1968/69, die einen tiefliegenden Konflikt zwischen Staat und /oder Gesellschaft und den Intellektuellen offenbart hatten, schien in der 2. Hälfte der 70er Jahre ein Zustand von Ausgleich und Synergie erreicht. Notwendige Anpassungen und Reformen hatten stattgefunden. Ein neues Kapitel glanzvoller deutscher Hochschulgeschichte konnte als aufgeschlagen gelten. (2)

In der DDR gab es ein anderes deutsches Hochschulwesen, das sich ebenfalls auf die Humboldtsche Universitätsidee berief und im Verlauf einer ganzen Reihe von Reformversuchen zwei Ziele zu erreichen anstrebte:

(a) Aus der Fixierung auf eine (schlimme Einseitigkeiten verursachende) nachholende massenhafte Spezialistenausbildung herauszukommen und den Anschluß an fortgeschrittene internationale Standards in Forschung und Lehre zu gewinnen. Mit dem politischen Schlagwort von der wissenschaftlich-technischen Revolution waren den Hochschulen Entwicklungserfordernisse zugewiesen, die auf eine Steigerung des wissenschaftlichen Gehalts von Lehre und Ausbildung und auf eine Steigerung ihres Forschungspotentials abzielten. Es hatte - nach dem Abklingen der exponentiellen Steigerung der Absolventenzahlen Mitte der 70er Jahre - der Aufbau von Forschungskooperationen mit der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE) und insbesondere mit den wissenschaftlichen Akademien der DDR begonnen. Im Verlauf dieser Entwicklungen wurde das Forschungspotential des Hochschulwesens bedeutend vermehrt.

Mit etwa 31.000 im "engeren Sinne" wissenschaftlichen, forschungs"generativen" Mitarbeitern (etwa 8.000 waren "Lehrer im Hochschuldienst", LHD), stellte es 14.000 Vollzeitkräfte für FuE. (vgl. Tab.1)

Die nachfolgende Tabelle 1.1. teilt die FuE-Kapazitäten mit. Die Personal-Kapazitäten des Hochschulwesens mit 14.000 (DDR) und 55.000 (BRD) *Vollzeitkräften* ausgewiesen, werden dabei nicht voll sichtbar. Zwischen zwei und drei Personen bilden hier je eine VbE (Vollzeitkraft). Diese Art der Berechnung ist jedoch unumgänglich, will man die Wissenschaftsbereiche miteinander vergleichen.

Tabelle 1.1.: Umfang und Verteilung der FuE-Potentiale in der DDR
1989/90, Angaben in 1.000 VbE (Vollzeitbeschäftigte)

FuE-Bereiche	DDR	%	BRD	%
Wirtschaft	86	65,1	297	73,7
Staatssektor	32	24,2	51	12,6
Hochschulen	14	10,6	55	13,6
Summe	132	100	403	100
nachrichtlich: Geistes- u. Sozialwissenschaften	8	6,1	22	5,5

Nach W. Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems - eine Zwischenbilanz. P 93-401, S. 11, DDR-Werte als "realer Bestand" nach der OECD-Methodik. In der DDR wurde das Personal für und in FuE weiter gefaßt als in der OECD-Statistik üblich. Es enthielt Beschäftigte der Infrastruktur, des wissenschaftlichen Gerätebaues, der zentralen EDV-Einrichtungen. Für die FuE des Hochschulwesens (14.000 VbE) wurde keine statistische Bereinigung ausgewiesen, obgleich auch dort Personal beschäftigt wurde, das den OECD-Kriterien für FuE nicht entsprach.

Quelle: Vgl.: Forschung und Entwicklung in der DDR, Essen 1990, Hrsg. SV-Wissenschaftsstatistik, Essen
BMFT, Hrsg. Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung 1988, Bonn 1990
Vgl. auch die Angaben bei R.H. Brocke, E. Förtsch, Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989-1991, Stuttgart 1991

(b) Diese Vorgänge sollten aber eingeordnet bleiben in eine "systemspezifische" Gesamtqualität der DDR-Hochschulen, d.h. in ihre Funktion als Wissenschaftssystem der "entwickelten und sich vervollkommnenden sozialistischen Gesellschaft". Man dachte sich das auf zwei Fundamenten stehend: Die Einbindung der Hochschulen in die staatliche (von der SED-Führung bestimmte) "Leitung und Planung" sollte direkter, straffer, verbindlicher sein. Zugleich sollte die ideologische Ausrichtung auf die von der SED-Führung festgelegte Gesellschaftsstrategie und ihre "weltanschauliche Begründung" lückenloser, konsequenter und effizienter werden. Wissenschaftliche Leistungen waren nicht irgendwie, sondern bewußt aus einer entsprechenden politisch-ideologischen Haltung heraus zu erbringen. (3)

Man kann retrospektiv festhalten, daß die Hochschulen der DDR sich auf ein wissenschaftliches Format zubewegten, das dem westlicher Länder in großen Zügen entsprach. Ende der 70er Jahre war die nachfolgende Stagnation der DDR-Hochschulen noch nicht absehbar. Im Zusammenhang mit der erwarteten bedeutenden technologischen Entwicklung der Wirtschaft der RGW-Länder und insbesondere der Sowjet-Union und gestützt auf die eingegangenen Forschungskooperationen, war es zumindest nicht unwahrscheinlich, ihren raschen Aufstieg zu wissenschaftlicher Exzellenz anzunehmen. Das Zurückbleiben der Studentenzahlen in der DDR gegenüber der inzwischen in der Bundesrepublik einsetzenden Bildungsexpansion wurde gelassen interpretiert. Zusammen mit der Fachschulausbildung kam man auf analoge Größenordnungen. (Vgl. die Statistiken im Abschn. 2.3.; 2.4.). Die DDR hatte ohnehin im Bestand an Ingenieuren je 10.000 Beschäftigte alle internationalen Rekorde überboten.(4) Die Wirtschaft forderte zwar immer neue Mengen an Absolventen an, zugleich aber wurde der Anteil der unterqualifiziert Beschäftigten größer und größer. Einen nennenswerten Altersersatzbedarf erwartete man erst für die späten 80er Jahre. Ferner war abzusehen, daß geburtenschwache Jahrgänge zur Hochschulreife zu führen sein würden. Es sprach nichts für eine Ausweitung des Lehrangebotes und der entsprechenden Kapazitäten. Die vorhandene Betreuungsdichte wissenschaftlichen Personals je Student wurde als vorbildlich gewertet.

So schien in beiden deutschen Hochschulsystemen, die übrigens voneinander kaum Wahr-

nehmungen hatten, und ihrem gesellschaftlichen Umfeld am Ende der 70er Jahre alles einigermaßen in Ordnung. Dennoch war dies die Zeit, in der sich in beiden ihre systembedingten Fehlentwicklungen herausbildeten.

In der BRD wurde das Überschreiten eines Zenits durch die sich allmählich abzeichnenden Zustände und Folgen der Überlast, die aus der Doppelkomponente steigende Studentenzahl und stagnierende Mitarbeiterschaft folgte, sichtbar. Bereits 1981 setzte eine kritische Bestandsaufnahme sich herausbildender Defizite in der westdeutschen Wissenschaftslandschaft ein, festgemacht u.a. an der zurückgehenden Exzellenz der Forschungsleistung der Hochschulen.(5) Daraufhin folgte 1989 die Erörterung der Defizite und Fehlentwicklungen in konventionellen Formen, wovon Wissenschaftsrat-Empfehlungen, WRK-Tagungen und einige Kongresse zeugten. (6) Am ehesten fand der Mittelbau schärfere Tonlagen. (7)

Bis 1989 herrschte eine Sichtweise vor, die von einem episodenhaften Charakter der Schwierigkeiten ausging. Der "Studentenberg sollte untertunnelt werden", am Ende des Tunnels, in der Mitte der 90er Jahre spätestens, würden sich abschwächende Jahrgänge von Studierwilligen und ein rasch einsetzender Ersatzbedarf für ausscheidende Hochschullehrer für einen durchgreifenden Wandel sorgen. (8) Man vergegenwärtige sich den konsenten Grundtenor der WRK-Tagung 1987 in Göttingen, wo noch von Vertretern der Hochschulprominenz das Schönreden der Situation geübt wurde, Einsichten vorgetragen wurden, daß man mit einer temporär schwierigen Lage fertig werden müsse, die Schwierigkeiten selbst stark relativiert erschienen und wo es am Ende offiziellerseits auf einen glaubensfesten Optimismus hinauslief, daß in wenigen Jahren die Herausforderungen der Zeit überstanden sein werden.(9)

In der DDR begann die Stagnation der Forschungsressourcen, die sich allmählich zum Verfall von Grundausstattung ausweitete (technische Überalterung und Verfall von zahlreichen Gebäuden, Anlagen, Ausrüstungen im physischen Wortsinn). Eine relativ dichte Personalausstattung vor Augen, hatte man die Prozesse der Personalerneuerung aus dem Blick verloren. Es setzte ein Vorgang ein, der kaum verstanden wurde: Die niedrigen Ersatzraten führten zum weitgehenden Verlust von Mobilität, zur Vernachlässigung der Nachwuchsausbildung und schließlich zu immer mehr Defiziten, um ausscheidende Professoren und Dozenten qualitativ zu ersetzen. Ein weiterer Faktor der Stagnation wurde die in dieser Situation entstandene "Lösung", die zentral verwalteten Mittel (dezentral eingeworbene Drittmittel gab es in der DDR nicht) auf wenige Fachrichtungen (Mikroelektronik und einige Bereiche der Materialforschung) zu konzentrieren. Die Stagnation ging über in den Zerfall von Potentialen.

Die Hochschulintelligenz der DDR, weit davon entfernt, korporativ zu handeln, beteiligte sich 1989 in großer Menge an den Demonstrationen und Protestaktionen (nach Feierabend). Das Bewußtsein, daß das herrschende Regime weder progressiv-sozialistisch, noch erneuerungsfähig war und völlig an den inneren und äußeren Realitäten vorbeiregierte, herrschte an den Hochschulen durchaus vor, ganz im Gegensatz zu den Disziplin wahrenden Industriebetrieben und den großen Administrationen. Nach dem Oktober 1989 begann eine allmähliche Neuformierung der Akteure und Gremien an den Hochschulen, die in die basisdemokratischen Strukturen der "Runden Tische", verschiedener Foren, Räte und Beiräte sowie studentischer Interessenvertretungen einmündete. Sie setzten die Hochschulerneuerung auf die Tagesordnung. Obgleich 1990 unter starken Druck der etablierten Parteien geraten (zu zögerlich, Halbheiten, keine durchgreifenden Personalausgliederungen) wurde doch sehr schnell folgendes erreicht: Weitgehende Mitspracherechte der Mitarbeiter und Studenten, Vertrauensabstimmungen über leitende Wissenschaftler, Ausarbeitung neuer Konzeptionen

für Lehre und Forschung, Öffnung der Hochschulen für eine uneingeschränkte internationale Wissenschaftskooperation, Beginn der Neuordnung der universitären Institutionen-Struktur. (Zu verweisen ist hier auf eine sozusagen gesamtdeutsche Perspektive der "Runden Tische" der DDR-Hochschulen, die Wolfgang Nitsch in seiner Schrift "Runde Tische an Hochschulen" vorstellt, erschienen 1991 im VAS-Verlag Frankfurt/M.)

In der Hochschullandschaft der westdeutschen Länder kam mit dem Zusammenbruch der DDR 1989/90 eine erstaunlich durchgreifende Ablenkung von den eigenen Problemlagen auf.

Dafür veränderte sich die ostdeutsche Szene umstürzend. Aus den Möglichkeiten einer deutsch-deutschen Wissenschaftsfusion, bei der die Erhaltung und der weitere Ausbau der ostdeutschen Potentiale im Vordergrund standen, mutierte im Verlauf des Herbstes 1990 das Konzept einer weitgehenden Abwicklung von Strukturen, einer Aussonderung von großen Gruppen von Personal.

Als Vorsitzender des Wissenschaftsrates hatte Dieter Simon, wie manch anderer, angenommen, die neuen ostdeutschen Länderregierungen würden die Chance ergreifen, die - im Unterschied zu den außeruniversitären Strukturen - durch den Vereinigungsvertrag nicht infrage gestellte Struktur der Hochschulen und deren personelles Potential zu erhalten.

Das Weiterfunktionieren dieses beachtlichen wissenschaftlichen Potentials (noch 1990/91) betonend, führt Simon aus: Den Hochschulen der DDR ".. blieb ein solcher Zusammenbruch (wie der industriellen FuE., H. M.) erspart. Sie gingen, das stand .. am 3. Mai 1990 fest, vollständig in die Verantwortung der Wissenschaftsverwaltungen der neuen Länder über. Für einen kleinen, aber qualitativ keineswegs unbedeutenden Teil der DDR-Wissenschaft schien damit das Überleben gesichert zu sein. Denn ob die neuen Wissenschaftsverwaltungen außer den offenkundig anstehenden politischen Ablösungen umfassende und tiefgreifende Änderungen vornehmen würden, war anfangs keineswegs deutlich."**(10)**

Es kam jedoch ganz anders. Mit den Landes-Hochschulerneuerungsgesetzen stellten sich die Landesregierungen folgende Aufgaben :

Die Demokratisierung der Hochschulen erfordere eine weitgehende Neugründung und Strukturumwandlung. Diese müsse sich nach den Standards der westdeutschen Bundesländer vollziehen. Ohne eine starke Durchmischung mit westdeutschem Hochschulpersonal sei die Erneuerung nicht möglich. Von innen kommende Erneuerungsbestrebungen, wie sie z.B. in der Konzeption des Rektors der Humboldt Universität, Heinrich Fink, angezielt wurden, könnten nicht zum Ziel führen. In seiner gegebenen Zusammensetzung sei das DDR-Hochschulpersonal prinzipiell nicht selbsterneuerungsfähig. Über jeden einzelnen Hochschulmitarbeiter aus DDR-Zeiten müsse befunden werden, ob er weiterverwendungsfähig sei oder nicht. Angefangen werden sollte mit der Neuausschreibung aller Professorenstellen. Professoren mit DDR-Karriere könnten sich mitbewerben, ihr Name wäre dann allerdings nur einer unter vielen Mitbewerbern (wie sich später herausstellte, manchmal bis zu 100 und mehr). Geleitet werden würde der gesamte Prozeß durch Struktur- und Gründungskommissionen bis zu Gründungsdirektoren für faktisch alle Struktureinheiten. Diese bestehen mit Mehrheiten bis zu 90% aus westdeutschen Hochschulprofessoren.

Nach der Neugründung der Einrichtungen (Institute, Fachbereiche, Fakultäten) sei über eine Bedarfsanalyse der Prozeß der Personalverringerung einzuleiten. Prinzipiell müsse man davon ausgehen, daß die aus der DDR-Zeit stammenden Bestände Personalüberfüllungen aufweisen, die bis zum Doppelten des nach westdeutschem Standard erforderlichen Bestandes (und mehr) betrügen.

Mit all dem wurden auf der Ebene der Länderegierungen die rechtlichen und prozessualen Grundlagen geschaffen, daß prinzipiell jede Struktureinheit aufgelöst und jeder Mitarbeiter, auf den man zu verzichten wünschte, entlassen werden konnte. Ein Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) entspannte die Situation dadurch, daß die Gleichwertigkeit von DDR-Hochschulabschlüssen prinzipiell anerkannt wurde, mit Ausnahme von Fächern, die man als "systemnah" einstufte. Auch diese waren als Hochschulabschlüsse anerkannt, allerdings nicht auf der Basis der Gleichwertigkeit. (12)

Die Strukturveränderungen, Schließung und Neugründung von Fakultäten und ganzen Hochschulen, Umstellung des Fächerkanons, Neuausschreibung aller Professuren, Befristung fast des gesamten Mittelbaues, dazu Massenentlassungen wegen "fehlenden Bedarfs" gewannen ein Ausmaß, daß man feststellen muß, das ostdeutsche Hochschulwesen, ausgelegt für eine Gesellschaft und einen Staat mit 16 Millionen Einwohnern, mit 54 Universitäten und wissenschaftlichen sowie technischen und künstlerischen Hochschulen und mit einer ca 105.000 Personen umfassenden Mitarbeiterschaft, darunter ca 39.000 wissenschaftlich Tätigen, wurde faktisch neu- und umgegründet. Sein Status charakterisiert sich durch eine unübersehbare Mischung aus Neuanfängen, Umstellungen, Übergängen, Provisorien und Altrestbeständen.

Der Anteil der Professoren und anderer wissenschaftlich führender Kräfte aus den westdeutschen Ländern wird im Ergebnis dieser Vorgänge auf ca 20% geschätzt. Die FAZ gibt in einer Recherche ein Verhältnis von 1.200 zu 5.000 "Landeskindern" an (24%)(11). Inzwischen sind weitere Entlassungen von ostdeutschen Mitarbeitern und weitere Berufungen westdeutscher Bewerber erfolgt. Dafür reduziert sich der Anteil des von Westen herbeigeeilten Personals an Gastdozenten. Wie das saldiert, können wir hier nicht beurteilen.

Allerdings, wenn man sich das Ziel stellte, durch gründliche Erneuerung auf möglichst kurzem Wege eine Nachschöpfung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder als das anzustrebende Ideal zu bekommen, so muß realistischerweise festgestellt werden, daß man vorläufig noch sehr weit davon entfernt ist - in mancher Hinsicht zum eigenen Glück.

1.2. Die Antinomie der hochschulpolitischen Zielgröße

Während 1991 bis 1993 die alte ostdeutsche Hochschulstruktur Stück um Stück verschwand, veränderte sich parallel zu diesem außergewöhnlichen Geschehen, das nichts Vergleichbares in der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte hat, auch die Situation der Hochschulen der westdeutschen Länder dramatisch.

Wir kommen hier auf einen weiteren außergewöhnlichen Vorgang zu sprechen, denn natürlich hat sich auf der Ebene der objektiven Tatbestände von 1988/89 bis 1992/93 nichts Umstürzendes ereignet. Es hat sich lediglich fortgesetzt, worüber man seit Jahren beunruhigt war. Verändert aber hatte sich die Optik, in welcher diese Dinge der Öffentlichkeit erschienen.

Die Tonlage ist schriller geworden, das Entstehen immer neuer konfrontativer Positionen unübersehbar. Es ist sehr die Frage, wann in Deutschland die Hochschulen so im Mittelpunkt des öffentlichen Interessen gestanden haben und wann die Aufspaltung in derart polemische Lager die jetzige Dimension hatte. (13)

Inzwischen gibt es eine Liste von kontroversen Konzept-Papieren in beträchtlicher Länge. Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Kultusministerkonferenz (KMK), Wirtschaftsgremien, Stifterverband usw. beteiligten sich daran. Eine politische Reflexion

darauf lieferte die Bundesregierung Anfang Februar 1993 mit einem "Grundsatzpapier zur Bildungs- und Forschungspolitik". Seit April 1993 gibt es eine (bemerkenswerte) umfangreiche Ausarbeitung des BDWi, für die Torsten Bultmann verantw. zeichnete. In großer Aufmachung liegt seit dem 19. 4. 1993 eine pointiert kommentierte Hochschul-Recherche des Spiegel vor, mit dem bezeichnenden Titel: Willkommen im Labyrinth. (14)

Eines an den differenten Positionen ist jedoch unumstritten: Die Lage der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen ist antinomisch: Noch nie waren sie so potent, so leistungsstark wie jetzt. Noch nie waren sie - sowohl gesellschaftlich-funktionell wie lebensweltlich für den Bürger - so sehr präsent und von zunehmender Bedeutung. In die "Lage an den Hochschulen" ist ungefähr ein Viertel der Nation verwickelt. Der Schritt ist getan - Akzeptanz durch die KMK - daß künftig 40% der jungen Deutschen ihre Berufsausbildung an den Hochschulen erhalten. Wie prekär die Öffentlichkeit sich von solchen Aussichten betroffen sieht, erhellt eine Rede des Berliner Wissenschaftssenators Ehrhard, in der er ankündigt, die Anzahl der Berliner Studienplätze um 15.000 zu kürzen (derzeit 146.000 Studenten in Berlin, die aber bei weitem nicht alle über einen Studienplatz verfügen) - und der sich unerfreulich betroffen sieht, wenn neue Wellen Studierender, wie er meint "in die Wärmehallen der Nation" Einzug halten. (15)

Auch das Forschungspotential der deutschen Universitäten - trotz aller Kritik an seinem Zurückbleiben hinter anderen wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland - hatte noch nie die heutigen Dimensionen. Ob es dabei den gewachsenen Forderungen nach seiner grundlagenwissenschaftlichen Exzellenz gerecht wird, kann allerdings aus vielen Gründen niemand zuverlässig beurteilen. (Stichwort: Auszug der Spitzenforschung aus den Universitäten.)

Die Situation andererseits ist aber die: Noch nie wurden so viele Kritiken und Monita im Detail und so schwerwiegende in Grundfragen an die Hochschulen gerichtet, wie gerade jetzt.

Es ist in aller Öffentlichkeit von verhängnisvollen Fehlentwicklungen, verknoteten Widersprüchen, ja von einer andauernden Entwicklungskrise die Rede. Gefordert werden völlig neue Modelle. Es gibt Vorstellungen, die Fachhochschulen zum strukturellen Kern und Prototypus der Hochschulen im industriellen Massenzeitalter zu profilieren. Noch mehr. Die Universitäten sollen Studienkernbereiche bilden, die Fachhochschulcharakter annehmen. Ohnehin wurde konstatiert, (Erichsen, HRK) daß Humboldt längst in der Masse erstickt sei. (Vgl. dazu Anm. 16) Wird es wirklich unvermeidlich, die deutsche Universiversitätsidee auf dem Altar industriegesellschaftlicher Hochqualifikationsstrukturen zu opfern?

Im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit sind die deutschen Universitäten eine Art ethnisch-kultureller Reichtum, der Essentielles im internationalen Prestige der Deutschen darstellt, der konstitutiv ist für ihre nationale intellektuelle Potenz, der die Deutschen zu einer führenden Kulturnation macht. Das sind keine zu starken Worte. Im Gegenteil, was die Universitäten und Hochschulen in der deutschen Selbstwahrnehmung und auch sachlich-funktionell in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht darstellen, kann kaum überschätzt werden.

Die "Lage an den Hochschulen" gewinnt das Ausmaß eines nationalen Traumas. Das gilt für alle deutschen Länder. Im deutschen Osten ist die Stimmung noch aufgeregter. Noch nie in der deutschen, ja europäischen Geistesgeschichte sind in so kurzer Zeit eine solche Menge von Wissenschaftlern von den Hochschulen verwiesen worden, 15-20.000, in der Mehrheit Mittelbau-Mitarbeiter, aber auch einige Tausend Professoren. Mit welchem Rechts- oder Unrechtsbewußtsein, als Professoren einem verbrecherischem Regime gedient zu haben,

oder eben nur wegen ihrer Biographie - DDR-Intellektueller - dem Erneuerungsprozeß angeblich nicht länger dienen zu können, oder einfach an einem nicht nachvollziehbaren "fehlenden Bedarf" im Lebensberuf gescheitert, das alles wäre noch zu erkunden. Einige Aspekte sollen w.u. ausgeleuchtet werden.

Mit ungewöhnlicher Schärfe listete die Hochschulrektorenkonferenz vom 6. Juli 1992 die Hauptprobleme auf(16). Ihre kritischen Punkte sind: Die Konzeption vom "doppelten, untertunnelten" Studentenberg, die in den 90er Jahren eine Entlastung der Hochschulen erwarten ließ, ist gescheitert. Die Zahl der Studienanfänger wird sich bei etwa **300.000** einpegeln. (Auch in den ostdeutschen Ländern würden sich, meint man, analoge Größenordnungen durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt herstellen.) Mit **1,5-1,8** Millionen Studenten werde man langfristig zurechtkommen müssen. Demgegenüber stagniere die Zahl der Stellen in den Landeshaushalten: **54.000** wissenschaftlich Tätige an den wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen und Universitäten 1977, **54.300** gegenwärtig! An den Fachhochschulen stieg sie von **8.800** auf **9.500**.

Der Anteil der Hochschulen am deutschen Forschungsbudget sank von 1978 = **17,4%** auf **13,6%**. Während sich die Ausgaben der Industrieforschung (nominal) verdoppelt haben, stieg das Budget der außeruniversitären Forschung auf ca **150%**. Entsprechend ist die Austattung der Hochschulen mit Forschungsmitteln in einem bedrohlichen Zustand. Aus der Überlast ist längst für viele Mitarbeiter und führende Leute des Lehrkörpers ein Aufreiben geworden, worunter nicht nur die Studentenbetreuung, sondern auch die Qualifikation und Weiterbildung leide. Nur scheinbar habe es eine spürbare Entlastung durch die Steigerung des Drittmitteleinsatzes (1970-1985!) auf das Dreifache gegeben. Die Probleme werden dadurch sichtbar, daß diese Mittel zu **2/3** aus der öffentlichen Forschungsförderung stammen (schönfärbender Umverteilungseffekt! H. M.) und daß inzwischen das Bewilligungsvolumen der DFG auf **45%** gesunken ist. Der Etat des BMFT wurde um 40 Mio. zurückgenommen und soll auf (nominal) **700** Mio. DM eingefroren werden.

Jetzt werde wirksam, daß die ungenügende Forschungsausstattung der Hochschulen eine durchgreifende Erweiterung der Drittmittelverwendung unmöglich macht.

Die HRK verweist schließlich auf den volkswirtschaftlichen Maßstab der Unterentwicklung des Hochschulwesens. Im Unterschied zu den 1975 aufgewandten **1,32%** des Bruttosozialproduktes liegt sein Anteil jetzt bei **0,99%**. (Ohne Berücksichtigung der Situation in den ostdeutschen Ländern.) Alles in allem fehle ein jährliches Ressourcen-Volumen von 9-10 Mrd DM.

Wir wollen kurz auf einen übergreifenden Aspekt eingehen:

Die konflikthafte Dichotomie von Wissenschaft und Forschung einerseits und praktischer Berufsausbildung andererseits begleitet die deutschen Hochschulen seit jeher. Sie ist im Grunde ***der*** innere Widerspruch der Humboldtschen Universitätsidee, den Hochschulen nicht nur eine höchst prekäre Doppelaufgabe zu stellen, sondern deren Lösung gerade von ihrer Verknüpfung und wechselseitigen Synergetik zu erwarten.

Solange die Hochschulen nur 1-3% eines Geburtenjahrganges - und dies beschränkt auf männliche Jugendliche - beruflich zu bilden hatten und die Hervorbringung wissenschaftlichen Nachwuchses einer ganzen Universität zeitgleich zweistellige Zahlen nicht überstieg, hielt sich der mit diesem Widerspruch einhergehende Konflikt in Grenzen. Er blieb gewissermaßen intern, beschränkte sich auf die Verhältnisse eines Hochschullehrers zu seiner überschaubaren Studenten- und Assistentenschar.

Inzwischen hat er die Dimension eines strukturellen Konflikts zwischen zwei sozialen Großsystemen angenommen: Einerseits das Ausbildungssystem für über 30% eines Geburtenjahrganges, andererseits grundlagenwissenschaftliches Fundament des ganzen nationalen Wissenschaftssystems. Mindestens von 50.000 Forschern ist im Falle der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen auszugehen. Das ist das Doppelte der außeruniversitären Forschung und mindestens die Hälfte der angewandten Forschung der Industrie.

Dieses Doppelgebilde "Universität", hervorgebracht von wissenschaftlichen Errungenschaften einer Zeit weit vor dem Zeitalter der "industriellen Massengesellschaften", wird zusammengehalten durch Konvention (Beharrungsvermögen von Institutionen) und innerwissenschaftliche Logik gleichermaßen. Sein Grundkonzept unterstellt, daß akademische Freiheit und universitäre Strukturen, daß Forschung in elitärer Verfaßtheit und ihre Lehrbarkeit in einem demokratischen Milieu die besten Rahmenbedingungen für den grundlagenwissenschaftlichen Fortschritt hergeben. Aber das, was Hegel die Einheit von Qualität, Quantität und Maß nannte, eine Einheit, die, wenn auch widersprüchlich, es lange Zeit gab, ist längst zertrümmert. Um ein guter Forscher zu sein, muß man nicht 400 Studenten betreuen. Deren Berufsausbildung ist nicht mehr einzuordnen in das kategoriale Doppelsystem der Einheit von Forschung und Lehre. Schon eher konträr: Forschung und Lehre behindern sich gegenseitig. Ihre dem Zwang der Umstände geschuldete Verknüpfung deformiert zwei wesentliche Systemfunktionen: *innere Zielstrebigkeit* als Resultante systemspezifischer Funktionalität und *Ausdifferenzierung* von Systemfunktionen/Systembereichen zur Herabsetzung von Hyperkomplexität und der mit ihr verbundenen Funktionsstörungen/Disfunktionalität.

Hochschullehrer und Hochschulforscher : welch eine von innen her widersprüchliche Interessenlage, die in einer ***Ekstase von Tugenden*** (Wolf-Dieter Narr, Torsten Bultmann) etwas zu synthetisieren sucht, was gegenständlich auseinanderstrebt. Was wunder, daß nichts so sehr die desintegrativen Tendenzen der Sachlagen selbst zentrifugal steigert wie das Chaos der Interessenlagen und kognitiv-psychischen Wahrnehmungen.

Die desintegrativen Tendenzen im Doppelwesen "wissenschaftliche Hochschule" gründen sich nicht nur auf den Systemkonflikt zwischen Lehre und Forschung. Sie liegen schon separat im Wesen heutiger universitärer Lehre und der heutigen Hochschulforschung.

Die universitäre Berufsausbildung ist nicht mehr das, was Lehre als Komponente des disziplinär-wissenschaftlichen Fortschrittes, als eine seiner Trieb- und Gestaltungskräfte war. Der Weg der Hochschule zu einem (staatlichen) tertiären System der Volks- und Berufsbildung ist schon um einige Stadien zurückgelegt, er scheint sogar irreversibel.

Um jedoch diese in vielen Untersuchungen thematisierten hochschulpädagogischen und wissenschaftstheoretischen Einsichten zu explizieren, müßten wir das hier vorgesetzte Thema sprengen. Seine Erwähnung im Sinne eines konzeptualen Schwerpunktes muß uns hier genügen. (17)

Wenden wir uns den Hochschulen als Forschungssystem zu.

Ein ganzer Strang von Disfunktionen zweigt sich aus der prinzipiell individualistischen und vernetzungsarmen Struktur der forschungsentscheidenden Akteure ab: little science versus big science.

Dies wiederum hängt mit der traditionellen Rolle der Hochschulen im nationalen Forschungssystem zusammen. Ihre Kerngruppe bilden die C_4-Professoren. Der Mittelbau ist definiert als das Nachwuchsreservoir, jedoch durch seine unbeständige Zusammensetzung

und seine stark abhängige Position in seiner Wissenschaftswirksamkeit eingeschränkt. Durch den überwiegend befristeten Charakter der Arbeitsverhältnisse, die wachsende Masse an nebenberuflichen Kräften und die relativ kurze Laufzeit und Unsicherheit von Forschungsfinanzierungen/-förderungen können die für zuverlässige Hochleistungen unerläßlichen stabilisierenden Faktoren sich nur schwach behaupten. Alles ist in Fluß, über drei Jahre hinauszudenken ist fast gegenstandslos. Schwer vorstellbar, daß ein anspruchsvoller Wirtschaftsbetrieb nach ähnlichen Prinzipien der Unstetigkeit verfährt, auf Stammbelegschaften verzichtet, über Jahre *gewachsene* Professionalität der Mitarbeiterschaft hintenanstellt usw. Die Personalstruktur in der außeruniversitären Forschung ist denn ja auch erheblich von der Personalstruktur der Hochschulen unterschieden.

Der in den 50er Jahren einsetzende Aufstieg des Hochschulwesens, als Lehrsystem wie als Forschungsbetrieb, ist spätestens Mitte der 80er Jahre in seine Peripetie eingetreten. Er durchlief seinen Zenit in der 2. Hälfte der 70er Jahre.

Unglücklicherweise hat aber die an sich normale Abflachung der Wachstumsraten des Hochschulpersonals in den 60er und 70er Jahren nicht als Normalität stattgefunden.(Jeder Wachstumsprozeß tritt in seine abflachende Phase ein, nichts wächst in den Himmel.)

Nach Angaben der HRK entwickelte sich die Anzahl der Personalstellen an den Hochschulen (also das vollzeitbeschäftigte akademische wissenschaftliche Personal) von **1965 = 30.500 auf 1970 = 44.500**, (jährliches durchschnittliches Wachstum um **9,84%**), bis zu **1975 = 63.000**, (jährliches durchschnittliches Wachstum um **8,32%**).

Dann aber trat etwas Ungewöhnliches ein. Exponentielle Zuwachsraten (die statistisch-graphisch die klassische Parabelform annehmen) verflachen, wenn die Aufschwungphase zu Ende geht, in einem Prozeß allmählicher Reduktion des Zuwachses. Der ***Personalstellenzuwachs*** des Hochschulwesens stoppte jedoch abrupt und ging sogar langsam zurück: Bis 1985 um -3%. Zwischenzeitlich, 1979, war ein geringer Zuwachs um 1,4% eingetreten. Die Kurve ging nicht allmählich zum "Flattern" über, sie brach ab. Stattdessen setzte ein Beschäftigtenzuwachs von Nebenberuflichen und Befristeten ein, den wir weiter unten erörtern.

Dieser für soziale Wachstumsprozesse untypische plötzliche Übergang von Wachstum zu Stagnation wurde asynchron begleitet und überlagert vom exponentiellen Wachstumsprozeß der Anzahl der Studierenden. Die Studentenzahlen stiegen auf doppelte Weise: Durch das Wachstum der Anzahl der Studienanfänger und damit der Zahlen je Studienjahr; ferner durch die allmähliche Verlängerung der Studienzeiten auf durchschnittlich **14.5** Semester. Dieser sekundäre Zuwachs war eine endogene Folge des vergrößerten Studentenaufkommens: Abnahme der "Betreuungsdichte", Anwachsen chaotischer Momente im Studienablauf, Verschlechterung der wirtschaftlichen Unterstützung der Studenten durch die Gesellschaft und damit eine vermehrte Jobnahme während des Studiums.

Tabelle 1.2: Zuwachs an Studienanfängern und Studenten gesamt

Studienanfänger				Studenten gesamt		
Jahr	absolut	Zuwachs %	Zuwachs jährlich durchschnittlich	absolut	Zuwachs %	Zuwachs jährlich durchschnittlich
1965	85.700	100,0		384.400	100.0	
1970	125.500	146,4	9,4	510.500	132,8	6,6
1975	165.100	131,5	6,3	840.800	164,7	12,9
1980	183.500	111,1	2,2	1.044.200	124.2	4,8
1985	197.600	107,7	1,5	1.338.000	128,1	5,6
1990	265.500	134,4	6,9	1.585.200	118,5	3,7
1995	/* 216.000	0,0	0,0	/* 1.549.000	0,0	0,0

/ Quelle: BMBW Hrsg. Grund- und Strukturdaten. Bonn 1991, S. 141. Diese Angaben liegen bedeutend über dem Statistischen Jahrbuch der BRD! Ausgewiesen Deutsche und Ausländer.
/* Quelle: ebenda, S. 152f. Der BMBW beruft sich auf Vorausberechnungen der KMK, Dokum. 116

Die Tabelle zeigt den Effekt deutlich, daß die Zuwächse der Gesamtmenge der Studierenden zwischen 1975 und 1985 bedeutend größer sind als der Zuwachs an Studienanfängern. (164,7; 124,2; 128,1% : 131,5; 111.1; 107,7%). 1990 zeichnet sich (wie 1970) ein größerer Zuwachs bei den Studienanfängern ab, der unweigerlich, wenn er nicht stark gebremst und das Studienregime nicht einschneidend umgestellt wird (z.B. strenge Einhaltung der Regelstudienzeiten), zu einem neuen vermehrten Wachstum der Gesamtmenge der Studierenden führen wird.

Zugleich aber, und das wird häufig nicht gesehen, vollzogen sich international im modernen Forschungsbetrieb Wandlungen, die die Hochschulen zu einem raschen strukturellen Reagieren herausforderten. Diese Wandlungen waren durch ein weiteres schnelles Wachstum des industriellen und außeruniversitären Forschungspotentials (AUF) charakterisiert, auch auf dem Gebiet der personellen Ressourcen.

Tabelle 1.3: Forschungspersonal des nichtuniversitären wissenschaftlichen und des FuE-Sektors
Forscher und Forschungs-Ingenieure

Jahr	Personal im Staatssektor insgesamt	davon Wissenschaftler	Personal der industr. FuE insgesamt	davon in Unternehmen	in Inst. f. Gemeinschafts-FuE
1965					
1973	48.662	16.440	---------	---------	------
1975	50.604	15.908	186.252	181.314	4.938
1981	53.370	19.426	242.544	238.850	3.694
1985	51.741	19.224	275.080	271.480	3.600
1990	58.719	24.525	297.640	---------	------

Die in dieser Aufstellung enthaltenen Zuwächse betragen für das Personal des Staatssektors für die Rubrik "Personal gesamt" von 1973 bis 1990 20,7 Prozentpunkte, also ein Zuwachs auf 120,7%. Für die Rubrik "Wissenschaftler" ergibt sich ein Zuwachs auf 149,5%! Das ist ein durchschnitlicher jährlicher Zuwachs von 1,2% bzw 2,9%.

In der industriellen FuE erweiterte sich das Personal auf 159,8%. Das ist ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs um 4%! Seit 1985 ist jedoch eine Abflachung sichtbar. Der Zuwachs betrug 1985 zum Vorjahr nur 2,7% und für die Jahre bis 1990 dann nur noch 1,6%. Hier wird deutlich, was in anderen Zusammenhängen

(vgl. den Bundesbericht Forschung 1993 des BMFT, S. 18 f.) schon reflektiert wurde, nämlich der relative Rückgang von FuE-Aktivitäten in der deutschen Industrie. Dabei ist der Verfall der FuE-Potentiale der ostdeutschen Industrie noch nicht berücksichtigt, der einen Abbau von deutlich über 80% darstellt.

Das heißt, im Gegensatz zum Hochschulpersonal fand in der außeruniversitären Forschung ein zwar nicht exponentielles, aber doch nennenswertes Wachstum statt, das in seinen Dimensionen deutlich die Züge zeigt, die de Solla-Price für das Wachstum in der nachexponentiellen, "logistischen" Phase beschrieb. Der jährlich-durchschnittlich 4%ige Zuwachs in der industriellen FuE, nach 1985 stark abgeflacht, bedeutet, daß sich tendenziell das Volumen des Personal den Bedingungen der kritischen Masse anpaßt. Es ist - für nichtexponentielle Phasen - ein bedeutender Zuwachs.(18)

Der Zuwachs im staatlichen Sektor der AUF, der nach 1985 auf jährlich-durchschnittlich 2,7% stieg, zeigt, abgeschwächt diese Tendenz ebenfalls, man könnte jedoch von einem "strukturellen Wachstum" sprechen, dessen Bedeutung sich aber nur zeigen läßt, wenn man die Struktur der Forschungsthemen und -projekte darstellen könnte, die hinter diesen Zuwächsen stehen.

Wenn man bei den Potentialen der AUF die bedeutend gestiegenen Forschungsmittel, ihren erhöhten Modernisierungsgrad einbeziehen würde (das allerdings wären Spezialuntersuchungen, die wir hier nicht nebenbei leisten können), könnte man einen Faktor errechnen, der als Wachstum des Wirkungsgrades des "Human-Potential" oder "Human-Resources" interpretierbar wäre. Das würde sicherlich eine bedeutende Steigerung des Potentials der AUF offenbaren. Die HRK geht von einem Mittelzuwachs bei der außeruniversitären Forschung auf 150% seit 1978 aus. (19)

Wachstumsprozesse und endogener Strukturwandel der Hochschulen dagegen waren blokkiert.

Es wäre jedoch hochgradig irreführend, die Kapazitätsentwicklung der deutschen Hochschulen auf den Personalstellen-Rahmen zu beschränken. Genau dies macht merkwürdigerweise die Hochschulrektorenkonferenz in ihrer Personalstatistik.

Die Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden weist dagegen ein wachsendes und *sich differenzierendes* Beschäftigten-Potential nach.

Gegenüber der ursprünglichen Menge der Personalstellen hat eine Personalaufstockung durch befristetes und nebenberufliches Personal in verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen wie folgt stattgefunden:

Gegenüber **236.000** Personalstellen (Wissenschaftsrat 1988) weist die Wiesbadener Statistik **370.100** Personen aus, **156,8%** mehr, davon **15,2%** Nebenberufliche. Das wissenschaftliche Personal wurde auf **195,1%** aufgestockt (bei **83.600** Personalstellen jetzt **163.100** Beschäftigte, **33,4%** nebenberuflich Tätige). An den Universitäten betrug die Aufstockung **183,6%.** Am stärksten kam der Mehreinsatz von Personal bei Fachhochschulen (Steigerung gegenüber den Personalstellen auf **247,4%**, darunter **58,8%** Nebenberufliche) und bei den Kunsthochschulen (Steigerung auf **271,2%**, darunter **62,6%** Nebenberufliche) zum Tragen.

Am niedrigsten fällt der Zuwachs an nichtwissenschaftlichem Personal ins Gewicht. (**138,2** gesamt bzw. **135,4%** an den Universitäten.)

Wir werden uns diesem eigenartigen Dissens in den anzunehmenden Potential-Maßstäben, der sich irritierend durch die ganze Literatur zieht und auch bei den ostdeutschen Länder- und Hochschuladministrationen für Irritationen gesorgt hat, im Verlauf dieser Arbeit wie-

derholt zuwenden. (Vgl. Text in Abschnitt 3.4. und Tabellen in Abschn. 3.7.)

Die Abweichungen zwischen Personal-Statistik und Beschäftigten-Statistik sind in der Tat beträchtlich und man fragt sich, was sie bedeuten.

Zunächst einmal bedeuten sie, daß sich zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen eine beträchtliche, personalwirksame Mittelerhöhung abgespielt haben muß, die zu einer *binären Personalstruktur* führte: Stagnierende Potentialentwicklung in den dauerhaften akademischen Strukturen - *bedeutendes Anwachsen* von Hilfs- und Zusatz-Personal, das zeitlich befristet und nebenberuflich tätig ist.

Diese Entwicklung erscheint zunächst vernünftig. Sie zeigt, daß die Hochschulen Wege gefunden haben, um die durch ihre Funktion als Bildungsinstitute bedingte Bindung an die öffentlichen Haushalte und den dadurch gegebenen engen Rahmen für die Potentialentwicklung zu unterlaufen und eine Ressourcen-Akquirierung in Gang zu bringen, die den wachsenden Dimensionen wissenschaftlicher Arbeit näherkommt.

Aber es bleiben einige Fragen offen:

Führt eine solche Personalaufstockung etwa zum ungebremsten Aufblähen von bürokratischem und anderem, weniger effektiven Personal?

Das kann man verneinen, wie die Tabellen 2.15 und 2.16 zeigen. Die größeren Steigerungen - bei einem Durchschnitt auf ca. **157%** hatte das wissenschaftliche Personal mit **195%**, darunter das der Universitäten mit **183,6%**. Freilich, über die Funktionsweise und die Effizienz dieses bedeutenden Personaleinsatzes ist damit noch nichts gesagt.

Führt diese Entwicklung aber zu einem wachsenden Hilfspersonal, das mit den Hochschulen und mit der Wissenschaft wenig verbunden ist, etwa in 2, 3 Parallel-Jobs befristet tätig, mit geringer Motivation seine Arbeit abliefert?

Geht die Beschäftigung dieses Personals zu *Lasten des Mittelbaues und des Nachwuchses*, an dem man sparen kann - bis zu solchen Ausmaßen, wie sie 1990/91 an einem Universitätsinstitut (in Hamburg) anzutreffen waren, wo 12 Professoren ein Mann im Mittelbau gegenüberstand?

Kann man von einem Indiz dafür sprechen, daß Teile der Universitäten dazu übergegangen sind, nach anderen Maßstäben Wissenschaft zu betreiben als sie sollten, nämlich daß sie ohne Rücksicht auf grundlagenwissenschaftliche Exzellenz einen Forschungsauftrag nach dem anderen abarbeiten?

Im einem Papier des BDWi, dessen Wortmeldungen bekanntlich nicht überall gern gehört werden, liest sich das so: "Gegenwärtig dominiert ... eine außengesteuerte technokratische Reduktion der Wissensvermittlung, die durchaus mit *neuen Hierarchiebildungen der Personalstruktur*, zwischen C_4-Spitzenforschern in Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen *auf der einen* und flexibel einsetzbaren Lehrbeauftragten mit Zeitverträgen im Grundstudium auf der anderen Seite, vereinbar ist." **(20)**

Die 1 1/2 Jahrzehnte währende Überlast, **genauer**, das durch die vordrängenden Berufsausbildungs-Verpflichtungen *entstandene Ungleichgewicht* im Funktionen-Haushalt der Universitäten hat die innere Organisation ihrer Tätigkeit umgeformt. Es hat keine Stagnation, sondern vielmehr *eine enorme Personal-Dynamik* gegeben. Die Hochschulen sind z.B. für die ganze Volkswirtschaft der Vorreiter für befristete Arbeitsverhältnisse geworden; ja sogar für einen neuen *Typ von berufstätigen Menschen*: Einerseits hochqualifiziert, andererseits ein Nomade. Manche sagen, das verträgt sich gut mit den modernen Bedingungen

wissenschaftlicher Arbeit, oder verallgemeinert, mit der Arbeit in der Postmoderne; manche halten eine solche Interpretation für absurd.

Das bedeutet, an einigen Fragen ist die Erforschung der Hochschulen noch nicht angelangt, vieles von einem so entscheidendes Agens wie das lebendige Human-Resource-Potential liegt noch im Dunkeln.

Das Konzept einer antinomischen Urteilslage in Sachen deutscher Universitäten und Hochschulen, im gesamtdeutschen Hochschuldiskurs bislang nur gelegentlich und unsystematisch anzutreffen, benötigen wir insbesondere dafür, daß mit einer, wie schon geschildert, Widerspruchssituation zurechtzukommen ist.

Tatsächlich werden - auf der Grundlage eines insgesamt gewachsenen (wenn auch strukturell verformten bis defizitären) Potentials - an den deutschen Hochschulen bemerkenswert hohe wissenschaftliche Leistungen vollbracht - und zwar in Forschung ***und*** Lehre.

Oberflächlich geurteilt (was ja vielfach zu beklagen ist) vereinfachen sich diese komplizierten Dinge, die in der Wirklichkeit liegen, zu bloßen Ansichten. Je nachdem, ob der Betrachter optimistisch ist und gegenüber der ungeheuren intellektuellen Arbeitsleistung, die täglich erbracht wird, gerecht und respektvoll, ergibt sich das Aktiva-Portrait. Da die Krisenphänomene damit nicht verschwunden sind und man sie kaum ignorieren kann, entstehen wachsende Schwierigkeiten, sie einzuordnen. Sie werden aus ihrer Konstitution als Totale herausgelöst und mutieren zu zusammenhangslosen einzelnen Mängeln. Der Diskurs darüber neurotisiert sich zunehmend und führt einerseits zu Verunsicherung und Resignation, andererseits zu radikalen Umbruchsplänen, wie sie sich z.B. leicht aus dem Konzept ergeben, die Idee der Humboldt-Universität sei tot und das Land braucht ein völlig anderes Hochschulwesen.

Im Gegenlicht erscheinen den Optimisten dann die Pessimisten. Sie - wirklich oder angeblich überzeichnen die Mängel, woraus ebenfalls Konfusion und Lähmung hervorgehe.

Im Ergebnis dieser methodischen Defizite haben sich dann ja auch zahlreiche konträre bis konfrontative Standpunkte gebildet, die vielfach Verständigungsblockaden hervorbringen.

Daraus sollte man nur den einen Schluß ziehen, daß antinomisches Denken als methodisches Prinzip des sozialwissenschaftlichen Diskurses über die Hochschulen zu pflegen ist. Es gibt derzeit keine eindeutigen ordnungspolitischen und/oder normativen Setzungen, es gibt nur Optionen. Diese Optionen ergeben sich aus Bewegung und Veränderung, die in Gang sind, die irreversibel sind, die man zu verstehen suchen muß. Diese Optionen sind selbst antinomisch, sie sind nicht nach einem Optimum hin auflösbar. Jede Lösung enthält als Konsequenz Unlösbares. Wichtig ist allein, daß man weiß, was man will und warum man es will.

In die alt-neuen Unübersichtlichkeiten des bundesdeutschen Hochschulwesens sind die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen geraten. Sie schwimmen in seinem Kielwasser, da es nicht gelungen ist, aus ihrer Existenzkrise 1989/90 einen dritten Weg herauszudestilieren.

So erklären sich bitter-resignative Mahnungen des s.zt. Wissenschaftsrats-Vorsitzenden, Dieter Simon, man hätte die differenzierten Strukturen des ostdeutschen Hochschulwesens nicht den so stark reformbedürftigen westdeutschen angleichen, sondern sie ".. zur Differenzierung des gesamtdeutschen Hochschulwesens aufrechterhalten" sollen.(21)

Dies aber geschah gerade nicht, wie wir zeigen werden; doch was eigentlich geschieht wirklich?

2. Spezifika der ostdeutschen Problemlagen im Erneuerungsprozeß - Erörterung einiger strittiger Positionen

2.1. Dimensionen des Personalabbaues, -umbaues und der Personalerweiterung an ostdeutschen Hochschulen

Wie zu zeigen war, gewinnen der Erneuerungsprozeß und seine Hauptorientierungspunkte Zug um Zug an Deutlichkeit. Es geht in diesem Prozeß weniger um Korrekturen an der einen oder anderen Struktur, sondern um eine umstürzende, tiefgreifende und flächendeckende Neuformierung, die streng genommen keine Umgestaltung der vorhandenen ostdeutschen Hochschulen mehr ist, sondern wesenhaft etwas anderes: Eine flächendeckende Menge von Neugründungen, die aber als Potential hinsichtlich der von den Hochschulen zu erfüllenden Funktionen unterkritisch ausgelegt sind.

Faktisch entsteht ein anderes, neues Hochschulwesen, zunächst als eine versuchte Nachbildung des altbundesdeutschen, in gewissen Aspekten einschließlich dessen bereits definierten Erneuerungsbedarfs - allerdings eine Nachbildung unter völlig veränderten Voraussetzungen und Begleitumständen, so daß im Ergebnis eben keine Kopie vorhandener effektiverer Strukturen entsteht, sondern ein neuer Typus deutscher Hochschulen. Der wäre, was wir hier noch nicht leisten können, hochschulwissenschaftlich zu beschreiben und zu klassifizieren.

Es handelt sich immerhin um einen sehr merkwürdigen Prozeß. Das 1990 den ostdeutschen Ländern zugefallene Hochschulwesen, in mehr als 40 Jahren aufgebaut, gestaltet, umgestaltet, hatte unbestritten die strukturelle Vollständigkeit und die erforderlichen Potential-Maßstäbe eines solchen Bildungs- und Forschungssystems, wie es industrielle Gemeinwesen funktionell benötigen. Im Verlauf einer Erneuerungsprozedur wird es zunächst auf eine Minimalgröße zurückgeschnitten, die in wichtigen Zusammenhängen erheblich unterhalb des Hochschulwesens moderner Gesellschaften liegt - wird von diesem System erwartet, daß es die nötigen Impulse für den gesamten gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß hervorbringt. In der Tat aber wird mit unzulänglichen Mitteln eine Art Erstversorgung des Wissenschaftsbedarf der ostdeutschen Gesellschaft versucht, aus der sich leicht *bleibende* Strukturschwächen ableiten könnten.

Der Prozeß von Hunderten von Neugründungen wissenschaftlicher Einrichtungen ist nämlich nicht eine Expansion von Hochschulstrukturen, sondern ein Doppelwesen, bestehend aus Abrissen und Strukturabbrüchen und ihnen folgenden Neuschöpfungen, verbunden mit einem exzessiven Personalabbau. Dieser hat die Wirkungen, die seine Akteure von ihm erwarten, vor allem Freiräume für Neugründungen zu schaffen, aber er hat noch andere Wirkungsrichtungen: Weithin stellt er eine triste Entlassung von Personal dar, welches nicht bezahlbar ist, ungeachtet der Einbrüche, die dadurch im Funktionieren von Hochschuleinrichtungen ausgelöst werden.(22)

Er ist auch eine Neuverteilung von Ressourcen im Zusammenhang mit den Karrierewünschen derjenigen, die sich nach dem Sturz des DDR-Regimes vorteilhaft placiert haben oder denen eine Wiedergutmachung von Unrecht, das ihnen zugefügt wurde, zusteht. Sie nutzt auch einem wünschenswerten Abbau von Überkapazitäten im westdeutschen Hochschullehrer-Nachwuchs. (Stichwort: Die Stunde der Privatdozenten). Im Verlauf von Evaluierungen und Prüfung von Bewerbungen sind auch eine Menge Leute ausgegliedert worden, denen man unzureichendes oder bloßes Mittelmaß attestieren mußte. Daß dabei im konkret-einzelnen Fall Altlasten aus dem an den DDR-Hochschulen etablierten SED-Regime ausgeson-

dert und durch Neuberufungen eine Menge fähiger Leute an die richtige Stelle im ostdeutschen Erneuerungsprozeß kommen, darunter auch befähigter Nachwuchs mit DDR-Karriere-Start und so die betroffenen Fachrichtungen einen wichtigen wissenschaftlichen Zuwachs erfuhren, soll in seiner Bedeutung weder verkannt noch im geringsten minderbewertet werden. Man konnte sich davon überzeugen, daß die beauflagten Gremien den *Versuch machten*, unbedingt individuell vorzugehen, jeden einzelnen Fall sorgsam zu prüfen, Anonymität zu durchdringen. Indes ist es bei der in Rede stehenden großen Zahl von Ausgliederungen nicht gelungen, dieses Prinzip voll durchzuhalten. Verdrängungskämpfe waren nicht zu vermeiden. Bei der Überfülle an Bewerbungen ist es üblich, Vorentscheidungen durch das Studium von Unterlagen zu fällen, sich auf Akklamationen einzulassen u.ä. Arbeitsgerichte und andere Instanzen werden noch lange mit den Widersprüchen zu tun haben, die gegen eine Vielzahl von Entscheidungen vorgebracht wurden. Landesressortminister sprechen von unvermeidbaren Härten auch dort, wo sie vermeidbar erschienen.(23)

Die Umbildungen in der personellen Struktur der Einrichtungen werden noch für längere Zeit andauern. Einhergehen werden Umbildungen im Funktionsmuster der Beschäftigten.

Generell kann man sicher sagen, daß sich ein neuer *Wirkungszusammenhang* von hierarchischer und funktionaler Struktur des Hochschulpersonals herausbildet. Die Auswirkungen sind nicht notwendig wissenschaftlich nachteilig. Es wird viel Neues in der Themenlage der Institute entstehen, persönliches Durchsetzungsvermögen wird einen größeren Spielraum gewinnen. Andererseits werden auch Reibungsverluste durch das Zusammenwürfeln sehr unterschiedlicher Menschen unvermeidlich sein.

Über Gegenimpulse zu offenkundig nachteiligen Auswirkungen muß nachgedacht werden. So ist durchaus ernst zu nehmen, daß sich die Dichte des Wissenschaftspersonals als sozialstrukturelle Komponente an den Hochschulstandorten der ostdeutschen Länder verändert, und ihre genealogische Verwurzelung in der Wohnbevölkerung in nicht geringem Umfange unterbrochen ist. Leider war es nicht möglich, *alle* Akteure von der Bedeutung eines verbleibenden bedeutenden Stammes sog. Landeskinder an den Einrichtungen zu überzeugen. Vielerorts hat sich die Auffassung verbreiten können, daß die Erneuerung der Hochschulen am besten von solchen Menschen ausgeht, die keine DDR-Biographie haben. Die Nachteile für die Hochschulen, die entstehen, wenn ein tonangebender Teil der neuen Elite nicht ansässig ist, über den Status von Versetzungsbeamten nicht weit hinauskommt, der Haus und Familie weit entfernt weiß, sind zwar schon artikuliert worden, es sind auch bedeutende Mittel freigemacht worden, um dem entgegenzuwirken. Indes sind solche Zusammenhänge bei vielen relevanten Personalentscheidungen unbeachtet geblieben.

Die unbestritten horrenden Dimensionen, in denen der Personalabbau, einschließlich der "Rotationsverluste", (die sich im Saldo nicht ausdrücken - sie liegen kaum unter 25% des aktuellen Bestandes) stattgefunden hat, werden von Kritikern als eine Katastrophe für die Schicht der Intellektuellen und Hochqualifizierten der ostdeutschen Länder bewertet.

Tabelle 2.1: Personalabbau an sächsischen Hochschulen

0Beschäftigt bis 1989/90	38.700 Personen
In Prozent zum Potential der ostdeutschen Länder und Ostberlins	35,2%
Davon wissenschaftl. und künstl. Personal (ohne Hochschulmed.)	14.900 Personen
In Prozent zum Potential der ostdeutschen Länder und Ostberlins	38.4%
Künftig beschäftigtes Personal gesamt (ohne HS-Medizin) davon wissenschaftl. Personal	13.600 Personen ca. 9.200 Personen
in der Hochschulmedizin (z. Zt.) tätig gesamt in Hochschulmedizin wissensch. (z.Zt.) tätig	9.100 Personen 2.700 Personen
(bisheriger) Gesamtabbau (brutto! vgl. /*) in Prozent:	16.000 Personen 41,3%
darunter wissenschaftl. Tätige	ca. 3.000 Personen

Künftig beschäftigtes wissenschaftliches Personal im Verhältnis zum nicht mehr beschäftigten: 58,6 : 41,4

/* Bisheriger Abbau: Diese Rechnung, wie andere Personal-Rahmen-Pläne der Landesregierungen auch, saldieren die Personal-Rotation nach den Abwicklungen und Entlassungen sowie Neueinstellungen von Westdeutschen. Der Umfang von Weggang und Zugang wird dabei hinsichtlich der "Rotationsverluste" nicht sichtbar. Im Falle der Hochschulmedizin stehen zudem weitere Personalkürzungen erst noch bevor. Aus der Optik des Hochschulpersonals wird das Personal "nur" ersetzt, aus der Sicht der Sozialstruktur des Landes werden Teile dieser Wissenschaftler- u.a. anderer Hochqualifikations-Potentiale einer sozialen Deklassierung unterzogen und mögliche Kreativität geht verloren. Da die ostdeutschen Länder gegenüber den westdeutschen keinen Überschuß an wissenschaftlicher Intelligenz besaßen, bleibt die wissenschaftliche Aufgabe, die Ergebnisse dieser historisch einmaligen Form der Eliten-Rotation zu untersuchen und die Rotationsverluste sowie Möglichkeiten ihrer Begrenzung auszuweisen.

Die Vorstellungen über die exzessiven Personalreduzierungen im sächsischen Hochschulpotential sind bereits spätestens Jahresmitte 1991 ausgearbeitet worden; der vorbereitende Konsens der landespolitischen Akteure mit Sicherheit noch früher. Die Argumentation, soviel läßt sich rekonstruieren, war doppelt ausgelegt: Einerseits war man sich bewußt, daß auf Sachsen mehr als 40% des DDR-Wissenschaftspotentials überkam, andererseits hatte man eine starke Abneigung gegen die Weiterführung der als insgesamt sehr DDR-nah wahrgenommenen Hochschulmitarbeiter. Diese Situation vermittelt eindrucksvoll das von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierte Rundtischgespräch in Leipzig am 28.11. 1991.(24)

Laut Pressemitteilung stellte der Sächsische Wissenschaftsminister H.-J. Meyer einen Vergleich der schwierigen Finanzlage der Hochschulen des Landes mit der wirtschaftlich desolaten Lage an, in welcher Preußen 1810 die Berliner Universität gründete. Wir wollen diese Anmerkung aufgreifen und die folgende Frage stellen: Sollte nicht der Staats-Minister für Wissenschaft und Forschung, bevor er sich von 6.000 Wissenschaftlern trennt, die er an den Hochschulen hat, wodurch Kreativität zerstört wird, (fernerhin 50% der außeruniversitären Forschung dazu, was er nicht zu verantworten hat) ein Notprogramm aufstellen und notfalls Schulden machen, sagen wir, bei der Weltbank, um dem Land dieses unersetzliche intellektuelle Potential in seinem kreativen Kern zu erhalten? Sollte er sich nicht sagen, die Preußen unterhielten im 18. Jahrhundert eine Armee, die für das kleine Land viel zu groß war. Könnte nicht, was den Preußen im 18. Jahrhundert für ihre Armee billig, den Sachsen vor Eintritt in das 21. Jahrhundert für ihr innovatives Potential recht sein? Und wieso, ist man versucht zu fragen, bezeichnet Sachsen im Bundesforschungsbericht 1993 (S. 310) diesen Verlust an wissenschaftlichem Personal und die riesigen Reibungsverluste durch den Crash-Kurs der gewählten Art der Hochschulerneuerung als "eine einmalige Leistung in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens"?

Nach Angaben der KMK beträgt der Stellenabbau in den ostdeutschen Ländern und Ostberlin (ohne Hochschulmedizin) :

Brandenburg:	Abbau = **0.**	Ausbau um **1.300** Stellen auf	**146,0%.**
Mecklenburg-Vorpommern:	Abbau um **2.100** Stellen auf		**63,8%;**
Sachsen:	Abbau um **9.800** Stellen auf		**51,5%;**
Sachsen-Anhalt:	Abbau um **2.800** Stellen auf		**73,0%;**
Thüringen:	Abbau um **500** Stellen auf		**94,6%;**
Ostberlin:	Abbau um **900** Stellen auf		**85,5%.**(25)

Die KMK - Jahnke/Otto folgen ihr darin - basiert ihre Angaben auf den Ausgangspunkt 1991. Das ist natürlich nicht genau, d.h. sie erscheinen zu niedrig, wie sich am Beispiel der alten Länderstatistiken zeigen läßt, denn die Ausgliederungen 1990/91 waren in der Natur der Sache keine anderen als die zwischen 1991 und 1993. Sie beruhten auf Abwicklung von Einrichtungen, Einzelkündigungen, Weggang durch extreme Verunsicherung, Anwerbung durch potente Wissenschafts- und Wirtschafts-Unternehmungen, zumeist in den westdeutschen Ländern.

Diese unterschiedliche Basierung macht die Angaben der KMK mit anderen unvergleichbar. Hinzu kommen die üblichen Unsicherheiten durch Weglassen bzw. Einbeziehen der Hochschulmedizin.

Nach unserer Kenntnis der ostdeutschen Länderpotentiale, die Mitte 1990 noch existierten, ergibt sich, obige Reduzierungen zugrunde gelegt, folgendes Bild:

Tabelle 2.2.: Stellen- und Personalabbau an den ostdeutschen Hochschulen (ohne Hochschulmedizin /*)

Personalgruppe	Bestand 1989	Bestand 1993	Verlust	Prozent
Professoren und Dozenten/*	6.548 (7.325)	6.400	150 (925)	2.3 (12,6)
Mittelbau	24.400	10.200	14.200	58,2
Nichtwissenschaftl. Personal	34.750	17.050	17.700	50,9
Gesamt	65.700	33.650	32.050	48,8

Eigene Berechnungen nach Angaben der KMK - Jahnke/Otto und der Gruppe Hochschulprojekt Berlin-Karlshorst.

/* Nach anderen offziellen Angaben gab es 1989 in der DDR 7.325 Professoren und Dozenten im DDR-Hochschulwesen. Die Ursache dieser unterschiedlichen Zählung ist dem Verf. nicht bekannt. Es ist nur "Tabellen-Akribie" und Salden-Logik, wenn die 1. Zeile mit einem "Verlust" von 150 bzw. 925 Professoren rechnet. Die Rotationsverluste, die 1990-1993 das geistige Potential der Deutschen reduzierten, mögen etwa in der Größenordnung zwischen 3.500 und 4.500 Professoren und Dozenten liegen. /* Hochschulmedizin: Hier sind weitere bedeutende Ausgliederungen zu erwarten. Das DDR-Hochschulwesen hatte in diesem Wissenschaftsbereich besonders große Kapazitäten geschaffen. Vgl. Tab. 2.16., Spalte 6; Tab. 3.5. und 3.6; vgl. Abschnitt 3.2. und 3.3, die man nicht glaubt weiterführen zu können.

Die Differenz zu der von den Länderregierungen (bislang diszipliniert unterstützt von den für die Hochschulerneuerung geschaffenen Gremien und von den Hochschuladministrationen) als produktiv und zukunftsweisend belobigten Personalpolitik und unserer Interpretation besteht darin, daß erstere die Auswechslung und Entlassung von Personal in den Vordergrund stellen und als *das die Erneuerung konstituierende Erfolgskriterium* bewerten - während ein soziologischer Ansatz nicht nur die Rotationsgewinne sieht, sondern auch die Verluste an Hochschul- und intellektuellem Potential in die Bilanz einbezieht und auf darauf folgende soziale Anomalien im Verlauf der Transformation in den ostdeutschen Ländern

aufmerksam macht, was uns zu der Hoffnung veranlaßt, daß dadurch steuernde Gegenimpulse provoziert werden.

Daß der Osten keineswegs über ein aufgeblähtes oder gar überschüssiges Wissenschafts- und Bildungspotential verfügte, haben wir schon in anderen Arbeiten thematisiert.(26)

Die Frage stellt sich mit großer Dringlichkeit. Denn die Finanzschwäche der Länder und der daraus abgeleitete Prioritätenkonflikt scheinen auf einen unaufhaltsamen Personalabbau hinauszulaufen. Der Wissenschaft stellt sich ein paradoxes Szenarium dar: Zielsetzungen der Neugestaltung eröffnen die Pespektive einer konsistenten, wenn auch bescheiden dimensionierten neuen Personalstruktur, indes gerät durch die immer neuen Entlassungen die Talsohle der Personalreduzierung außer Sicht.

Einer der turbulentesten Spielorte dieses Dramas sind die Hochschulen der Stadt Leipzig, wo diese Vorgänge besonders hart mit dem Selbstbewußtsein der Bürger und ihren Vorstellungen von gesellschaftlicher Erneuerung kollidieren.

Rektor und Senat der Universität Leipzig haben durch Erklärungen wissen lassen, daß sie die Personalpolitik des Sächsichen Ministers für Wissenschaft und Kunst "..nicht mehr mittragen, .. da sie sowohl die Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschule als auch die des Freistaates insgesamt untergräbt." (Editorial des Rektors) Der Senatsbeschluß führt aus: "Im Zeitraum vom 1.12.1990 bis 1.4.1993 sank die Zahl der Beschäftigten (ohne Medizin, aber einschl. Handelshochschule, Pädagogische Hochschule, DHfK, Kirchliche Hochschule, Institut für Literatur) von 7.853 auf 2.939 "(bzw. um 62%. H.M.) Dies führe, so der Senat, ".. zu einem Klima der Unsicherheit, zu Verlust an Glaubwürdigkeit und zu erheblicher Beunruhigung der Studenten und Mitarbeiter. .. jede Profilierung des Lehrangebotes der Universität (werde) in Frage gestellt und eine konkurrenzfähige Forschungstätigkeit (wird) unmöglich. Es droht das Abgleiten in Mittelmaß und Provizialität." (27)

2.2. Ausgliederungen durch Urteile der Ehrenkommissionen

Das Volumen des Personalabbaus durch eine schuldhafte Verstrickung von Hochschulmitarbeitern in das SED-Regime

Die Landesregierung in *Mecklenburg-Vorpommern* - die im struktur- und bevölkerungsschwächsten deutschen Bundesland mit den Universitäten Rostock und Greifswald und weiteren Hochschulen ein bedeutendes und kostspieliges Erbe angetreten hat, bemühte sich mit preußischer Beamten-Akribie über ein 8-gliedriges Schema der unterschiedlichen Stufen politischer Belastung und weiterer systematischer Bonifizierungen eine gerechte Lösung zu finden, mit welcher man den errechneten Personalüberschuß abbauen konnte.

Es ist offenkundig, daß die Personalerneuerung an den Mecklenburg-Vorpommerschen Hochschulen, die bis Mitte 1992 etwa **40%** der ursprünglich Beschäftigten ausgliederte, den durch DDR-Altlasten gesetzten Rahmen um ein Vielfaches überschritt. Im Prinzip wurde jeder Universitätsangehörige einem 3-stufigen Erneuerungsverfahren unterzogen. 1. Der Prüfung durch eine Ehrenkommission, 2. der Prüfung durch eine Fachkomission hinsichtlich weiterer fachlichen Eignung (bei Vorliegen einer Bewerbung auf Weiterbeschäftigung) und 3. einem Berufungsverfahren auf der Ebene der Landesregierung. Im Falle Mecklenburg-Vorpommern wurden 11.000 Bewerbungen bearbeitet. Dabei passierten, allerdings ohne feste Aussicht auf eine Personalstelle, **60%** der Bewerber. (28)

Wir bringen im folgenden die Angaben der Ehrenkommission für das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern. Mit einer leichten Tendenz sind an den Hochschulen gegenüber den Universitäten mehr "Belastete" ausgewiesen. Auffällig allerdings sind die größeren Raten an"Belasteten" unter der Professorenschaft. Das ist nicht weiter erstaunlich. Sie waren

natürlich mehr Funktionsträger der Gesellschaft, in der sie Karriere gemacht hatten. Das schließt ihren konsequenten inneren Bruch mit den Mißständen der DDR-Gesellschaft und ihr aufrichtiges Engagement für die Erneuerung in den ostdeutschen Ländern nicht aus. Zwischen persönlicher Schuld und bloßer Verstrickung in Funktionsträgerschaften wurde nicht immer exakt unterschieden. Beispiele neuen Unrechts häufen sich. Aber daraus können auf keinem Fall Beschönigungen für Leute abgeleitet werden, die sich unter den an DDR-Hochschulen herrschenden Verhältnissen politischer Restriktion und Intoleranz hervortaten und Rechtsverletzungen begingen, Studenten oder Mitarbeiter ausgrenzten, wissenschaftliche Laufbahnen zwangsweise beendeten, Arbeitsresultate ideologisch verdächtigten und dadurch zerstörten und was dergleichen wissenschaftsfeindliche Vorkommnisse mehr waren.

Tabelle 2.3.: Übersicht über die Empfehlungen der Ehrenkommissionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Angaben in Prozent)

Kategorien I - VIII : vgl. Anm. [28]	Anzahl der Empfehlungen - absolut	davon: Universitäten in %	davon:Hochschulen in %	davon:Hochsch.-Lehrer absolut	Hochschullehrer in %
I	8.698	87,0	83,8	304	40,7
II	526	5,3	5,3	89	11,9
III	268	2,4	3,6	86	11,5
IV	208	1,5	4,3	127	17,0
V	81	0,77	0,94	49	6,6
VI	62	0,54	0,94	31	4,1
VII	77	0,77	0,74	32	4,3
VIII	65	0,71	0,4	28	3,3
Summen	9.986	7.972	2.014	746	100

Quelle: Presseinformation des Kultusministeriums, 14.10.1992, Anhang

Wieviel von diesen durch die Ehrenkommission Empfohlenen dann wirklich beschäftigt werden, hängt allerdings davon ab, welche Haushaltsmittel (75% vom Bund, 25% von den ostdeutschen Ländern) den Universitäten langfristig zur Verfügung stehen. Nach der Aussonderung von Universitätsangehörigen durch die Entscheidung der Ehrenkommissionnen, die im vorl. Fall ca 140 Personen betraf, folgte die Entlassung wegen "fehlenden Bedarfs" (was eine äußerst ungenaue, ja zynische Kennzeichnung ist, denn "kein Bedarf" liegt z.B. auch vor, wenn kein Geld da ist), zum anderen ist der Zulauf von Studenten je Fachrichtung sehr verschieden. Es ist sicher, daß einige Fachrichtungen stark reduziert oder sogar ganz geschlossen werden müssen.

Von den **746** beurteilten Professoren und Dozenten (letztere potentiell C3-Professoren) wurden **606** als nicht bzw. nicht relevant belastet eingestuft. Übergeführt, jedoch noch nicht dauerangestellt, wurden **446** Professoren und Dozenten

Die Bedarfskündigungen hatten bisher dann aber ganz andere Ausmaße als die politische Säuberung. Sie betrafen ca **40 %** der Universitätsangehörigen. Allein an der Universität Rostock wurde in den letzten Wochen des Jahres 1992 1.300 Personen gekündigt.(Alle diese Angaben beruhen auf dem Stand der Dinge um die Jahreswende 1992/93. [29]

2.3. Zum Abbau angenommener Personal-Überkapazitäten - Größen und Bezugsgrößen

Eine weitere Option des Personalumbaues war die beabsichtigte Reduzierung einer angenommenen unsinnigen parkinsonschen Aufblähung von Personalstrukturen aus der DDR-Zeit, die von vielen Seiten angemahnt wurde.

Es sollen nun zur Diskussion dieses Postulates der ostdeutschen Hochschulerneuerung einige Personalgruppen detallierter untersucht werden.

Einer der präferenten Kritikpunkte am DDR-Hochschulwesen war - verglichen mit der Alt-BRD - die für die Studenten aufgewandte sehr hohe Betreuungsdichte. 1990 wurden Berechnungen erörtert, daß die Hochschulen nur ein Drittel der Ausbildungsleistung erbrachten wie nach westlichem Standard von ihnen zu erwarten war. Das sollte nun geändert werden. Es entstand ein personalpolitischer Ansatz von zentraler Bedeutung , wissenschaftliches Personal in Dimensionen zu beschäftigen, die dem zu erwartenden Studentenaufkommen in Ostdeutschland entsprechen. (30)

In der Tat waren an den Hochschulen der DDR weniger Studenten immatrikuliert als an Hochschulen der BRD, weniger in bezug zum Volumen des Hochschulpersonals und bezogen auf die Wohnbevölkerung.

Diese Tatsache wurde vielfach kommentiert. Das soll hier nicht erneut umständlich ausgebreitet werden. Einige bislang weniger exponierte Aspekte erfordern u.E. dennoch weiterhin Beachtung.

Hohe Betreuungsdichte, allerdings frei von Versuchen, die akademische Ausbildung zu verschulen und die Studenten zu gängeln, ist zunächst nichts Negatives, sondern als vorteilhaft zu beurteilen. Man denke an die extrem individuelle Ausbildung und Betreuung bei einem akademisch-künstlerischen Studium. Man kann sich auch in anspruchsvollen wissenschaftlichen Fächern eine peripatetische Intensivzuwendung der Hochschullehrer zum wissenschaftlichen Nachwuchs vorstellen. Davon allerdings war das DDR-Hochschulwesen weit entfernt. Bei empirischen Befragungen, die 1986 stattfanden, klagten etwa 50% der jungen Wissenschaftler, daß sie wenig Beratung und Entscheidungshilfen durch die Hochschullehrer für ihre vorgesehene wissenschaftliche Laufbahn erfahren hatten. (31)

Dies zu erwähnen ist insofern angebracht, als schließlich festzustellen ist, daß eine hohe Betreuungsdichte noch nichts über das hochschulpädagogische Niveau einer Ausbildungsrichtung entscheidet.

In der DDR bestand der hauptsächliche Zusammenhang vielmehr darin, daß durch die Praktizierung eines "planwirtschaftlichen Numerus Clausus" einem bedeutendem Teil der Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung ihres Bildungsstandards - und damit auf die Gewinnung einer wichtigen Ressourcen im beruflichen und wirtschaftlichen Leben - abgesprochen worden war.

Da unverständlicherweise und mit unglaublich regider Haltung die Frequenzen der Studienzulassungen rückgekoppelt waren mit den Frequenzen der Abitur-vermittelnden Schulen (EOS, Spezialschulen, Berufsschulen mit Abitur, die zusammen etwa 14% eines Geburtenjahrganges ausbildeten), nahm die Verkürzung des Rechtes auf freie Entscheidung über die eigene Bildung dramatische Formen an. Zugleich wurden Jahr für Jahr einerseits viele Jugendliche und deren Eltern mit Negativ-Bewertungen und Ausgrenzungen konfrontiert

und andererseits Bevorzugungen praktiziert oder Privilegien zur Schau gestellt, die ein wesentliches Moment der Staatsverdrossenheit bis -feindschaft von DDR-Bürgern bildeten. Die Limitierung von Abitur-Ausbildung und Studienzulassung wurde in vielen Fällen auch dazu benutzt, Menschen politisch zu disziplinieren und ihre Kritik zu unterdrücken.

Obgleich das so war, muß doch festgestellt werden, daß einerseits die DDR-Wirtschaft immer Schwierigkeiten hatte, den Absolventen der Hochschulen ausbildungsgerechte Arbeit zuzuweisen (der Arbeitskräftemangel betraf Facharbeiter, "Hoch- und Fachschulkader" gab es - mit Ausnahme der einen oder anderen Fachrichtung - im Überfluß), andererseits wurde jedem Absolventen ein Arbeitsplatz gesichert und damit zumindest ein nicht zu verachtender Startplatz für eine berufliche Karriere.

Per Saldo war in der DDR ein Teil von Berufstätigen unterqualifiziert tätig, etwa 20% jeder Berufsgruppe, auf der anderen Seite war etwa der gleiche Anteil auf Arbeitsplätzen tätig, die eine höhere Qualifikation erforderten. Die Ursache dieser Paradoxie findet man in der unbedingten (staatlich garantierten) Sicherheit des Arbeitsplatzes für jedermann, ein Prinzip, das die Frühergeborenen bevorzugte gegenüber den später Kommenden. Anders gesagt: Die Prozeduren eines qualitativen Ersatzbedarfs funktionierten nicht, da die Sicherung sozialen Besitzstandes den Vorrang hatte. Das ganze bewegte sich außerdem in den niedrigen Amplitüden des Wachstums innovativer Zonen in der Wirtschaft.

Man möge diese DDR-Erfahrungen, die charakteristische Zyklen-Verläufe für Potential-Bildungen, -Alterungen und -Regenerierungen verdeutlichen, nicht als abgetan und bloße Vergangenheit beiseite tun. Auf spezifische Weise äußerte sich in ihnen die Asynchronität von Bildungsdynamik als Bedürfnis der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Verwertungsprozeduren von Hochqualifikationen. Damit werden die Deutschen auch künftig - und in wachsenden Größenordnungen - konfrontiert sein.

Ein weiterer Aspekt der Hochqualifizierten-Strukturen in der DDR und damit ein interessanter Einblick in den Versuch, wissenschaftliche Bildung und wissenschaftliche Berufsausbildung zu synthetisieren, findet sich in der Stellung des Fachschulwesens der DDR. Wir werden w.u. auf diese Frage zurückkommen.

Festzustellen bleibt: der Erwerb eines Fachschulabschlusses berechtigte denjenigen, der sich damit nicht begnügen mochte, zu einem weiterführenden Hochschul-Studium, allerdings eingeschränkt auf die jeweilige Fachrichtung des Absolventen. Die geläufigen statistischen Angaben über Hochschul-Studenten in der DDR stellen daher nicht das ganze Volumen der Vermittlung von höherer Berufsausbildung dar.

Die folgende Tabelle zeigt in der ersten und zweiten Zeile absolute Zahlen der Studierenden nach Hochschularten.

In der dritten Zeile erscheint der DDR-Wert, umgerechnet auf die größere Bevölkerungszahl der BRD, den wir den Konkordanzwert nennen.

Tabelle 2.4.: Studenten in der DDR nach Studienarten 1988/89
Vergleich mit BRD-Kennziffern

Verteilung der Studenten auf Ausbildungs-typen	Studenten der Universitäten, Hochschulen und der technischen Fachschulen:BRD: Fachhochschulen	je 1 Million der Wohnbevölkerung	von Sp. 1: Studenten der Universitäten	von Sp. 1: Studenten der Technischen Hochschulen BRD: Technikwissen. Fachricht.	von Sp. 1: techn. Fachschulstudenten BRD: Techn. Fachhochschulen	Fachschulstudenten u. Studenten der Technischen Hochschulen in % zu Studenten gesamt
	1	2	3	4	5	6
DDR	165.100	10.200	51.600	49.200	64.300	68,7
BRD faktisch	1.336.600	21.850	1.151.300	354.000	185.400	40,3
DDR/BRD konkordant	625.000	10.200	195.000	186.000	243.000	68,7

Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachulwesen der DDR, Hrsg. - a.sa.O. S. 22
Hochschulen und Fachschulen der DDR.- Statistischer Überlick - 1989. Rundungen!
Quelle BRD: BMBW: Grund- und Strukturdaten, a.a.O. S. 154f

Aus unserer Berechnung werden drei Sachverhalte deutlich:

(a) Das Studentenaufkommen in der DDR betrug nicht ein (relatives) Drittel von dem der BRD, sondern - wie die Spalte 2 zeigt, die Relation 2,14 : 1. Dieser Wert ergibt sich aber nur dann, wenn die technischen und Ingenieur-Fachschulen mitgerechnet werden.

(b) Die unterkritischen Maßstäbe der DDR-Universitäten werden sehr deutlich durch das niedrige Studentenaufkommen. Die Vergleichsrelation beträgt 5,9 : 1. (Spalte 3) Sie liegt also fast um das Dreifache unter dem konkordanten Wert für die Studierenden insgesamt.

(c) Die Spalte 6 verdeutlicht einen weiteren West-Ost-Unterschied: während in der DDR der Anteil der technischen/ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen am Studienangebot 68,7% betrug, lag in der BRD bei etwas über 40%.

In der DDR lag der Anteil der technischen/Ingenieurfachschulen am *gesamten Studentenaufkommen der Fachschulen* (157.500) bei 40,8% (1988/89), der der technischen- bzw Ingenieurfachrichtungen der Hochschulen bei 37,2% .

Der hier zutage tretende Unterschied ist ambivalent. Zugunsten der BRD-Verhältnisse deutet er auf eine größere Vielfalt im Spektrum der Hochqualifizierten hin, was allerdings zuungunsten derjenigen Fachrichtungen ausfällt, die unmittelbar wirtschaftlich-technisch verwertbar sind. Das Zielgebiet der Bildungsexplosion in der BRD lag also deutlich stärker beim Tertiär-Sektor der Volkswirtschaft als bei den produktiven und unmittelbar technologischen Bereichen.

Ein Teil dieses Effektes fällt in den Wirkungsbereich des in westlichen Ländern charakteristischen Trends zum Studium von Soft-Science-Fächern. Ein anderer Teil ergibt sich aus der Polarisierung des Anforderungsprofils in den produzierenden Bereichen, die typisch war vor dem durchgängigen Einsetzen der High-Tech-Innovationen bis etwa Mitte der 80er Jahre.

Wir gliedern aus obiger Tabelle eine Sonderstruktur aus, um eine weitere Dimension des berufsbildenden Studiums in der DDR sichtbar zu machen.

Tabelle 2.5.: Zulassungen zum Studium an Hoch- und Fachschulen, in 1.000

Teil A:

Jahr	Hochschule		Nichtdirekt-studium	Fachschule		Nichtdirekt-studium
	Direktst.	insgesamt	in %	Direktst.	insgesamt	in %
1960				19.5	57.8	
1965	16.5	23.3	29,2	21.5	43.3	53,5
1970	31.1	44.7	30,4	23.0	56.5	55,4
1980	25.8	31.3	17,6	35.5	52.1	40,7
1988/89	26.0	32.0	18,7	30.2	48.2	37.3

Teil B:

Jahr	Studenten	gesamt	Nichtdirekt-studium
	Direktst.	insgesamt	in %
1960			
1965	38.0	66.6	42,9
1970	54.1	101.2	46,5
1980	61.3	83.4	26,5
1988/89	56.2	80.2	29,9

Quelle MHF, Hrsg. "Hochschulen und Fachschulen der DDR" a.a.O.

Die Steigerung der Zulassungquoten, besonders im Zeitraum 1965 - 1970, ist augenfällig. Sie leitet sich ab von einer durch Ulbricht veranlaßten Prognostik, wonach in den späten 80er Jahren mehr als ein Drittel aller Arbeitskräfte wissenschaftliche Hochqualifikationen benötigen würden. Wir können im Rahmen dieser Darstellung auf diese Episode in der DDR-Bildungspolitik nicht weiter eingehen, obgleich sie für die spätere Entwicklung gerade des Hochschulwesens (und darüber hinaus der DDR-Intelligenz) eine deutliche Schlüsselrolle spielt.Von Interesse ist dabei auch der außerordentlich hohe Anteil an Abend- und Fernstudenten, insbesondere letztere Kategorie. Er wird bei der Ausbildungsleistung nur selten berücksichtigt, was ein schiefes Bild auf den Bildungssektor wirft, da dadurch die Limitierungen für junge Leute, eine Hochqualifikation zu erwerben, überhöht dargestellt werden.

Wir wollen nun mit einer weiteren Konkordanz-Rechnung den BRD-DDR-Vergleich über die ***Gesamtfrequenz der Studierenden*** in West- und Ostdeutschland abschließen.

Aus den vorstehenden Tabelle ergibt sich, daß die mit dem Hochschulsystem der westdeutschen Länder am ehesten kompatiblen Ausbildungstypen der DDR aus folgenden Ausbildungen bestanden: Universitäten, wissenschaftliche, künstlerische und technische und pädagogische Hochschulen, Ingenieurfachschulen, wirtschaftsnahe Fachschulen (d.h. ohne kulturelle, medizinische und pädagogische Fachrichtungen). Diese Gruppe von Hoch- und Fachschulen bildete **1988-90** nicht unter

258.000 Studenten aus.

Wenn diese Zahl umgerechnet wird auf die westdeutsche Bevölkerung (Relation 3,68 : 1), so entspräche das

950.000 Studenten

an westdeutschen Hochschulen, bei einer DDR-typischen Verweildauer von durchschn. 4 Studienjahren ca 237.000 je Jahrgang.

Real wurden in diesen Jahren aber ca **1.384-1.417 Mio.** Studenten an den westdeutschen Hochschulen gezählt, d.h. bei durchschn. 13 Semester Verweildauer je Jahrgang 215.400!

Nun muß man hier eine Präzisierung vornehmen. Das DDR-Ausbildungssystem hatte seit **1970** - nach dem steilen Zuwachs an Zulassungen - seine Kapazitäten absichtlich eingeschränkt. Wenn wir den seinerzeitigen Gipfelpunkt des Kapazitätenwachstums in gleicher Weise umrechnen (Relation 3,5 : 1), so entsprachen die ca **300.000** Hoch- und Fachschul-Studenten dieser Jahre (1970-1972) in der DDR einer westdeutschen konkordanten Frequenz von etwas über **1 Million** Studenten.

Real studierten s. Zt. jedoch nur ca **500.000** an westdeutschen Hochschulen.

Es hat sich also ein merkwürdig gegenläufiger Trend abgespielt. Die DDR-Bildungsökonomie (wir verzichten hier, um den Rahmen der Erörterung nicht noch mehr auszuweiten, auf Literaturbelege - Autoren waren u.a. Harry Maier, Jürgen Wahse et al., Werner Wolters, Ehepaar Manfred und Ingrid Lötsch) hatte schnell erkannt, daß es zunehmend schwieriger werden würde, diese Mengen von Absolventen effektiv einzusetzen. Ihre Argumentation wurde erstaunlich schnell von der Politik aufgegriffen und führte zu einem neuen Konzept in der gesellschaftlichen Wertung der Schicht der Hochqualifizierten.

Der Abbau von Hoch- und Fachschul-Ausbildungskapazitäten in der DDR begann lange bevor das Wachstum der Studentenzahlen in der BRD einsetzte. Es wurde auch weiterverfolgt, als dann dort die Bildungsexplosion voll einsetzte.

Diese Trendverlängerung über 1980 hinaus entsprach in *diesem Stadium* aber schon nicht mehr einer Rationalisierung der Ausbildung und des Einsatzes von Hochqualifikationen, sie wandelte sich vielmehr um zu einem korrelativen Moment der Stagnationserscheinungen.

Dennoch war, wie unsere Berechnungen oben zeigen, der Abstand 1989 nicht so verheerend, wie eine vereinfachte Sichtweise annahm. Man muß nur die Fähigkeiten der technik- und wirtschaftsnahen Fachschulen der DDR, kompetente Fachleute auszubilden, richtig einordnen. Sie hatten - natürlich vor dem Hintergrund und mit den Besonderheiten einer RGW-Wirtschaft und -Industrie - eine bedeutende Professionalität und ein beachtliches wissenschaftliches Niveau erreicht.

Was die Bildungsrate je Jahrgang anlangt, so betrug sie in der DDR (Universitäten, Hochschulen, technik- und wirtschaftsnahe Fachschulen zusammengefaßt) je Kohorte Ende der 80er Jahre **26-28%.**

Man muß, wenn man diesen Wert mit dem der BRD vergleichen will (**1989: 231.600 Studienanfänger = 27,8% des Jahrganges** - ohne Berücksichtigung der nichtdeutschen Bevölkerung), allerdings in Rechnung stellen, daß die Studienabbruchsquote in der DDR langfristig deutlich unter 10% lag und daß fast alle Absolventen einen Arbeitsplatz erhielten, der etwa ihrer Studienfachrichtung entsprach.

In bildungsökonomischer Beziehung kann man vom Hoch- und Fachschulwesen der DDR schon von einer erstaunlich effizienten Struktur sprechen.(32)

Dennoch plädieren wir hier nicht für eine DDR-Nostalgie. Es blieben genug Defizite im Vergleich mit dem Niveau westlicher Industrie-Länder, und es setzte eine teilweise Entwertung der Struktur und der Bildungsinhalte ein, als dieses System und seine Absolventen mit der Wirtschaft der Bundesrepublik und der EG konfrontiert wurden. Eine gründliche Reform war unumgänglich.

Festzuhalten bleibt, daß in der DDR ein System von berufspraktischer technik- und wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung existierte und eine Kapazität erreichte, die an der Grenze dessen lag, was wirtschaftlich zu verwerten war. Und dieser Grenzwert war hinsichtlich der Ausbildungskapazitäten dem der altbundesdeutschen Hochschulen etwa analog. Untersuchungen dazu liegen von Ostdeutschen mit hinreichender Detailliertheit vor. (33)

1993 ist - nun seit Jahren schon - ein analoger Grenzwert in den westdeutschen Ländern mit ca. 1.65 Mio Studenten deutlich überschritten. Man kann annehmen, daß eine hocheffiziente Wirtschaft und eine prosperierende Technologie wie die der westdeutschen Länder eine größere Frequenz an Hochqualifizierten absorbieren und ihre Bildung effizienter verwerten kann, als das der DDR möglich war. Wo allerdings hier die Schallmauer liegt und wo außer einem gefährlichen, die Mobilität verstopfenden Sättigungsprozeß ein arbeitsmarktwirtschaftlicher Effekt reinen Überangebotes eintritt und das negativ wirksam wird, was Helmut Kohl die "sozial-strukturelle Schieflage" des deutschen Bildungssytems nannte, das wäre noch zu erforschen. Ein weiterer Aspekt ist der zu erwartende und wahrscheinlich ernste Dimensionen annehmende Verdrängungsmechanismus gegenüber den Qualifikationspotentialen im Osten.

Wir werden im Zusammenhang mit den Planungen der ostdeutschen Länder zum Fachhochschulsystem auf einige Aspekte dieser Frage noch zurückkommen.

Als Fazit für die in diesem Abschnitt erörterte Thematik soll herausgestellt werden, daß von einer parkinsonschen Aufblähung der Personalstrukturen angesichts einer angenommenen mageren Ausbildungsleistung der DDR-Hochschulen keine Rede sein konnte. Was anders war, das war die Struktur. Die Universitäten und die meisten wissenschaftlichen Hochschulen waren in der Tat bei weitem nicht so sehr mit Ausbildungsleistungen gefordert (überfordert) worden, wie die der westdeutschen Länder seit Beginn der 80er Jahre. Soweit es in den Anfangsjahren der DDR eine exzessive Ausdehnung auf Ausbildungsleistungen gegeben hatte, war dies im Verlauf der 70er und noch mehr der 80er Jahre abgebaut worden.

Es drängt sich aber im Lichte der heutigen Diskussion die Frage auf, ob das nicht eher vorteilhaft war und ein Grund mehr ist, den Versuch der ostdeutschen Länder, das westdeutsche Hochschulwesen zu kopieren, mit kritischer Aufmerksamkeit zu beobachten und Einsichten zu gewinnen, daß immer noch Chancen bestehen, an Verhältnisse anzuknüpfen, die eine ausgeprägt intensive Ausbildungsbetreuung der Studenten als eine ostdeutsche Hochschulspezialität bewahren. Wenn die Befragungen ostdeutscher Studenten durch Emnid/Der Spiegel (vgl. Anm. 13) darauf hindeuten, daß sie die Nichterreichbarkeit ihrer aus dem Westen stammenden Professoren als sehr negativ empfinden, so beschränkt sich dies nicht auf die Schwierigkeiten, die Reise- und Gast-Lehrkräfte hier naturgemäß haben, es ist eben auch eine Frage des eingeübten Stils und der beruflichen Gewohnheiten exklusiver Spitzenkräfte.

2.4 Betreuungsdichte im Studium

Im folgenden sollen Berechnungen über die Relationen Studierende - Professoren - wissenschaftliches Personal für die hier verglichenen Systeme BRD, DDR und neue ostdeutsche Länder dargelegt werden.

Die Betreuungsdichte muß unter dem Blickwinkel unterschiedlicher Personalfrequenzen errechnet und bewertet werden. Die Relation Anzahl der Studenten je Professor hat eine

andere Bedeutung als die Relation Anzahl der Studenten je wissenschaftlicher Mitarbeiter, denn es ist ja nicht weiter erwähnenswert, daß viele Betreuungsaufgaben von den Professoren auf Mitarbeiter delegiert werden können. Einen zusätzlichen Informationswert hat die zusammengefaßte Zahl aller Mitarbeiter in Relation zur Frequenz der zu betreuenden Studentenschaft.

Tabelle 2.6.: Lehrkräfte an Hoch- und Fachschulen der DDR* (Alle Werte gerundet)

Hoch-schul-Typ	Universi-täten		Techni-sche Hoch-schulen		andere Hoch-schulen		Lehrkräfte an Fach-schulen/*
	Profes-soren, Dozenten	sonst.wis-sensch. Personal	Profes-soren, Dozenten	sonst. wissen. Personal	Profes-soren, Dozenten	sonst. wissen. Personal	
	A 1	A 2	B 1	B 2	C 1	C 2	D
1988/89	4.300	19.000	1.700	6.900	1.480	5.400	11.600
Studenten 1988/89/**	74.300		36.400		27.300		92.000
Hochschul-Mitarbeiter	1 :	1 :	1 :	1 :	1 :	1 :	1 :
Studenten	17.2	3.9	21.4	5.3	18.4	5.1	7.9

*** "Sonstiges wissenschaftliches Personal": ohne Hochschulmedizin**

/ Quelle: Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Hrsg. Hoch- und Fachschulen der DDR, - Statistischer Überblick - 1989 Fachschulen: Ohne Berücksichtigung der (relativ zahlreichen) nebenamtlichen Lehrkräfte**

Fachschulen: Außerdem wurde folgendes Personal beschäftigt: 1970: 7.780; 1975: 10.290; 1980: 10.340; 1985: 9.500; 1988/89: 9.900 Personen.
Ab 1974 wurde das Personal der neugegründeten Medizinischen Fachschulen aufgenommen.
Für die Hochschulen: vgl. A. Burkhard, D. Scherer, Personalbestand an Hochschulen der ehemaligen DDR a.a.O. sowie MHF der DDR, Hrsg. Hochschulen und Fachschulen. Statistischer Überblick 1989 a.a.O.
/**Die benutzte Statistik des MHF gibt an: "Studierende der Hauptstudienrichtung". Die Summe der Hochschul-Studenten beträgt hier 138.000. Sie liegt mit 6.000 Personen über anderen Statistiken.
Es ist möglich, aber nicht nachprüfbar, ob z.B. Doppelzählungen bei kombinierten Fachrichtungen stattgefunden haben.
Bei den Fachschulstudenten (Spalte D: 92.000) ist der Anteil des Abend- und Fernstudiums abgetrennt worden. Damit soll kompensiert werden, daß die zahlreichen nebenamtlichen Lehrkräfte des Fachschulwesens nicht auszuweisen sind.
Die Werte für die Jahre 1970 - 1985 wurden nicht ermittelt, da der technische Aufwand dafür sich als unverhältnismäßig groß erwies.

Aus den Verteilungen der Tabelle 2.6. errechnen wir die Betreuungsdichte, die in den späten 80er Jahren in der DDR erzielt wurde.

Für die Hochschulen A - C insgesamt ergeben sich folgenden **Gesamtrelationen** A1 - C1:

1 : 18.4. Für die Felder A2 - C2 : **1 : 4.4.** Für die Summe des gesamten wissenschaftlichen Personals (alle A - C-Werte) **1 : 3.6.** Auffällig an dem Ergebnis sind 3 Einzelwerte: **1.** Die geringere Betreuungsdichte bei den Technischen bzw. Ingenieurhochschulen, Relation Professoren : Studenten.

2. Die hohe Betreuungsdichte in der Relation wissenschaftliches Personal der Universitäten Studenten

3. Die hohe Betreuungsdichte bei den Fachschulen,wo offensichtlich für das dort bevorzugte Klassenprinzip (Klassenstärke ca 30 Studenten) je Klasse durchschnittlich 3 - 4 Fachlehrer zur Verfügung standen.

Als nächster Schritt folgt die konkordante Darstellung der Betreuungsdichte an altbundesdeutschen Hochschulen etwa 1989/90, der sodann in einem weiteren Schritt mit den bisher vorliegenden Personalplanungen (Ausbaustufe 1995/97) in den ostdeutschen Ländern zu vergleichen ist.

Tabelle 2.7.: Lehrkräfte an Hoch- und Fachhochschulen der BRD* (Personen absolut)

Jahr	Universitäten		andere wiss. Hochschulen		Fachhochschulen	
	Professoren	: sonst.wiss. Personal	Professoren	: sonst. wiss. Personal	Professoren	: weitere Lehrkräfte
1975	16.924	49.500	827	710	7.171	976
1980	19.286	55.052	1.025	650	7.909	1.312
1988/89	20.175	69.282	1.380	610	9.054	1.557

*** Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Hrsg. "Grund- und Strukturdaten 1991/92" a.a.O. S. 220-223**

Aus diesen Angaben errechnen wir die Betreuungsdichte für Studierende in den westdeutschen Bundesländern.

Tabelle 2.8.: Betreuungsdichte für Studierende in der BRD (westdeutsche Länder - Personen absolut)

Teil A:

Studenten/ Personalgr. / Jahr:	Studenten gesamt in 1.000	Alle Hochschulen: Professoren	Relation 1 :	Alle Hochschulen: sonstiges wiss. Personal	Relation 1 :
1975	840.8	24.922	33,7	51.228	16,4
1980	1.044.2	28.220	37,0	57.000	18,3
1990/(1988)	1.585.2	30.609	51,8	78.000/*	20,3
1990/(1988)	dito	mit nebenberuflichen Kräften:		132.500	12,0

Teil B (nachrichtlich):

Hochschultyp / Jahr	Universitäten u. wiss. Hochschulen Studenten	davon: Technische Fachrichtungen: /** Ingenieur-	und Agrar-, Forst/Ernährungs-Wissensch. Studenten	nicht davon: Kunst-Hochschulen Studenten	Fachhochschulen Studenten
1970	410.1		99.5	10.9	89.5
1980	823.9		116.5	18.3	202.0
1989/90	1.188.3		179.4	24.2	372.6

/*Ohne nebenberufliche Kräfte, die mit 54.551 Personen angegeben werden. Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Quartalsbericht 1992 für 1990, Serie 11. a.a.O. S. 19o. Rundungen. Vgl. auch BMBW: Grund- und Strukturdaten 1991/92, a.a.O. S. 222
/ Die Ausgliederung der technischen universitären Fachrichtungen erfolgt nur nachrichtlich, da keine Ausgliederung ihres Lehrpersonals aus der Gesamtheit des Personals wissenschaftlicher Hochschulen vorgenommen werden konnte.**

Tabelle 2.9.: Betreuungsdichte für Studierende in der BRD 1989/90 untergliedert nach Hochschultypen (westdeutsche Länder - Personen absolut)

Teil A:

Hochschultyp	Studenten nach Angaben des BMBW	Professoren nach Angaben des Wiss. Rates	Relation 1 :	sonst. wissensch. Personal nach Angaben des BMBW	Relation 1 :	Relation Personal gesamt nach BMBW 1 :
Universitäten und sonst. Hochschulen	1.188.300	20.175	58,9	69.280	17,1	13,3
Gesamthochschulen	K.A.	2.140	K.A.	6.770 (nach: Stat. Bundesamt)		
davon: Technische Fachrichtungen	179.400	K.A				
Kunsthochschulen	24.200	1.380	17,5	610	39,7	12
Fachhochschulen	372.600	9.054	41,1	1.557	239,3	32
Alle Hochschulen	1.585.200	30.609	51,8	71.449	22,2	14

Teil B: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden

Hochschultyp	sonstiges wissenschaftl. Personal	Relation 1 :	Relation Personal gesamt 1 :
Universitäten und sonst. Hochschulen	98.600	12,1	10,0
Gesamthochschulen	18.300 einschl. Profess.		
davon: Technische Fachrichtungen	K.A.		
Kunsthochschulen	5.600	4,3	3,5
Fachhochschulen	25.000	14,9	10,8
Alle Hochschulen	132.500	12,0	9,7

Die statistische Grundlage zur Berechnung zuverlässiger Endwerte ist unsicher. Die vom BMBW benutzten Quellen rechnen mit anderen Größen als die vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden mitgeteilten. Wir weisen deshalb in der Tab. 2.9 beide Frequenzen aus.

Dabei zeigen sich verwirrende Kennziffern in den BMBW-Werten: Das nichtprofessorale Betreuungspersonal in der BMBW-Statistik hat bei den Kunsthochschulen je Mitarbeiter **39,7** Studenten zu betreuen, nach den Angaben des Stat. BA Wiesbaden jedoch **4,3**. Nach dem BMBW gibt es durchschnittlich für jeweils **239,3** Fachschulstudenten einen nichtprofessoralen wissenschaftlichen Mitarbeiter, in der Wiesbadener Rechnung jedoch einen für **14,9** Studenten.

Soweit das aus den Quellen zu rekonstruieren ist, resultieren die Differenzen wenigstens teilweise aus der unterschiedlichen Behandlung der nebenberuflichen Kräfte.

Die Gesamtwerte der Betreuungsdichte vermitteln nicht den Eindruck einer verheerenden Überlast für das wissenschaftliche Personal der Hochschulen. Der vieldiskutierte chaotische Zustand beruht offenkundig auf sehr großen Unterschieden zwischen einzelnen Ausbildungsrichtungen. Ferner ist zu vermuten, daß strukturelle Anomalien eine Rolle spielen und zwar derart, daß die Belastung der Professoren ungenügend delegiert wird - bzw. durch die Qualifikationsstruktur der Mitarbeiter - delegiert werden kann.Wenn z.B. für die Universitäten ca 60 Studenten je Professor ausgewiesen werden, die sich zudem auf eine Anzahl Studienjahre/Semester-Einheiten verteilen, also sehr unterschiedliche Betreuungsanforderungen stellen, dann kann man das nicht a priori als eine unerträgliche Relation bezeichnen.

Einer sehr große Streuung dieser Durchschnittswerte jedoch kann u.U für ein Drittel der Professoren zu einer absolut chaotischen Situation führen. Das wird natürlich nicht dadurch kompensiert, daß ein anderes Drittel dafür unter eher komfortablen Verhältnissen tätig ist.

Einen zuverlässigen Aufschluß über anormale Betreuungsdichten kann man indes nur durch sehr sorgfältig angelegte (und wegen der schwierigen Bedingungen, Repräsentativität herzustellen) sehr aufwendige empirischen Detail-Analysen erhalten. Die verwendeten Daten sind, worauf in dieser Arbeit verschiedentlich hingewiesen wird, aus unterschiedlichen und nicht kompatiblen Quellen zusammengetragen (vgl. die Angaben am Ende jeder Tabelle). Ohne Hochrechnungen und Schätzungen war nicht auszukommen. Die Ursache dafür ist in der bislang unzureichenden Professionalität der statistischen Nachweisführung der Länderressort-Ministerien zu suchen.

Von hohem Wert für die Verifizierung der Angaben und Annahmen waren stets die profunden Veröffentlichungen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, die hier häufig zitiert werden. Darunter eine neuere Arbeit von Gertraude-Buck-Bechler und Heidrun Jahn: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern.(34)

Im nächsten Schritt wollen wir die für die neuen Bundesländer zun erwartenden Betreuungsrelationen errechnen. In die Berechnungen sind Überlegungen eingegangen, die aus Arbeiten von Michael Weegen, Henry Adler und Irene Lischka gewonnen wurden. (35)

Tabelle 2.10.: Studenten an ostdeutschen Hochschulen
-vorgesehene Ausbaustufe etwa Mitte/Ende der 90er Jahre -

Land	Universitäten wissensch., künstl. u.a. Hochschulen	Fach-hochschulen	Studenten gesamt je 10.000 der Wohnbev.
Brandenburg	27.000	10.000	137.4
Mecklenburg-Vorpommern	20.000	8.000	132.3
Sachsen-Anhalt	25.000	15.000	134
Sachsen	65.000	20.000	175
Thüringen	18.000	9.000	112,2
Ostdeutsche Länder (ohne Ostberlin)	155.000	62.000	143.2
nachrichtlich: Hessen 1989	105.200	41.700	259
"Hessen-Aequivalent"für Ostdeutsche Länder	281.000	112.000	259
nachrichtlich: Ostberlin /*	22.500	7.000	230.6

Anm.: Erwartet in der nächsten Ausbaustufe: 217.000 = 143,2 je 10.000 der Wohnbevölkerung. Diese Frequenz wird /wurde von den Landesregierungen etwa für 1995 oder kurz danach erwartet. Für 1992/93 werden real gerechnet: 136.000. Das entspricht je 10.000 der Wohnbevölkerung = 89.7 gegenüber Hessen = 259. Der Weg zum westdeutschen Standard ist noch weit. Ob er anzustreben ist, bleibt zu fragen.

Quelle: Angaben der Landesregierungen, vgl. Annotationen zur Übersichtstabelle w.u., für Sachsen: rekonstr. nach Angaben der Universitätsverwaltungen, Wert für die Fachhochschulen hochgerechnet. -- Für Hessen. BMBW, Grund- und Strukturdaten 1991/92, Bonn, Nov. 1991, S. 149
/* Angaben für Ostberlin:Gertraude Buck-Bechler, Heidrun Jahn. Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Hrsg. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Jan. 1993, S. 48, gerundet. - Berücksichtigt wurde auch der Bundesbericht Forschung 1993, Abschnitte über die deutschen Bundesländer.

Ein erster Eindruck zeigt, daß die derzeitige und in der nächsten Ausbaustufe erwartete Anzahl Studierwilliger weit unter der westdeutschen Vergleichszahl (Hessen) liegt. Für die ostdeutschen Länder wird es daher vermutlich auf absehbare Zeit kein besonderes Problem mit der Betreuungsdichte geben, jedenfalls nicht dort, wo es gelingt, den Personalbestand aus der Improvisation herauszuführen.

In der folgenden Tabelle verknüpfen wir die Angaben über das erwartete Studentenaufkommen mit den verfügbaren Angaben über das vorgesehene wissenschaftliche Personal.

Die absoluten Zahlen der Personalstruktur der ostdeutschen Länder sind entweder Vorplanungen der Länder, die nicht immer unserer Klassifizierung folgten (z.B. ist die Aufteilung des Personals in wissenschaftliches und technisch-organisatorisches nicht immer ausgewiesen) oder es sind Hochrechnungen, z.T. Schätzwerte, die aus einzelnen Pressemitteilungen zusammengestellt bzw. abgeleitet wurden. (z.B. was Sachsen betrifft.) Da einzelne Werte isoliert in solchen Mitteilungen auftauchen, ist es nicht immer möglich, die Felder nach Zeilen zu addieren.

Tabelle 2.11.: Wissenschaftliches Personal und Studenten an ostdeutschen Universitäten und Hochschulen Länderplanung: Ausbaustufe etwa Mitte der 90er Jahre

Land	Studenten an Universitäten und anderen Hochschulen	Professoren	Relation 1 :	sonstiges wissenschaftl. Personal	Relation 1 :
Brandenburg	27.000	500	54,0	1.350	20
Mecklenburg-Vorpommern	20.000	660	30,3	1.700	11,8
Sachsen-Anhalt	25.000	650	38,5	3.650	6,8
Sachsen	69.000	1.370	50,4	3.650	18,9
Thüringen	18.000	880	20,4	2.200	8,2
Ostdeutsche Länder (ohne Ostberlin)	155.000	3.580	43,3	12.450	12,4
nachrichtlich: Hessen 1989	105.000	2.550	41,2	5.300	19,8
"Hessen-Aequivalent"für Ostdeutsche Länder	280.000	6.790	41,2	14.000	20,0

Das "Komponentenmodell" des Stellenrahmens, das Michael Weegen errechnete, nimmt für 1995 (nur für die Universitäten) 8.681 Personen an, für das Jahr 2000 - 16.894. Da die Länderplanung für die aktuellen Ausbaustufen realiter (ohne dies expressis verbis auszuweisen) etwa 1997 anzielt, ergibt sich bei Weegen ein (von mir, H.M., berechneter) Zwischenwert von 12.787. Dem kommen wir mit unseren Recherchen aus den Mitteilungen der Länderministerien (16.030; ohne Ostberlin - aber alle Hochschulen - vgl. drittletzte Zeile, Spalte: Professoren plus sonst. wissenchaftliches Personal) ziemlich nahe, was für einen weitgehenden Konsens der von Weegen und von den Ländern benutzen Planungs-Eckdaten spricht. Allerdings liegen beide Werte noch erheblich unter dem Äquivalent, das sich aus der Benutzung der hessischen Ausstattungsstandards ergibt (Professoren und wissenschaftliches Personal: 20.790). Weegen liegt folglich selbst für das Jahr 2000 mit ca 4.000 darunter, die Länderplanung mit 4.700. Dies die vorgesehenen Eckdaten. Der tatsächliche Verlauf der Kapazitätenbildung unterschreitet diesen Rahmen jedoch vorläufig erheblich.

Tabelle 2.12.: Wissenschaftliches Personal und Studenten an ostdeutschen Fachhochschulen Länderplanung: Ausbaustufe etwa Mitte der 90er Jahre

Land	Studenten an Fach-hochschulen	Professoren	Relation 1 :	sonstiges wissenschaftl. Personal	Relation 1 :
Brandenburg	10.000	490	20,4	110	90,9
Mecklenburg-Vorpommern	8.000	750 (?)	10,7	100	80
Sachsen-Anhalt	15.000	1.000	150	200	75
Sachsen	20.000	900 (?)	22,2 (?)	500 (?)	40
Thüringen	9.000	525	17,1	30	300 (?)
Ostdeutsche Länder (ohne Ostberlin u. Sachsen)	62.000	2.770	22,4	640	96,9
nachrichtlich: Hessen 1989	62.000	1.050	59,0	1.250	49,6
"Hessen-Aequivalent"für Ostdeutsche Länder	166.000	2.800	59,0	3.300	50

Für die Fachhochschulen kommt Weegen für 1995 auf 2.074 Personen wissenschaftliches Personal, für 2000 auf 3.835 Personen, was für 1997 einen Zwischenwert von knapp 3.000 Personen ergibt. Damit liegen seine Angaben deutlich unter den Länderplanungen, die wir bei etwa 3.400 Personen (Professoren und wissenschaftliches Personal) liegend recherchierten. Das deutet auf Vorstellungen von einem eher vorsichtigen Ausbau der Fachhochschulen hin. Das hessische Äquivalent mit ca 6.100 setzt da ganz andere Maßstäbe. Sie liegen in einer Größenordnung, die sich für Ostdeutschland ungefähr bei Akzeptanz der früheren DDR-Fachschul-Kapazitäten ergäben.

Wir lassen nun eine zusammenfassende Darstellung der Betreuungsrelationen in den drei von uns berücksichtigten Hochschulsystemen folgen:

Verglichen werden 5 hochschulstatistische Berechnungen: Die Alt-BRD 1980 und 1989/90, letzteres Stichjahr in der unterschiedlichen Version, die sich aus den Daten des BMBW und denen des Statistischen Bundesamtes ergeben. [Wir stießen schon wiederholt auf deren Differenzen. Hier sind sie von Belang für die Betreuungsdichte an den Fachhochschulen. (Vgl. auch obige Angaben)], sodann die der DDR 1989/90, was prinzipiell so datiert wird, weil die Abwanderung von Personal erst im Herbst 1990 größere Bedeutung erlangte und man auch von einem DDR-Hochschulwesen ***nach*** dem demokratischen Umsturz auszugehen hat. Ferner die Werte für die z.Z. von den ostdeutschen Administrationen angezielte Ausbaustufe, die etwa 1995 meint, aber wahrscheinlich nicht vor 1997 erreicht sein wird.

Bemerkenswert ist die geradezu reziproke Unterschiedlichkeit zwischen den BRD und den DDR-Zuständen hinsichtlich der Betreuung durch Professoren bzw. durch anderes wissenschaftliches Personal.

Tabelle 2.13.: Betreuungsdichte für Studierende an Universitäten und Hochschulen

Teil A:

Rechnungen bezogen auf:	Universitäten und Hochschulen		Fach- bzw Fachhochschulen	
Wissenschaftliches Personal	Professoren	sonst.wissensch. Personal	Lehrkräfte bzw Professoren	sonst.wissen. Personal
Betreuungsrelation	1 : Studenten	1 : Studenten	1 : Studenten	1 : Studenten
BRD 1980	37,0	18,3	25,5	154
BRD 1989/90 Angaben BMBW	58,9	17,1	41,1	293
BRD 1989/90 Angab. Stat. BA	58,9	12,1	41,1	14,9
DDR 1989/90	17,2	3,9	/' 7,9	-----
Ostdeutsche Hochschulen (ohne Ostberlin) (Ausbaustufe ca 1995)	43,3	12,4	22,4	96,9
Hessen-Äquivalent f. d. ostdeutschen Hochschulen (komparativer Soll-Wert")	41,2	19,8	59	50
Ostdeutsche Hochschulen: bei Studierenden-Prognose Jahr 2005	54,5	15,7	70,4	305

/' **Hier: DDR-Fachschulen. Ohne Berücksichtigung der zahlreichen nebenamtlichen Lehrkräfte, aber auch ohne Berücksichtigung der Fernstudenten.**

Teil B:

nachrichtlich: DDR 1989/90	Technische bzw. Ingenieurhochschulen	
	Professoren	sonst. wiss. Personal
	24,4	5,3

Die verblüffende Dichte in der DDR beim "sonstigen" wissenschaftlichen Personal (1 : 3,9) erklärt sich aus 3 Komponenten: 1. wurden die Hochschulpersonalstrukturen nicht direkt aus den Ausbildungskapazitäten abgeleitet, was dann 2. dazu führte, daß man sich eher auf die charakteristische Potentialdynamik außeruniversitärer Strukturen eingestellt hatte. Dies wurde noch verstärkt durch die DDR-typische Gewohnheit, Ausstattungsdefizite durch Personalmehraufwand auszugleichen. 3. War ein dichtes Netz hochschulpädagogischer Ausbildungsleistungen (vom Fremdsprachentraining über spezielles Fachtraining bis zur EDV-Einübung) und gesellschaftswissenschaftlich-ideologischer Unterrichtung, Schulung, Ergebniskontrolle geschaffen worden. Dem dienten 25% aller nichtprofessoralen wissenschaftlichen Mitarbeiter, ca. 8.000 Personen.

Die ostdeutschen Planungen für die Professorenschaft 1997 bis etwa 2000 erzielen eine Betreuungsdichte, die zwischen den BRD-Werten für 1980 und 1989/90 liegt, also realiter dem Status Mitte der 80er Jahre entsprechen dürfte. Günstiger fällt der Besatz mit "sonstigem" wissenschaftlichen Personal aus, vorausgesezt, die Wiederherstellung des Mittelbaues

spielt sich in den vorgesehenen Größenordnungen ab. Aktuell kann das nicht unterstellt werden.

Sollte, worauf schon vielfach hingewiesen wurde, der Zustrom von Studenten andere Dimensionen annehmen als erwartet, können aber auch empfindliche Verschlechtungen der Betreuungsleistung eintreten. Groß ist diese "Gefahr " nicht, doch wäre sie, woran stets gedacht werden sollte, dort besonders heikel, wo man sich unterhalb der hier vorgestellten Werte befindet, die ja nur Durchschnittswerte sein können.

Der nächste Schritt sei nun die Berechnung eines Vergleichs der Dichte der Studentenbetreuung durch Professoren und wissenschaftliches Personal an den ostdeutschen Hochschulen unter Berücksichtigung der sich in den Ausbaustufen abzeichnenden Konturen sowie ihr Vergleich mit den bundesdeutschen Werten.

Die Berechnungen nehmen dann folgende Gestalt an:

Tabelle 2.14.: Prognose der Studienberechtigten und des Personalbedarfs*

Teil A	**1989/90**	**1995**	**2000**	**2005**
In % zum Geburtenjahrg. Neue Bundesländer	*'14,2	27,5	36,9	37,4
In % zum Geburtenjahrg. alte Bundesländer	31,5	36,7	40,5	41,4
je Geburtenjahrgang: Ostdeutsche Werte absol.	31.500	48.900	79.800	76.200
Erwartungswert: Studienanfängerpotential an ostdeutschen Hochsch.	real ???	41.000	73.000	68.800
Erwartungswert: Studenten an ostdeutschen Hochschulen /**	132.000	240.000	400.000	390.000
davon: Universitäten und wissensch. Hochschulen		155.000	220.000	195.000
davon: Fachhochschulen/***	----	85.000	180.000	195.000
Teil B				
Personalbedarf bei gleichbleibender Betreuungsdichte: Professoren an Universitäten	----	3.580	5.080	4.500
Personalbedarf bei gleichbleibender Betreuungsdichte: wissenschaftl. Personal /#	-----	7.670	17.700	15.700
Personalbedarf bei gleichbleibender Betreuungsdichte: Professoren an Fachhochschulen #	-----	3.800	8.000	8.700
Personalbedarf bei gleich-bleibender Betreuungsdichte: wissenschaftl. Personal	-----	880	1.860	2.000

1991/92 neu immatrikuliert: 36.700 Studenten.
Es studierten insgesamt: 136.000 Studenten
1992/93 neu immatrikuliert: 34.200 Studenten.
Es studierten insgesamt: 137.000 Studenten.

Teil A der Tabelle:
(vgl. M.Weegen. "Eckdaten für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Hochschulen in den neuen Bundesländern" Hrsg. GEW, Hauptvorstand, G. Köhler. Frankfurt 1992, S.12)
Vgl. Auch H. Adler, I.Lischka. Erste Prognose der Studienberechtigten .....
*** Zeile 1 und 2: In Prozent vom Geburtenjahrgang der Wohnbevölkerung. Zeile 1 eigene Umrechnungen. Ostdeutscher Wert für 1989/90: eigene Recherche, Zahlen der Zeile gerundet.**
Zeile 4: M. Weegen, a.a.O. S. 15., S. 18, gerundet
***' Nach Berechnungen in "Sozialreport 1992". Hrsg. von Gunnar Winkler; Morgenbuch Verlag Berlin 1993, S. 106.**
/ Studienanfängerzahl multipliziert mit durchschnittlich 5,7 Jahre Verweildauer an den Hochschulen, für Universitäten mit 6 Jahren Verweildauer, für Fachhochschulen mit 3,7 Jahren. Das sind obere Grenzwerte. Sie können durchaus bei Einhaltung der Regelstudienzeiten und mit (gegenüber DDR-Verhältnissen) steigender Abbrecherquote reduziert werden.**
/* Fachhochschul-Quote: 1995 = 40%, 2000 = 45%, 2005 = 50%. Für 1995 entspricht diese Quote den Länder-Vorausplanungen. Für die Jahrfünfte danach entspricht sie der erklärten Absicht, das Fachhochschulwesen entschieden zu verstärken und nicht die Universitäts-lastigen Strukturen der westdeutschen Länder zu reproduzieren. Bislang kommt der Auf- und Ausbau der Fachhochschulen nur langsam voran. Die Universitäten haben in der Personal- wie Finanzpolitik Vorrang.**

Teil B der Tabelle:
Unterstellt wurde die Betreuungsdichte, die sich aus den Personalplanungen der Länder und dem erwarteten Studentenaufkommen für etwa 1995 ergibt. Das Timing der Länderregierungen ist allerdings nicht gerade verbindlich formuliert. Ferner: Die von uns erfaßten designierten Professorenstellen tragen in nicht wenigen Fällen einen K.W.Vermerk bzw. gelten als gesperrt. Wenn Mittelstraß meint, etwa 70% der beabsichtigten Berufungen und Neueinstellungen könnten realisert sein, so geht unsere Schätzung nicht weit über 60% hinaus, darin enthalten eine größere Anzahl Provisorien, die die amtierende Lehrkraft nur teilverfügbar macht.
Für die hier unternommenen Rechnungen, um künftige Potential-Volumen abzuschätzen, spielen solche Vorgänge allerdings keine Rolle.Wohl aber sind sie von Interesse für die Beurteilung vorhandener oder nicht vorhandener universitärer Normalität in Forschung und Lehre.

Zu den prognostischen Berechnungen der ostdeutschen Studentenzahlen durch Weegen, Adler und Lischka ist allerdings die zur Vorsicht mahnende Bemerkung angebracht, daß die Zahlen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden.

Um die nächste Ausbaustufe, die die Länder anvisieren, zu erreichen, müßten eine Steigerung von WS 1992/93 = **136.000** Studenten auf etwa WS 1993/94 = **168.400** und auf etwaWS 1994/95 = **217.000** stattfinden, wie z.Z. als obere Kennziffer in den Länderplanungen präsent. Dann wären noch immer die von Weegen und Adler angenommenen etwa **240.000** (1995) unterschritten.

Wenn sich überhaupt eine solche Bildungsexpansion in den ostdeutschen Ländern ereignet, was noch ganz ungewiß ist, muß man sie sich gegenüber unserer obigen Tabelle sicher um einen 5-Jahres-Schritt in die Zukunft versetzt vorstellen.

Soviel aber wird doch deutlich: Wenn sich die Prognosen über die Zahl der Studienberechtigten auch nur annähernd in Gestalt entsprechender Anteile von Studierwilligen verwirklichen, wird ein Dilemma auf die ostdeutschen Hochschulen zukommen, das sich so beschreibt: Entweder ein kostentreibender Personalzuwachs oder eine bedeutende Überlast in Lehre und Ausbildung, die, bei Lage der Dinge, die noch nicht konsolidierten Einrichtungen in der Gewinnung wissenschaftlicher Exzellenz, besonders auf dem Gebiet der Hochschulforschung, ernsthaft zurückwerfen wird.

Ein dilemmatischer Aspekt besteht ferner darin, daß nur eine vorgezogene und gutdimensionierte Ausformung der Fachhochschulen die Universitäten vor einer verheerenden Überforderung bewahren kann, daß aber ohne Abstriche am präferenten Status der Universitäten (besonders hinsichtlich der unverhältnismäßigen Kosten für ihre wachsende Professorenschaft) sich gegenwärtig ein bevorzugtes Fachhochschulprogramm als unrealistisch darstellt.

2.5 Berechnungen zur Ausstattung der DDR-Hochschulen mit nichtwissenschaftlichem Personal - ihr Vergleich mit westdeutschen Hochschulen

Diese Berechnungen haben eine dreifache Begründung:

1. sind rückblickend die in den ostdeutschen Ländern 1990 vorhandenen personellen Potentiale daraufhin zu bewerten, wie sich die Annahme der Personalüberfüllung und des ausgeprägten parkinsonschen Effektes, der ihnen vorgeworfen wird, realiter verhält.

2. ergeben sich daraus Erwägungen für die Bewertung der Bedarfskündigungen und für die Herstellung funktionaler Strukturen an den erneuerten Hochschulen.

3. ist das nichtwissenschaftliche Personal in sich auf bestimmte Weise gegliedert: Verwaltung, Pflegekräfte der Einrichtungen der Hochschulmedizin, unterstützende Kräfte für wissenschaftliche Tätigkeit, insbesondere für die Hochschulforschung.

Der funktionale Aspekt ist also vielschichtig und weist einen engen Zusammenhang mit der Potential-Entwicklung an den Hochschulen auf, die über Lehre und Ausbildungsleistung hinausgeht.

Entsprechende Differenzierungen finden sich in den Planungen der ostdeutschen Länderregierungen entweder nur sehr summarisch wieder oder sie werden als ein konzeptuales Problem von einigem Gewicht ganz ausgespart. Unsere Aufstellung ermöglicht hier eine Reorientierung auf Ausgangspunkte, die den Vorzug haben, das anscheinend so schwierige Problem als schon einmal praktikel gelöst vorführen.

Von der Personalgruppe "nichtwissenschaftliches Personal" an DDR-Hochschulen wurde vielfach behauptet, daß hier in geradezu exzessiver Weise Massierungen vorgenommen worden waren. In der Tat sind die Reduzierungen seit 1991 dann auch bedeutend. Eine verwertbare 1992er Zwischenbilanz war nicht zu ermitteln.

Zunächst interessiert uns die naheliegende Berechnung der Anzahl der je Verwaltungskraft betreuten wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Hochschulmitarbeiter.

Die Berechnung nach Ländern berücksichtigt aus technischen Gründen die Professoren nicht. Diese bildeten in der DDR **7,2%**, in den alten Bundesländern **10,6%** der zu betreuenden Mitarbeiterschaft.

Je Verwaltungseinheit ergibt sich danach folgender Bestand an zu betreuenden Mitarbeitern:

Tabelle 2.15.: Hochschul-Verwaltungskräfte in Relation zu der zu betreuenden Mitarbeiterschaft DDR-Hochschulwesen 1989/90 Ländervergleich - Auswahl

Land	Personal je 1 Verwaltungskraft	Land	Personal je 1 Verwaltungskraft
Berlin (West)	6,8	Rheinland-Pfalz	7,5
Berlin (Ost)	10,2	Sachsen	9,1
Baden-Württemberg	6,5	Sachsen-Anhalt	10,4
Niedersachsen	7,3	Thüringen	11,3
Hessen	8,4	BRD 1990 /*	7,3
		DDR 1989 /*	10,8

/* Länder gesamt jedoch einschließlich der Professorenschaft

Es zeigt sich - vielleicht - überraschenderweise, daß die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in den drei hier berücksichtigten Regionen (Ostberlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt) eine höhere Betreuungsleistung zu erbringen hatten als ihre Berufskollegen in den westdeutschen Ländern.

Besonders auffällig ist der Unterschied zwischen den beiden Berliner Hochschulsystemen.

Bemerkenswert auch der Vergleich zwischen den beiden mit Hochschulpotentialen weniger üppig ausgestatteten Ländern Rheinland-Pfalz und Thüringen. Rheinland-Pfalz leistete sich relativ mehr nichtwissenschaftliches Personal als Baden-Württemberg, am sparsamsten waren die (DDR-)Hochschulen des Landes Thüringen damit ausgestattet.

Auch die Gesamtsumme der Länder (BRD 1990, DDR 1989), die nun die Professorenschaft einschließt, bietet mit der Relation 7,3 : 10,8 einen interessanten Vergleichswert.

Wir lassen nun eine Übersicht folgen, die aussagt, wie 1989/90 westdeutsche und ostdeutsche Hochschulen mit nichtwissenschaftlichem Personal, differenziert nach wissenschaftlich-technischem, Pflege-Personal und Verwaltungskräften, ausgestattet waren.

Tabelle 2.16.: Verteilung und Dichte des nichtwissenschaftlich tätigen Personals an Hochschulen 1989/90
Ländervergleich / Auswahl*

Land	wissen-schaftl. Personal (o. Profs)	je 10.000 Er-werbs-tät.	wissensch.-techn. Personal	je 10.000 Er-werbs-tät.	Pflege-personal	je 10.000 Erwer bstät.	Verwal-tungs personal	je 10.000 Er-werbs-tät.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Berlin (West)	13.800	*134,0*	10.600	*102,9*	5.000	*48,5*	4.350	*42,2*
Berlin (Ost)	5.100	*73,2*	4.760	*68,3*	2.800	*40,2*	1.240	*17.8*
Baden-Würt-temberg	22.400	*52,7*	18.900	*44,5*	7.100	*16,7*	7.450	*17,5*
Niedersachsen	13.600	*48,7*	13.700	*49,1*	3.300	*11,8*	4.200	*15,0*
Hessen	14.600	*58,3*	13.200	*52,7*	3.700	*14,8*	3.750	*15,0*
Rheinland-Pfalz	6.400	*46,9*	4.450	*32,6*	1.650	*12,1*	1.660	*12,2*
Sachsen	12.000	*48,9*	13.450	*48,0*	5.100	*18,2*	3.350	*12,0*
Sachsen/ Anhalt	5.200	*30,3*	6.550	*38,2*	4.450	*25.9*	1.550	*9,0*
Thüringen	3.900	*27,8*	4.600	*32,8*	3.900	*27,8*	1.100	*7,9*
BRD 1990	132.300	*47,4*	109.600	*39,3*	40.150	*14,4*	42.800	*15,3*
DDR 1989/90	31.400	*33,8*	35.900	*38,6*	20.700	22,2	8.800	*9,5*

*Quelle: A. Burkhard, D. Scherer: Personalbestand an den Hochschulen der DDR. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst; Berichte 3/1991. Eigene Umrechnungen: H.M.

Um eine Bezugsbasis zu haben, errechnen wir, wie bei anderen Konkordanzrechnungen auch, die Frequenzen des Hochschulpersonals je 10.000 Erwerbstätige im Territorium. Damit soll die wirtschaftliche Komponente betont werden, die das Hochschul-Arbeitskräftepotential als Kosten- und Leistungsfaktor ja auch realiter darstellt. Was zunächst den übergreifenden BRD - DDR -Vergleich betrifft, so waren tendenziell die DDR-Hochschulen mit den hier ausgewiesenen Mitarbeiterkategorien (mit Ausnahme des medizinischen Pflegepersonals) geringer versorgt als in die der BRD (bezogen auf die Bevölkerungseinheit/Erwerbstätige).

Man kann das auch so ausdrücken - und darauf soll hier der Ton liegen - daß die Hochschulen der altbundesdeutschen Länder eine gewichtigere Wirtschafts- und allgemein Leistungsgröße darstellten als vergleichsweise die der wirtschaftlich weniger entwickelten DDR. Sie sind ein bedeutendes Potential, fähig, wenn auch per Überlast, annähernd 30% jedes Geburtenjahrganges mit einer Hochschulbildung zu versorgen. Trotz der Einschränkung, die Meulemann hier macht (vgl. oben, Text und Anm. 1) sind das bedeutende Ausgangspositionen zur Schaffung von mehr realer Chancengleichheit (nicht gleichmäßig für alle sozialen Schichten - in einer in ihren Soziallagen so unerhört zerklüfteten Gesellschaft). Sie sind ferner ein bedeutendes Forschungspotential, insbesondere in der disziplinär-theoretischen Grundlagenforschung.

Im Rahmen dieser Zuordnung existieren jedoch einige bemerkenswerte Besonderheiten. Die ***Hochschulmedizin*** hatte in der DDR in der Personalstruktur der Hochschulen einen höheren spezifischen Anteil. (Kennziffern **22,2** gegenüber BRD **14,4** - je Bevölkerungseinheit). Die Ursachen, die dem zugrunde lagen, sind noch immer interessant: Die DDR Hochschulmedizin verfolgte eine Mehrfachaufgabe, Forschungsprogramme, Gesundheitsprävention und klinische Versorgungsleistungen zu integrieren. Dies hing z.T. mit dem Typ ihrer komplexen Forschungsprojekte zusammen, die auf einem aufwendig zu betreuenden Patientengut aufbaute. (Forschungen zu Diabetes, Herz-Kreislauf, Psychosomatik, Bluthochdruck, Gerontologie u.a.) Das erforderte ein zahlreiches Pflegepersonal.

In dem relativ hohen Anteil des wissenschaftlich-technischen Personals (BRD: **39,3**; DDR **38,6**) kam auch hier (zusätzlich zu dem Bemühen, die Hochschulen als Forschungspotentiale leistungsfähig zu machen) die DDR-Praxis zur Geltung, fehlende Ausstattungen durch mehr Personal zu kompensieren.

Von Interesse ist auch der Vergleich zwischen dem Personal des Landes Sachsen (zu DDR-Zeiten in die Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt aufgegliedert) und dem des westdeutschen Landes Baden-Württemberg. Diese Länderpotentiale sind erstaunlich ähnlich.

Sachsen war die leistungsfähigste Wirtschaftsregion der DDR und ist es bis zum Schluß geblieben. Das Hochschulwesen, genauer, seine Potentiale, sind dafür ein eindrucksvoller Indikator.

Dagegen fällt Ostberlin, gegenüber Sachsen in allen Positionen komfortabler ausgestattet und zielstrebig als bevorzugter wissenschaftlicher Standort der DDR ausgebaut, gegenüber *Westberlin* erheblich ab. Die beiden Teile Berlins waren jahrzehntelang zwei bedeutende deutsche Wissenschaftsstandorte mit dennoch enormen Unterschieden in ihrem Format. Diese Differenz wird sich in den nächsten Jahren nicht einfach fortsetzen, aber weiter spezifisch ausprägen. Die westberliner Potentialdimensionen werden, auch für sich genommen, nicht haltbar sein und sie werden sich nicht auf Ostberlin ausdehnen. Die ostberliner Potentiale werden in keiner absehbaren Zeit zu den Dimensionen zurückkehren, die sie bis 1990 hatten.

Insgesamt scheinen sich aber doch an den unterschiedlichsten Hochschulen analoge funktionale Prinzipien und dementsprechende Kennziffern durchzusetzen, deren Unterschreiten Leistungsausfälle zur Folge haben, wie man sie kennt: Da machen Hochschullehrer Arbeiten, für die sie viel zu teuer bezahlt werden, es geht Effektivität durch organisatorischen Pannen verloren, in der Forschung werden Dienstleistungen auch dann nach außer verlagert, wenn das zu teuer wird und wenn es zu Verlusten an fachlicher Vertrautheit mit den Projekten kommt. In den Kliniken fehlt u.U. Pflegepersonal, was insbesondere die Forschung beeinträchtigt.

Versuchen wir ein kurzes Fazit:

Die ostdeutschen Hochschulen (gedrängt durch die leeren Kassen der Landesregierungen) vermindern gegenüber den DDR-Beständen noch immer gerade das wissenschaftlich-technische und Pflegepersonal drastisch. Unsere Retrospektive auf die einst vorhandenen Potentiale soll deutlich machen, daß dieser Abbau zu Größenordnungen führt, die weit unter westlichem Standard liegen.

Die ostdeutsche Hochschulerneuerung ist zwar nicht gerichtet auf den Umbau des überkommenen DDR-Systems an Hoch- und Fachschulen, sondern auf eine flächendeckende Neugründung von Hochschuleinrichtungen altbundesdeutschen Typus, wie wir versucht haben, deutlich zu machen. Aber schließlich finden diese Unternehmungen inmitten der überkommenen institutionellen und personellen Strukturen statt. So ergeben sich nolens volens im DDR-Hochschulpotential immer wieder Ausgangspunkte für aktuelle Analysen.

3. Rekonstruierende komparative Darstellung der Hochschulpotentiale der Bundesländer und die Struktur-Konkordanz bei der Hochschulerneuerung Ost

3.1. Konkordanz und Angleichung - Kapazitive Aspekte des ostdeutschen Hochschulwesens

Zu diesem Abschnitt drei Vorbemerkungen:

1. Mit Berechnungen zur mehrdimensionalen Unterschiedlichkeit der Länder-Hochschulpotentiale und ihrer unterschiedlichen Personalgruppen werden wir die Erwägungen zum Begriff der konkordanten Entwicklung ostdeutschen Hochschulwesen einleiten. Ein Zugang soll sein, deutlich zu machen daß innerhalb eines beachtlichen Maßes von territorialer (Länder-) Ausgeglichenheit im deutschen Hochschulwesen spezifische Unterschiede bestehen, die wir in Auswertung einer spezifischen Rangreihenbildung diskutieren wollen.

2. Das Konzept einer "konkordanten Entwicklung" der ostdeutschen Hochschulen könnte leicht mißverstanden werden. Der Begriff "Konkordanz" ist nach einigen Zweifeln eingesetzt worden. Er bedeutet bekanntlich soviel wie "Ähnlichkeit", oder auch "Proportionalität". Geprüft werden Häufigkeitsverteilungen von Personalstrukturen.

In der Statistik sind *Konkordanz-Koeffizienten* eingeführt. Sie metrisieren die Ähnlichkeit von Häufigkeiten in gegebenen Verteilungen. Man kann mit diesen Koeffizienten die Ähnlichkeit der zu untersuchenden Phänomene leicht überfordern und statt dessen strukturelle Isomorphie meinen. Auf Isomorphie wollen wir die Personalstrukturen und Kapazitäten der deutschen Länder nicht prüfen, uns genügen Proportionen und Rangreihenvergleiche. Was man zum Schluß einsehen kann, sind bestimmte Bedingungen einer Ähnlichkeit.

Um diese Denkweise geht es. Um *Bedingungen der Ähnlichkeit* der Hochschulstrukturen der ostdeutschen Länder mit denen der westdeutschen. Es erscheint uns als eine Illusion, die personellen Strukturen des westdeutschen Hochschulwesens auf die ostdeutschen Länder umzurechnen, um sie in absehbarer Zeit nachgestalten zu können.

Zwar unterstellt unser Ansatz stillschweigend das Prinzip der Struktur-Isomorphie als eine Bedingung für Funktions-Isomorphie, jedoch hat man sich dieses als durch konkrete Bedingungen unterbrochen und modifiziert vorzustellen. Die Prüfung auf Struktur-Isomorphie kann auch zu einem ganz anderen Schluß führen als den erwarteten: nämlich daß Umstände vorliegen, die wegen der zu leistenden gänzlich anderen Funktionen ein anderes Strukturmuster anzuzielen erfordern.

3. Wenn dieses Konzept die simple Nachgestaltung ausschließt, intendiert es doch nicht einen ostdeutschen Sonderweg, der zu ganz anderen Zielgrößen führt. Ähnlichkeit unterstellt das Vorhandensein von Unterschieden in den verglichenen Objekten.

Aber es können nicht beliebige Unterschiede sein. Zwei Gebilde sind sich ähnlich, wenn die Unterschiede zwischen ihnen ein bestimmtes Niveau nicht überschreiten.

Die Konkordanz der west-ost-deutschen Hochschulsysteme unterstellt z.B., daß aus der Sicht der *flächenbezogenen Dichte* weitgehende Annäherungen stattfinden müssen. Diese Bedingung war ursprünglich - bis 1989 - (annähernd) gegeben. Sie ist durch die Art der ostdeutschen Hochschulerneuerung zunächst eliminiert worden und muß sich nun neu bilden. Aber wie dies geschieht, die Unzulänglichkeiten aus der DDR-Zeit überwindend und zugleich die Strukturabbrüche ausgleichend, die sich seit 1990 abgespielt haben, das eben ist die Frage.

Wissenschaftssoziologische Untersuchungen können sich nicht das Ziel stellen, eine optimale personale Struktur von Hochschulen zu entwerfen. Die personale Struktur einer Hochschule oder eines ganzen Hochschultyps entsteht in einem langen Prozeß, der historische Dimensionen hat. Aber sie können Umstände und Bedingungen transparent machen, die daran beteiligt sind und sie können so interessierten Administrationen helfen, Zielsetzung und Gesamtrechnungen aufzustellen, um ein Höchstmaß ein Orientierung und Problembewußtsein zu gewinnen.

Worauf es also ankommt, ist nicht die Propagierung und Herstellung der Konkordanz, sondern ihre Erforschung. Das Konkordanz-Prinzip ist hier ein wissenschafts-forschendes Konzept, aus dem die Forscher und Akteure Anregungen für Steuerungs- und Entscheidungsprozesse nehmen können. Sie liefern Stoff für den hochschulpolitischen Disput unter interessierten Partnern.

Was im folgenden an konkordanten Bezügen bzw. Defiziten an Konkordanz zwischen westdeutschen und ostdeutschen Hochschulpersonal-Strukturen erkennbar wird, ist das Resultat eines ersten und unvollkommenen Zugriffs auf diese Materie.

Dabei soll von den konkret vorstellbaren Verhältnissen in einem einzelnen Bundesland ausgegangen werden, in dem wesentliches der Alt-BRD-Verhältnisse und der ostdeutschen Gegebenheiten in nuce zusammentrifft. Gesucht wurde ein Land, daß weniger Einwohner hat als die Großen Drei - Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg - mit ihrer Einwohnerschaft zwischen **9,6** und **17,1** Millionen; zusammen **62%** der altbundesdeutschen Bevölkerung. Ferner sollte es in den Parameter des wissenschaftlichen Potentials etwa auf dem Durchschnittsniveau der BRD liegen, mit einer leichten Überproportionalität bei den Professoren und im hochschulmedizinischen Sektor (die beide charakteristisch sein könnten für die Bewertung der Personalstruktur in den ostdeutschen Ländern). Schließlich sollten eine schwergewichtige Großstadt, einige große Universitäts-Mittelstädte und weite agrarwirtschaftliche Zonen das Land wirtschaftlich und landschaftlich prägen. (Als Pendant für die Großstädte Halle/Leipzig/Dresden, (ca **1.4** Mio Einwohner), für die typische Mittelstadtstruktur der ostdeutschen Länder, für die ausgeprägten Agrarzonen im Osten Deutschlands.)

Wir kommen hier, um methodische Aspekte erweitert, auf statistische Vergleiche zurück, die wir oben schon benutzt haben: ein solches Land ist Hessen mit einer Wohnbevölkerung von **5.66** Mio., **9,25%** der altbundes-deutschen Bevölkerung. Bezogen auf das alte Bundesgebiet (1988) beherbergte Hessen **9,7%** der Universitäten und Hochschulen, bildete **9,3%** der Studenten aus, beschäftigte **10,7%** des wissenschaftlichen Personals des Hochschulwesen, davon das wissenschaftlich-tätige Personal im Umfang von **9,2%** sowie **11,1%** aller C_2 bis C_4-Professoren.

Wenn ausgeglichene Proportionalität (Konkordanz) aller Bundesländer den hypothetischen Wert = **100** ergäbe, erzielte Hessen bei der Professorenschaft einen Index-Wert von **112,7** Punkten; beim hochschulmedizinischen Personal (gesamt) von **110,8**. (Berechnet nach Bendix/Lipset; Assoziations-Index) Mit Frankfurt/Main wären die Großstadt-raumwirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen erfüllt, mit Kassel, Darmstadt, Wiesbaden, Gießen, Fulda andere urbane und hochschul-relevante Vergleichskomponenten. (Im Osten: Erfurt, Rostock, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Greifswald, Cottbus, Jena, Chemnitz als Hochschulstädte.)

Die Stellung Hessens im Ranking unmittelbar hinter den Stadtstaaten kann dazu dienen, wie oben schon erwähnt, den Ostberliner Großraum und die mitteldeutschen Großstädte mit ihren Konzentrationen an überkommenen Wissenschaftspotential zu berücksichtigen.

Der Vergleich ostdeutscher Landesparameter bei Universitäten und Hochschulen mit denen Hessens soll, wie gesagt, nicht durch Erwartungen an isomorpher Angleichungen überzogen werden, d.h. es wird nicht unterstellt werden, daß die ostdeutschen Länder sich ein hessisches Kapazitäten-Potential-Modell überstülpen sollten. Es gibt bekanntlich prinzipiell zwei Vergleichsstrategien: Die Bedingungen für eine anzustrebende Konkordanz sichtbar zu machen oder komparativ die Unterschiede aufzuzeigen, die dann jeweils auf Sinnfälligkeit/Funktionenrelevanz zu prüfen sind.

In mancher Hinsicht wären die ostdeutschen Länder in einer glücklichen Lage, wenn sie sich das hessische Hochschulwesen "leisten" könnten. In anderer Hinsicht müssen sie ihren eigenen Entwicklungsbesonderheiten und speziellen Länderinteressen gerecht werden. Wie manches andere auch, ist die Komparatistik zwischen West- und Ost-Hochschulstrukturen ambivalent.

3.2. Hochschulpotentiale der deutschen Bundesländer im Vergleich

Das altbundesdeutsche Hochschulsystem war unter dem Aspekt der Länder-Regionalität hochgradig ausgeglichen. Wenn man jedoch eine Rangskala bildet, in dem man die Personalstrukturen gewichtet und dies je Bevölkerungseinheit ausweist, ergeben sich doch zwischen den alten Bundesländern bedeutende strukturelle Unterschiede.

Versuche mit diesem Ranking der deutschen Länder - vgl. Tabelle 3.1 - zeigen allerdings sehr potente Hochschulsysteme auf unteren Rangplätzen, wenn die Berücksichtigung einer großen Bevölkerungszahl (z.B. Nordrhein-Westfalen, Bayern) die Parameter "ausdünnt". Umgekehrt gelangen die Stadtstaaten auf die vorderen Plätze, was einerseits richtig ist, da sie ja wirklich existieren und potente Ballungszentren des deutschen Wissenschaftssystems bilden, andererseits jedoch Aussagen zum Territorienvergleich wieder einschränkt. So, wie die Bevölkerungsdichte eine Funktion der "Wirtschaftsdichte" ist (= räumliche Konzentration wirtschaftlicher Standorte - zwischen beiden Komponenten eine wachsende Wechselwirkung unterstellt), ist die Dichte der Hochschulkapazitäten eine Funktion der Wirtschaftsdichte. Dieser Zusammenhang ist allerdings unterschiedlich ausgeprägt; in urbanen Regionen (Metropolen, Großstädte) zeichnet er sich offenkundig durch eine große - historisch gewachsene - Intensität aus.

Die relative Ausgeglichenheit der Hochschulpotentiale der westdeutschen Länder schließt Differenzierungen nicht aus. Um das deutlich zu machen, wird ein Versuch vorgestellt, der einzelne wissenschaftsbezogene Komponenten, die sich in der Personalstruktur ausdrücken, sowie die Dichte des Personals je Einheit der Wohnbevölkerung durch Punktwertung miteinander in Beziehung setzt:

1. Hochschulbeschäftigte gesamt	2. An Hochschulen wissenschaftlich Tätige
3. An Universitäten wissenschaftlich Tätige	4. Professoren (aller Hochschulen).

Dabei gewichten wir die Angaben für die 4 Beschäftigtengruppen (Anzahl der Personen absolut) in der Reihenfolge 1 - 4 mit einem Koeffizienten: 1; 1,3; 1,5; 2.

Im nächsten Schritt wird errechnet, welche absolute Frequenz auf 10.000 Einwohner des betr. Landes entfallen. Die Rechnung ist nicht ganz korrekt, da sie unterstellt, daß die Bevölkerung der Länder eine übereinstimmende Altersstruktur, einen analogen Anteil beruflich Tätiger und wirtschaftlich etwa gleichen Branchen (die "wissenschaftsaffin" sind) aufweisen. D..h., wir beschränken uns hier auf einen hinsichtlich differenter sozial-wirtschaftlicher Strukturen nicht voll abgesicherten Vergleich. Danach bilden die Länder folgende Reihe:

Tabelle 3.1: Ländervergleich nach qualitativ bestimmter Hochschul-Potentialdichte (ausgewählte Personalgruppen, gewichtet)

Land	Rangreihe	Punkte
Berlin(W)	1	**173,9**
Hamburg	2	**133,1**
Saarland	3	**88,0**
Bremen	4	**87,9**
Hessen	5	**84,8**
Baden-Württemberg	6	**80,7**
Bayern	7	**73.1**
Niedersachsen	8	**68,1**
Nordrhein-Westfalen	9	**64,7**
Schleswig-Holstein	10	**62,6**
Rheinland-Pfalz	11	**58,7**

Die Berechnung erfolgte nach der Logik der Aufbaues eines Mehrkomponenten-Vektors. Die Personalgruppen sind nach funktionalen Aspekten gewertet worden. Diejenigen erhielten einen höheren Rechenwert, deren Bedeutung für die Exzellenz wissenschaftlicher Arbeit fraglos höher ist: Professoren, wissenschaftliches Personal, darunter Universitäts-Personal. Die sich aus dem Verfahren ergebenden Vereinfachungen wissenschaftsbezogener Zusammenhänge bleiben bewußt und wurden in Kauf genommen.

Wenn wir das Hochschulpotential der DDR (Stand 1989) in diese Berechnung einbeziehen, dann erhält es den Wert **84,2** Punkte, nimmt also etwa Rangplatz 5 ein.

Obgleich dabei Ostberlin mit seiner starken Potentialkonzentration integriert ist, ergibt sich für einen "Modell-Vergleich" mit Hessen eine gute Ausgangslage.

Zugleich wird eine unangenehme Rahmenbedingung für die Bewertung der Hochschulentwicklung in den ostdeutschen Länder nach 1991 sichtbar:

Als 1990/91 die Neubewertung des DDR-Hochschulpotentials begann, ging ihm der Ruf voraus, daß es bei wenig Leistung durch übermäßig aufgeblähte Personalstrukturen charakterisiert sei. Der gewichtete Vergleich von 4 wesentlichen Hochschul-Statusgruppen zeigt jedoch zunächst eine überraschend problemlose Einordnung in durchschnittliche bundesdeutsche Gegebenheiten.

Was die Leistungsfähigkeit betrifft, sollten nach den Erfahrungen der Evaluierung der ostdeutschen Forschung keine unbestätigten Negativoptiken mehr akzeptiert werden. Wir haben an anderen Stellen dieser Arbeit dazu Überlegungen vorgetragen. Daß die DDR vergleichsweise sehr wenig Hochschulstudenten - und noch weniger an Universitäten - je Bevölkerungseinheit hatte, bleibt unbestritten. Aber auch diese Frage kann nur - wie wir dies im Abschnitt 2.3 versuchten - im Zusammenhang mit der gesamten Struktur der wirtschaftsorientierten Hochqualifikationen diskutiert werden. Wie man von niedrig dimensionierten Wissenschaftskapazitäten nicht auf eine hocheffiziente Leistungsdimension schließen kann, kann man von großen Kapazitäten nicht schlechthin behaupten, sie seien ineffizient. Die Leistungsdimensionen der Wissenschaft nämlich sind vielfältig.

Das würde zugleich aber bedeuten, daß die westdeutschen Länder mit Potentialkonzentrationen auf den Rangplätzen 1 - 4 z.T. beachtlich über dem Level der DDR-Potentiale lagen, die als überdimensioniert galten.

Diese Feststellung legt eine weitere Untergliederung der vergleichbaren Personalstruktur nahe, die wir folgen lassen:

Tabelle 3.2: Übersicht über das wissenschaftliche Personal an Hochschulen Vergleich Hessen 1990 / DDR / Sachsen 1989:

Hochschul-Beschäftigte	Beschäftigte insgesamt	wissenschaftlich Tätige	an Unis wissenschaftl. Tätige	Professoren (alle HS-Typen)	Wohnbevölkerung und Erwerbstätige
Hessen					Bevölkerung:
HS-Beschäftigte absolut	38.500	17.900	8.400	3.350	
- je 10.000 Einwohner	68.0	32.6	14.9	5.9	Einw. 5.661
- je 10.000 Erwerbstätige	153.6	71.4	33.7	13.6	Erw. 2.506
DDR					Bevölkerung:
HS-Beschäftigte absolut	104.300	38.900	25.700	7.325	
- je 10.000 Einwohner	64.5	24.0	15.9	4.5	Einw. 16.178
- je 10.000 Erwerbstätige	111.5	41.7	27.6	7.9	Erw. 9.325
Sachsen					Bevölkerung:
HS-Beschäftigte absolut	36.800	15.000	9.950	2.930	
- je 10.000 Einwohner	75,7	30,8	20.5	6.0	Einw. 4.864
- je 10.000 Erwerbstätige	131	53.3	35.5	10.5	Erw. 2.800

*** Die absoluten Werte des hessischen Hochschulpersonals sind berechnet nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Fachserie 11 1992 für 1990, einschließlich nebenberuflich Tätigen. Die Angaben des Wissenschaftsrates für die Anzahl der Professoren wurden übernommen. Die DDR-Werte sind nach Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin-Karlshorst berechnet. Vergl. Tab. 3.7., S. *****

Bei allen Einschränkungen, die zur Aussagefähigkeit solcher Berechnungen zu machen wären, wird doch deutlich, daß die ursprünglich in Sachsen und Hessen (1989) gegebenen Potentiale in ihren Kennziffern nicht weit auseinanderliegen.

Auffällig ist im Vergleich Sachsen - Hessen die Unterschiedlichkeit zwischen den Kennziffern "HS-Beschäftigte je Einheit Wohnbevölkerung" bzw je "Einheit Erwerbstätiger". Nach

der Wohnbevölkerung war das sächsische Hochschulwesen bis 1990 gegenüber Hessen deutlich unterdimensioniert (131 : 153,6), je Einheit Erwerbstätiger aber deutlich überdimensioniert (75,7 : 68,0).

Die Ursache dürfte darin liegen, daß der korrelative Zusammenhang zwischen Wissenschaftsdichte und Wirtschaftsdichte (s.o.) in den einzelnen Bezirken der DDR stärker ausgeprägt war als in Hessen. Die DDR-Werte liegen charakteristischerweise deutlich unter denen Sachsens, da sie mitgebildet werden von den wissenschaftlich schwächer frequenten nördlichen Territorien, einschließlich dem Norden des Landes Sachsen-Anhalt.

Es wäre denkbar, um den "Territorial-Durchschnitt" der westdeutschen Länder zu betonen, anstatt Hessen ein anderes Land für den West-Ost-Vergleich zu favorisieren und eventuell die Stadtstaaten aus dem Ranking herauszunehmen. Das aber würde den Ballungsraum Ostberlin bei der Wertung der ostdeutschen Strukturen nicht genügend berücksichtigen und überhaupt den hohen Urbanisierungsgrad im Osten südlich der Linie Frankfurt/Oder - Berlin - Magdeburg vernachlässigen.(36)

Um die Einordnung der 1990 vorhandenen ostdeutschen Hochschulpotentiale in die gesamtdeutsche Hochschul-Potentential-Struktur übersichtlich zu machen, lassen wir eine integrierte Tabelle folgen, die die Personalfrequenzen auf Basiswerte umrechnet. Diese werden aus der relativen Häufigkeit von Personalgliederung je 10.000 Personen der Wohnbevölkerung bzw der Erwerbstätigen des betr. Bundeslandes errechnet.

Die Verdopplung der Angaben je Feld durch die beiden Bezugsgrößen "Wohnbevölkerung" und "Erwerbstätige" stellt eine eigenständige Problematik dar, die hier nicht ausgeführt werden kann. Der Leser möge die teilweise bedeutende Differenz der Werte beachten, die sich durch die unterschiedliche Bezugsgröße ergeben und sich dabei vor Augen halten, daß beide Bezüge sinnvoll sind: Die Umrechnung auf die Anzahl der Erwerbstätigen setzt die Parameter des Hochschulpotentials zur einer wichtigen Kennziffer des Wirtschaftspotentials des Landes ins Verhältnis (was für die Beurteilung von Forschungskapazitäten relevant ist; der Bezug zur Wohnbevölkerung läßt Relationen zum Aufkommen an Studierwilligen deutlich werden, die, wie ausgeführt, bundesweit gegen 30% eines Geburtenjahrganges und künftig gegen 40% tendieren, dem die Ausbildungsleistung der Hochschulen ja irgendwie entsprechen muß.

Die Schwierigkeiten mit der Vieldimensionalität der nachfolgenden Tabelle 3.3 (vier Spalten, auf unterschiedliche Personal-Kapazitäten bezogen, jeweils nach A- und B-Werten differenziert) sollen durch eine vollständige Rangreihenauswertung herabgemindert werden. (Rangreihen-Tabelle s. Anmerkungen)(37)

Die nichtskalierten, also deutlich heterogenen Verteilungen lassen (s.o.) einen Rangreihenvergleich angezeigt sein und den Verzicht auf sensiblere, aber aufwendigere Methoden. Der schließlich entstehende durchschnittliche Rangplatz für jedes Bundesland gibt, zugegeben etwas grob, die präferente Ausstattung der Länder mit je spezifischen Personalgruppen einsichtig wieder.

Tabelle 3.3: Hochschulpotentiale der deutschen Länder 1988-1990 je 10.000 der Bevölkerung /*
A: je 10.000 der Wohnbevölkerung; [B: je 10.000 Erwerbstätige]

Land	im HS-Wesen Tätige gesamt	davon an HS wissenschaftl. Tätige	davon an Universitäten wiss. Tätige /**	Professoren gesamt /***	Bevölkerung, in Mio. A: Wohnbev. [B:Erw.tätig]
0	1	2	3	4	5
Baden-Württemberg	63.3 [143.4]	28.5 [64.7]	21.0 [47.7]	5,2 [11.8]	A: 9.619 [B: 4.248]
Bayern	50.1 [120.6]	22.4 [53.9]	17.5 [42.3]	4.7 [11.3]	A: 11.221 [B: 4.659]
Berlin (West)	156.3 [310.6]	78.6 [156.3]	62.0 [123.3]	12.3 [24.4]	A: 2.047 [B: 1.030]
Bremen	51.9 [94.8]	31.1 [56.9]	21.5 [39.3]	10.3 [18.8]	A: 0.674 [B: 0.369]
Hamburg	106.4 [188.9]	45.5 [80.8]	36.9 [65.5]	11.2 [19.9]	A: 1.626 [B: 0.916]
Hessen	68.2 [154.1]	31.6 [71.4]	20.1 [45.5]	6.2 [14.0]	A: 5.661 [B: 2.505]
Niedersachsen	51.9 [135.4]	22.8 [49.4]	18.7 [48.9]	4.6 [12.0]	A: 7.284 [B: 2.792]
Nordrhein-Westfalen	47.5 [113.0]	20.1 [47.9]	12.6 [30.0]	4.5 [10.4]	A: 17.104 [B: 7.186]
Rheinland-Pfalz	42.1 [114.4]	21.3 [58.0]	16.6 [45.1]	4.3 [11.7]	A: 3.702 [B: 1.363]
Saarland	78.9 [195.0]	27.2 [67.4]	22.1 [54.6]	4.1 [10.1]	A: 1.065 [B: 0.430]
Schleswig-Holstein	55.8 [152.2]	20.0 [54.6]	13.9 [37.8]	3.8 [10.3]	A: 2.595 [B: 0.953]
Berlin (Ost)	119.4 [219.1]	50.6 [92.8]	35.0 [64.2]	10.0 [18.3]	A: 1.279 [B: 0.697]
Mecklenburg-Vorpommern	74.8 [135.3]	22.1 [40.0]	16.9 [30.6]	4.0 [7.2]	A: 2.116 [B: 1.170]
Brandenburg	13.0 [23.1]	6.5 [11.5]	----	1.1 [2.0]	A: 2.693 [B: 1.51o]
Sachsen	76.7 [133.0]	30.7 [53.3]	18.1 [31.4]	6.0 [10.3]	A: 4.864 [B: 2.800]
Sachsen-Anhalt	62.7 [109.2]	21.3 [37.1]	11.3 [19.7]	3.8 [6.6]	A: 2.986 [B: 1.715]
Thüringen	61.1 [108.9]	18.9 [33.7]	8.8 [15.7]	3.3 [5.9]	A: 2.496 [B: 1.400]

/* Berechnet nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden, Fachserie 11 1992 für 1990, S. 19, 22 DDR-Werte (DDR-Bezirke in den heutigen Ländergrenzen zusammengefaßt) nach A. Burkhardt, D. Scherer, S. Erdner, Projektgruppe Hochschulforschung, Projektbericht 3/1991, Berlin-Karlshorst. a.a.O.

/ Ohne Hochschulmedizin, die Professoren sind inbegriffen.**

/* Professoren keine Davonzahl. Alle Hochschultypen berücksichtigt.**

1. Die Tabelle vermittelt rasch einen ersten Eindruck von den bedeutenden Unterschieden der westdeutschen Länder mit Hochschulpersonal, unterschieden nach spezifischen Gruppen. Selbst bei Weglassung der Stadtstaaten unterscheiden sich die Länder in der Spalte 2 (A) (wissenschaftliches Personal an Hochschulen) mit der Spanne von **31,6** Personen je 1o.ooo der Wohnbevölkerung (Hessen) bis zu **20,1** (Nordrhein-Westfalen) und **20,0** (Schleswig-Holstein). Die gesamte Differenzierung vgl. Rangreihen-Tabelle unter Nr. 37 in den Anmerkungen!

2. Es ist hier besonders eindruckvoll sichtbar, wie irrig das Postulat von den Personalüberkapazitäten der DDR-Hochschulen war (und noch ist, denn es wird immer noch angeführt).Gewiß liegt Sachsen auf einem Kennziffern-Niveau, das dem westdeutscher Länder entspricht (es liegt, wenn man Bremen als einen besonderen Stadtstaat mit einer relativ unausgeglichenen Struktur übergeht) einen durchschnittlichen Rangplatz hinter Niedersachsen (8,5:7,5). Ostberlin erreicht die Kennziffern der westdeutschen Stadtstaaten, aber der "Rest" bildet im Verein der deutschen Länder eine Schlußgruppe.

Die Werte sind allerdings nicht absolut kompatibel, da auch in der DDR nebenberufliches Personal an den Hochschulen beschäftigt war, was hier nicht ausgewiesen ist. Dessen Umfang war gering. Er ging über Honorarverträge mit Lehrkräften für spezielle Thematiken nicht hinaus. Bei den westdeutschen Werten der Tabelle fehlen (zum Ausgleich) bestimmte Gruppen von Personen, die in Drittmittel-Zeitverträge eingebunden sind. Es handelt sich dabei möglicherweise um nicht unbedeutende Potentiale, von denen der Faktenbericht des BMFT 1990 sagt, daß sie leider durch nichts nachweisbar sind, da schon vor längerem die Universitäten von einer statistischen Berichterstattung über sie entbunden wurden. (38)

3. Die Schlußgruppe der gesamten, 17 Länderpotentiale enthaltenen Reihe (Ostberlin mußte hier verständlicherweise gesondert ausgewiesen werden) wird von folgenden Ländern gebildet: Brandenburg, wo die Ausbildung von Hochschulkapazitäten trostlos war. Hochschuleinrichtungen wurden in der DDR vielfach nach dem Maßstab der 14 Verwaltungsbezirke zugeschnitten. Die drei Berlin umgebenden Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus waren wirtschaftlich so dimensioniert und von der Wirtschaftspolitik definiert, daß sie keine Chance hatten, ein Gegengewicht gegen die Berliner Wissenschafts-Massierungen zu bilden.

Vor Brandenburg liegt Thüringen, davor Sachsen-Anhalt, davor Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Nun kann man annehmen, daß durch den Effekt der großen Zahl (der rechnerischen Wirkung der großen Wohnbevölkerung von NW) bei der Bestimmung durchschnittlicher Rangplätze (hier: Rpl. = 12,5) eine ungerechtfertigte Rangplatzvertauschung mit einem in der Nähe liegenden Land eingetreten ist. Dies wäre mit (Rpl. = 11,0) Schleswig-Holstein.

Zwei erstaunliche Vergleichswerte der gesamten Rangplatz-Tabelle (bei den Personalgrößen gesamt: Rpl. 6 und 8) ergeben sich für Mecklenburg-Vorpommern, das ebenfalls als eine stark wissenschafts-verdünnte Zone gilt. Dieses Land aber hat zwei Universitäten, deren Bedeutung traditionell bestimmt war und nicht definiert nach dem Wirtschaftsgebiet, in dem sie liegen. Ferner gab es noch einige andere Hochschulen in der Ostseeregion. Bezogen auf eine kleine Wohnbevölkerung, ergeben sich günstige statistische Kennziffern, diesmal als Effekt der kleinen Zahl. (Dieser Kleine-Zahl-Effekt wiederholt sich beim Saarland (mit Ausnahme seines auffällig niedrigen Bestandes an Professoren), das im übrigen in eine 5er-Spitzengruppe der Länder aufrücken würde.)

4. Wenden wir uns der Spitzengruppe zu. In ihr dominieren die Stadtstaaten, wie erwartet. Durchgehend den Rpl. 1 nimmt (West)Berlin in Anspruch, gefolgt von Hamburg (Rpl. $\bar{x}$ = 2,6) und (Ost)Berlin. (Rpl. $\bar{x}$ = 2,6) Letzteres übertrifft (übertraf) Hamburg in der Dichte der Personalkapizitäten je Bevölkerungseinheit (A- und B-Werte). Danach folgt Hessen (weniger ausgeglichen, mit Rpl.$\bar{x}$ = 5,6). Die Placierung der Stadtstaaten ist nach dem Obengesagten nicht weiter zu kommentieren, außer etwa Überlegungen über das Westberliner Hochschulpotential, das in allen Rubriken die Territorial-Staaten-Potentiale um das Doppelte bis Dreifache überragt. Auch über die Ursache, die in der mehrfachen historischen Extraposition Berlins zu suchen ist (preußische Hauptstadt, Reichshauptstadt, exzellente

Wirtschafts- und Kulturmetropole, Frontstadt im Kalten Krieg) muß nicht weiter gehandelt werden. Die Frage aber stellt sich, ob es *möglich ist,* die *Notwendigkeit* scheint schon entschieden, die Sonderrolle Berlins als exponierter deutscher Wissenschaftsstandort (exzellente europäische Weltmetropole für Wissenschaft und Kultur an der Grenze und mit Ausstrahlung in den 400 Millionen Menschen zählenden Osten Europas) weiter in diesen Größenordnungen aufrechzuerhalten. (Weiter zu Berlin vgl. w.u., S. 61ff sowie Tabelle 3.6.)

Ein *neuartiges Problem* ist nach Reduzierung der großen ostberliner Kapazitäten die Ungleichgewichtigkeit der Wissenschaftsstandorte im Stadtgebiet, die sich ja nicht damit erledigt, daß die geographischen Bezeichnungen "West" und "Ost" wegfallen und selbst die Postleitzahlen nicht mehr ohne weiteres den Standort erkennbar machen. Die Bevölkerung nämlich ist nicht leicht durchmischbar, was sich längerfristig auch auf die Qualifikationsstruktur des berliner Arbeitskräftepotentials auswirkt. (z.B. Berlin(Ost) realisierte Bundes-Spitzenwerte in den ABM-Aufwendungen je Arbeitskraft.) Mit fallendem Wirtschafts-Wissenschafts-Niveau von West nach Ost entmischt sich die Stadt vielmehr, nicht zuletzt auch langfristig in ihrer sozialen Struktur.

Zur Spitzengruppe gehört von den Territorialstaaten Hessen, mit 1 Rangplatz-Unterschied gefolgt vom Saarland und von Baden-Württemberg. Hessen verdankt seine auffällige Potentialbildung zweifelsohne dem Wirtschaftsgroßraum Frankfurt und der Existenz weiterer bedeutender Wissenschaftsstandorte in bedeutenden Städten. Im Unterschied dazu scheinen die Wissenschaftsstandorte Baden-Württembergs wesentlich stärker disloziert, was wir hier allerdings (noch nicht) quantifizieren können.

Hessen, ergänzend zu dem oben schon gesagten, ist ein entwickelter Modellfall für den deutschen Osten südlich der Linie Frankfurt/Oder, Berlin, Magdeburg, natürlich unterschieden dadurch, daß der Großraum Frankfurt/Main und Berlin erhebliche Verschiedenheiten aufweisen. Andererseits haben sie gemeinsames, nämlich eine starke periphere Ausstrahlung, die ergänzt wird durch eine hohe Standortkonzentration in der Metropole. Der Bevölkerungs- und Wirtschafts-verdünnte deutsche Osten nördlich der genannten Linie folgt einer anderen Logik der Bildung von Wirtschafts-Wissenschafts-Potentialen, worauf wir hier aber nicht eingehen werden.

Es folgen aus diesen Überlegungen ein weiteres Mal Begründungen für den Einsatz der hessischen Hochschul-Kapazitäten-Maßstäbe, die wir w.u. fortsetzen werden.

5. Zur Relation Personal gesamt - wissenschaftlich tätiges Personal

Die tabellarische Vergleichung der deutschen Länderpotentiale an den Hochschulen weist auf bedeutende Rangplatzverschiebungen zwischen den Kennziffern für "HS-Tätige gesamt" (Spalte 1 und "wissenschaftlich Beschäftigte" (Spalte 2) hin. Dabei fällt auf, daß die ostdeutschen Länder 1990 einen deutlich kleineren Anteil wissenschaftlich Tätiger am Hochschul-Gesamtpersonal aufwiesen. Innerhalb dieser Begrenzung gibt es dann jedoch einige bemerkenswerte Struktur-Ähnlichkeiten. (39)

Rechnerisch ergibt sich folgendes Bild: Die 3 westdeutschen Länder mit guter bis mittlerer Lage in diesen Rubriken, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein erzielen im Schnitt eine Relation von je **2,1** Einheiten Gesamtbeschäftigte je **1** Einheit wissenschaftlich Tätiger. (Westberlin: 1,99 : 1) Die ostdeutschen Länder erzielten die Relation von **2,7 : 1**. Das Verhältnis von Personal gesamt und wissenschaftlichem Personal ist in seiner Bedeutung ambivalent. Einerseits realisiert sich in einem hohen Anteil wissenschaftlichen Personals eine Massierung kreativer Kräfte, was vermuten läßt, daß dieses so charakterisierte Potential

wissenschaftlich hocheffizient ist. Andererseits deutet ein relativ höherer Anteil nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter (wissenschaftlich-technisches, medizinisches Pflege- und administratives Personal) auf eine ausgebaute wissenschaftliche Infrastruktur hin, die den kreativen, forschenden Kräfte effektive Arbeitsbedingungen vermittelt. Daß es sich bei diesem in der ostdeutschen Struktur besonders ausgeprägten Effekt nicht um eine Aufblähung bürokratischen Personals handelt, sondern um ein relativ großes wissenschaftlich-technisches und Pflegepersonal, wird an anderer Stelle ausführlicher kommentiert. (Vgl. Abschn. **2.5**, S.38ff, sowie Tab. 2.25 u. 2.16)

Es wurde hier wiederholt erwähnt, daß in der DDR-Wissenschaft nicht selten fehlende Ausrüstungen durch einen verstärkten Personaleinsatz kompensiert werden sollten.

Das allein erklärt diesen Effekt jedoch nicht, wie wir w.o. schon am Beispiel der relativ großen Kapazitäten der Hochschulmedizin diskutierten. Im Zusammenhang mit der Tabelle 2.4 wurde die unterschiedliche Kapazität im Studienangebot der technischen/ ingenieurwissenschaftlichen Fächer im BRD-DDR-Vergleich deutlich. (Die Hochschul-*Personal*verteilungen konnten nicht quantifiziert werden): Sie betrugen für die DDR 68,7% des gesamten Studienangebotes, in der BRD etwas über 40%. Außerdem war, wie die Tabelle in der Anm. 39 zeigt, die Professorenschaft der BRD in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern stärker frequentiert als in der DDR. Aus diesen Strukturbesonderheiten ergeben sich, besonders mit Blick auf die anwachsenden Anforderungen an die Hochschulforschung in den 80er Jahren eine Reihe von Kapazitätsbedingungen an ein leistungsfähiges wissenschaftlich-technisches Personal. Dabei ist es nicht ohne Interesse, daß im DDR-Wissenschaftssystem die Professionalisierung der wissenschaftlich-technischen Arbeitskräfte einen bedeutenden Stellenwert hatte. Diese Traditionen hat die Hochschulerneuerung Ost - mit welchem Ergebnis auch immer - nicht fortgeführt.

Wir lassen nun eine Zusammenfassung zum regionalen Ost-West-Vergleich folgen, gegenüber den obigen Quantifizierungen ergänzt um eine erste Zusammenfassung der Kapazitäten-Planung der ostdeutschen Länder 1991 - 1995/97:

Tabelle 3.4: Hochschulpotentiale in deutschen Regionen je 10.000 der Bevölkerung
A : je 10.000 der Wohnbevölkerung; [B : je 10.000 Erwerbstätige]

Land	im HS-Wesen Tätige gesamt	davon an HS wissenschaftlich Tätige	davon an Universitäten wiss. Tätige	Professoren gesamt	Bevölkerung, in Mio. A: Wohnbevölk.. [B:Erw.tätige]
BRD 1989/90 gesamt	366.000 59.8 a[123.0] b[138.4]	163.100 24.3 a[54.8] b[66.7]	118.800 19,4 a[39,9] b[44.9]	30.800 5.0 a[10.3] b[11.6]	A: 61.178 [B:a:29.750] [B:b:26.448]
DDR 1989 gesamt	104.300 64.5 [111.8]	38.900 24.0 [41.7]	23.000 14.2 [24.7]	7.500 4.6 [8.0]	A: 16.178 [B: 9.325]
Ostdeutsche Länder Ausbaustufe 1995/97 (ohne Ostberlin)/*	52.000 34.3 [77.4]	24.200 16.0 [36.0]	16.100 10.6 [24.0]	7.400 4.9 [11.0]	A: 15.160 [B: 6.715]

/* **Einschließlich Hochschulmedizin, deren Kapazität mit 66% derjenigen angenommen wurde, die im DDR-Hochschulwesen vorhanden war. Das ist eine optimistische Hochrechnung.**

Die von uns benutzen Quellen enthalten bei den Gesamtwerten einige Ungenauigkeiten, die z.Z. nicht aufzuklären sind:

* Die Gesamtsumme der in den Hochschulen Beschäftigten wird von Wiesbaden mit 370.100 angegeben. Die Addition der Einzelangaben der Länder ergibt nach unserer Rechnung 366.100.

* In den Angaben der großen Wirtschaftsinstitute für die Erwerbstätigen in der BRD findet sich die Endsumme 29.750 Mio. Die Addition der Einzelangaben der Statistischen Ämter der Länder, die wir benutzen, ergibt nur 26.448 Mio. Personen.

* Für die DDR wird die Gesamtzahl der Professoren und Dozenten an den Hochschulen teils mit 7.500, teils mit 6.550 angegeben.

* Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen der DDR erreicht bei einigen Autoren 9.7 Mio, bei anderen, die nur die in den definierten Wirtschaftsbereichen Berufstätigen zählten, findet man für 1989 den Wert 1989 8.34 Mio.Winkler (Sozialreport '90, Verl. Die Wirtschaft, Ostberlin 1990 gibt für 1988 nach dieser Definition 8.59 Mio.(S.79) bzw für 1989 8.25 Mio (S.82) an. Wir benutzen die oft zitierte Anzahl der in einem Berufs- bzw. Arbeits-Verhältnis Stehenden = 9.325 Mio.

* Eine aktuell zuverlässige Zahl für die Wohnbevölkerung der ostdeutschen Länder und Ostberlins gibt es u.W. nicht. Wir stützen uns auf die Angaben der Statistischen Ämter der Länder für 1992. G. Winkler im Sozialreport 1992, a.a.O. (S. 37) verwendet den Wert 15.915 Mio. Er gibt den Stichtag 30.6.1991 an.

* Übereinstimmende Angaben für die Personalfrequenzen der Ausbaustufen 1995/97 sind ebenfalls nicht zu erwarten. Es gibt auch keine einheitliche Berichterstattung der Länderregierungen. Unsere Angaben sind aus verschiedenen Veröffentlichungen, einschließlich Pressemitteilungen der Wissenschaftsministerien, zusammengetragen.

  All diese Ungenauigkeit sind zu bedauern. Teils zeigen sie die Unsicherheiten an, mit denen Administrationen wissenschaftliche Potentiale bewerten, teils weisen sie auf Wandlungen hin, die rasch und nicht leicht zu fixieren sind. Teils beruhen sie auf unvermeidliche verschiedene Zählweisen. Soviel kann aus unserem Umgang mit diesen Zahlen dem Leser dennoch versichert werden, daß die auf größere Einheiten basierten Kennziffern, die sich daraus ableiten, keine wesentlichen Größenunterschiede erfahren, je nachdem, welche Quelle man benutzt.

Wenn die Ausbaustufen wirklich erreicht werden (gegenwärtig liegt die Realisierung etwa bei 60%), haben die ostdeutschen Länder ca 60% des Potentials wiederhergestellt, das es zu DDR-Zeiten gab. Gegenwärtig wird folglich mit ca 40% des DDR-Standards gearbeitet. Bei den Universitäten liegen diese Werte um einige Prozentpunkte höher. Damit wird der Option, die Universitäten nach ihrer Zurücksetzung in der DDR wieder stärker zur Geltung zu bringen, im Trend entsprochen. Allerdings ist dieser Trend relativ zum westdeutschen Standard (glücklicherweise: s.u. Abschn. 3.4) noch gering ausgeprägt.

Die Anzahl der Professoren, gegenwärtig aus den Einzelplanwerten zu 7.400 Stellen addiert, entspricht etwa der Frequenz, die von der DDR-Hochschulpolitik für angemessen gehalten wurde. Diese Zahl schon und besonders dasWachstum darüber hinaus beruht auf einer anderen Struktur: in diesen Kapazitäten sind nämlich eine erhebliche Menge C_2-Professoren und Professoren an den geplanten Fachhochschulen enthalten/vorgesehen, die es in der DDR nicht gab. Anzunehmen, daß sich allein durch diese Statusanhebungen im Hochschulpesonal eine größere wissenschaftliche Leistungsfähigkeit herstellt, wäre allerdings verfrüht. In der großen Gruppe der unbefristet im Mittelbau der DDR-Zeit tätigen "wissenschaftlichen Altgesellen" und auch unter den Ingenieurschul-Dozenten gab es viele, denen eine Berufung zum Professor wohl angestanden hätte. Dieser Behauptung liegen einige vom Autor in den 80er Jahren angefertigte empirische Untersuchungen - angefertigt zusammen mit dem Zentral-Institut für Hochschulbildung Berlin-Karlshorst zugrunde. (Vgl. Anm. 31)

Von der Frequenz der geplanten Berufungen ist man allerdings noch erheblich entfernt. Für eine Reihe von Einrichtungen wird als eine günstige rezente Größe 60% angegeben. Hochgerechnet würde das bedeuten, daß gegenwärtig etwas mehr oder weniger als 4.500 Professoren tätig sind.

Der Entschluß, weitgehend die Professorenschaft der DDR-Zeit zu entlassen (was teils ganz offen praktiziert wurde, teils auf dem verdeckten Weg über die angeblich unumgängliche Neuausschreibung aller Stellen) hat zu einem fließenden Zustand der allmählichen Vervollständigung der vorgesehenen Personalstrukturen geführt, dessen Verlauf schwer abzuschätzen ist.Wie zähflüssig der Prozeß ist, zeigt eine Pressemitteilung. (Vgl. Spiegel-Interview mit dem führenden sächsischen CDU-Wissenschaftspolitiker M.Rößler) Danach beträgt der Anteil der Berufungen von Professoren aus westdeutschen Ländern in Sachsen weniger als 20%, wobei allerdings nicht genau gesagt wurde, von welcher Bezugsgröße ausgegangen wird. **(40)**

Damit ist ein Indiz gegeben, wie langsam sich der Neubildungsprozeß der Hochschulelite vollzieht und daß noch lange nicht von 8.800 amtierenden Professoren gesprochen werden kann, die für eine spätere Aufbauphase vorgesehen sind.

Schließlich muß auf folgende Voraussetzung der diskutierten Konkordanz aufmerksam gemacht werden: Die DDR-Werte beziehen sich auf eine Menge von 9.325 Mio Erwerbstätigen. Für die ostdeutschen Länder mußte eine solche Bezugszahl synthetisiert werden, da es aussichtslos ist, das Wirtschaftspotential am Gegenstand der Erwerbstätigen-Statistik zu bewerten. Die angenommene Zahl von 6.715 Mio wurde abgeleitet aus dem Beschäftigungsgrad der Wohnbevölkerung im Lande Hessen; eine vorgreifend-optimistische Annahme. Er liegt mit 44,3% deutlich unter dem DDR-Standard von 57,6%. Zusammen mit einer rückläufigen Wohnbevölkerung erzielt also ein deutlich kleineres Hochschulpotential relativ gute Parameter für den Grad der Ausstattung der Länder mit Wissenschaftsstrukturen.

Die gesamte Voraussetzung ist zweischneidig. Wenn man die ostdeutschen wissenschaftlichen Länderpotentiale in nationaler Dimension betrachtet, so hat ein Abbau von beträchtlichen wissenschaftlichen Kapazitäten stattgefunden. Dies ist kein Vorteil für den Technologiestandort Deutschland, kein Vorteil für die Schaffung der Sozialstrukturen einer modernen Gesellschaft in Ostdeutschland, kein Vorteil für die wissenschaftliche Konsistenz der erneuerten Universitäten und Hochschulen.

Es bildet sich eine kritische Situation heraus, die folgende Aspekte aufweist:

1. In den EG-Ländern ist heute unumstritten, daß die Verdrängung technologisch entwicklungsschwacher wirtschaftlicher Regionen bzw. Branchen von den Märkten nur widerstehen läßt, wenn regional und sozialstrukturell (in eben dieser Kopplung) eine starke Intellektualisierung der Beschäftigten gewährleistet ist, die durch Qualifikation und Motivation (hoher Grad professioneller Selbstverantwortung) die neuen technologischen Strukturen praktizieren können.

2. Es werden sich auch in Ostdeutschland Bildungsbedürfnisse ergeben, die sich denen der westdeutschen Länder mehr oder weniger (rasch) angleichen. Wenn die Hochschulen den künftigen Bedarf an Studienplätzen nach Umfang, Fächerstruktur und wissenschaftlicher Exzellenz nicht gerecht werden können, wird es einerseits zu fatalen Überlasterscheinungen kommen, andererseits zu wissenschaftsbezogenen Defiziten. Ein Teil der studierwilligen Jugend, und zwar tendenziell der befähigste, würde sich dann weiterhin migratorisch in Richtung Westen in Bewegung halten.

3. Ein bedeutender - und auf die Länge zu großer - Teil der intellektuellen Elite Ostdeutschlands, einschließlich der nachwachsenden Begabungen, wird die Annahme von Tätigkeiten in westdeutschen Ländern oder im Ausland vorziehen, wenn das Angebot an akademischen Karrieren bzw. Arbeitsplätzen an Hochschulen zu weit unter den für den deutschen Kultur- und Wirtschaftsraum zu erwartenden Maßstäben liegt.

Es ist - wie auch immer - kein ausreichendes Programm, die Hochschulen der ostdeutschen Länder nach der bekannten Minister-Formel "klein aber fein" zu gestalten, sie müssen vielmehr Strukturen und Kapazitäten aufweisen, die der ihnen zugemessenen gesellschaftlichen Aufgabe entsprechen.

Es ist schon nicht mehr abzuwenden, daß die ostdeutschen Länder bis ins nächste Jahrhundert eine "wissenschaftsverdünnte" Zone in der deutschen Sozial-, Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft darstellen werden. Das entspricht zwar ihrer abzusehenden Wirtschaftskraft und dem wahrscheinlichen Modernitätsniveau des sozialen Beziehungs- und Funktionen-Geflechtes, aber diese Art nachholender Entwicklung kollidiert mit zwei außerwissenschaftlichen Prozessen:

Aus den Voraussetzungen ist leicht zu schlußfolgern, daß eine bestimmte Flächendichte auch in den ostdeutschen Ländern nicht weiterhin unterschritten werden darf, wenn nicht Langzeitwirkungen eintreten sollen, die niemand will und die auch nicht zwangsläufig eintreten müssen. Wir stellen dies fest, obgleich einsichtig ist, daß für einen mittelfristigen Zeitraum eine wissenschaftsverdünnte Gesamtlage unvermeidlich ist. Das ist nicht paradox.

Das Problem besteht vielmehr darin, daß man sich vorzustellen hat, daß die ostdeutschen Hochschulstrukturen nicht nach irgendeinem Schema oder einem Diktum festgeschrieben werden dürfen, sondern stetig, wenn auch vielleicht sehr langsam, expandieren müssen. Wenn alle Mittel ausgeschöpft werden, Personalressourcen aufzustocken, einschließlich dem Erhalt von Parkräumen für z.Z. arbeitslose Wissenschaftler, Wissenschaftler mit HEP-WIP-Status, Wissenschaftler in forschungsintensiven freien Gesellschaften, befristet Tätigen u.a., dann ist eine wesentliche Voraussetzung für ein ausreichendes mittelfristiges Wachstum durchaus vorhanden.

Dabei dürfte es eine weitere Voraussetzung sein, daß die Problemlage so überhaupt gesehen wird, womit ja leider nicht unbedingt zu rechnen ist.

3.3. Das hessische Potential-Struktur-Maß und die Hochschulen der ostdeutschen Länder

Das Ergebnis soll sein, in einer Projektion der Parameter hessischer Hochschulstrukturen einen Set orientierender Eckwerte für die Bewertung des Potential-Aspektes der ostdeutschen Hochschulerneuerung zu gewinnen. Dabei tritt zusätzlich zur Frage der Ost-West-Kompatibilität das Problem der Ausgeglichenheit der Hochschul-Länderpotentiale auf.

Das Maß der Ausgeglichenheit wiederum ergibt sich nicht ausschließlich durch den Bezug auf das "Hessische Strukturmaß", denn dieses ist selbst nur *eine* Ausprägung der westdeutschen Länder-Föderalismus im Hochschulwesen, zwar mit einem durchaus "gehobenen" mittleren Standard, wie wir oben schon zeigten, aber das bedeutet ja noch nicht, daß es besonders charakteristisch für die westdeutschen Länder ist. In der Skala (vgl. Tabelle 3.1 oben) bei dem Abstandsniveau zwischen Rheinland-Pfalz mit 58,7 Punkten und Berlin mit 173,9 Punkten sind sehr verschiedenartige Potentiale vorauszusetzen.

Haben solche Betrachtungen außer einen konzeptualen einen praktischen Sinn? Darauf ist nicht so einfach mit Ja oder Nein zu antworten. Ein Grund liegt darin, daß es keine theoretisch oder konzeptual-deduktiv ableitbaren Maße für die Potentialentwicklung eines Hochschulsystems gibt. Das Hochschulsystem eines Landes, wir sagten es, ist das Produkt wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und sozialer Evolution. Es beruht wie alle Evolution in komplexen Systemen auf der Art und Weise, wie äußere Rahmenbedingungen und Inputs von den system-endogenen Verhältnissen absorbiert und als Impulse genutzt werden. Es gibt keine Umstände, unter denen man urteilen müßte, daß das reale Potential eines Hochschulsystem zu groß sei. Wohl aber kann man ex post faktum urteilen, daß es zu klein dimensioniert ist. Dabei bleibt natürlich immer unterstellt, daß von den Hochschulen exzellente Forschung ausgeht und die Studentenausbildung auf fortgeschrittenen internationalen Standards orientiert bleibt. - Daß also die Ressourcen effizient und nicht verschwenderisch verausgabt werden und Fehlentwicklungen unterbleiben, in welcher eine Hochschulprominenz die Ressourcen der öffentlichen Hand zu persönlichen Pfründen für einen selbstgefälligen Elitenwissenschaftsbetrieb umfunktioniert.

In der folgenden Tabelle mit den "Orientierungswerten des Hessischen Strukturmaßes" wird der Analyse-Ansatz von Hochschulpotentialen nach ihrer "Dichte" in einem gegebenen Territorium konsequent für die ostdeutschen Länder ausgeführt. Das "Hessische Strukturmaß" hat, in der hier vorgestellten Ausfertigung, mehrere Bezugsebenen:

(a) Es ist auf die von den Landesregierungen angetroffene Situation der Jahre 1989/90 beziehbar, also auf die angetretene DDR-Erbschaft, (b) es gibt einen Kontrastwert für die perspektiven Vorstellungen in den Ländern (eventuell untergliedert in mehrere Etappen: bis 1994, bis 1997/98, bis zum Jahr 2000 o.ä.. Es ist (c) durchaus auch in introvertierter Sicht zu erörtern, was aus den hessischen Erfahrungen mit den Problemen dieses Landespotentials und seiner Struktur ableitbar wäre, schließlich (d) läßt es sich auf andere Bundesländer beziehen, z.B. auf solche, deren Dichte an Wissenschaftspotential in der einen oder anderen strukturellen Gliederung noch höher ist.

Die in den Einzelwerten enthaltene Struktur ist zwar nicht aus vorgegebenen Postulaten deduzierbar, aber sie ist doch wiederum auch nicht willkürlich entstanden (etwa bloß als Resultat von Akteursverhalten). Sie charakterisieren ein Durchgangsstadium für den Evolutionsprozeß moderner Zivilisation und sind nicht ohne tiefreichenden historischen Determinismus erklärbar. Insofern enthalten sie objektive Komponenten, d.h. eine bestimmte Konstellation von Faktoren und Funktionsweisen bürgerlicher Moderne.

Da sie aus nachvollziehbaren sozialstrukturell/wirtschaftliche Strukturen abgeleitet sind (die wir im Rahmen dieser Untersuchung nicht explizieren können) haben wir es letztlich mit einem Set spezifischer **Erwartungswerte** zu tun (ermittelt post ex faktum) und das ganze kann so, was wir andeuteten, methodisch vielfältig eingesetzt werden.

Die Tabelle gibt für jedes Land zwei Werte je Personalgliederung an:

Für Hessen die absolute Anzahl der Personen und in ( ) die Relativzahl, die sich durch Umrechnung auf Hochschulbeschäftigte je 10.000 Erwerbstätige ergibt.

Diese Kennziffer wird auf die ostdeutschen Länder umgerechnet, wobei von einer Anzahl Erwerbstätiger ausgegangen wird, die dem hessischen Standard entsprechen (44,3% der Wohnbevölkerung). Diese Korrektur ist notwendig, da man sich bei der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland nicht auf die aktuellen Zahlen über Erwerbstätigkeit beziehen kann. Im Ergebnis erhalten wir den "Hessischen Orientierungswert", also diejenige Frequenz je Gliederungsgruppe von Hochschulbeschäftigten, die der relativen

Größe eines ostdeutschen Landes gegenüber Hessen entspricht. Diese Werte bilden die erste Zeile in den Angaben zu den ostdeutschen Ländern.

Die zweite Zeile, gekennzeichnet als "Planungswerte", stellt die bisher vorliegenden Angaben zu der aktuellen Ausbaustufe des ostdeutschen Hochschulen (etwa real für den Zeitraum 1995/97) zusammen. Diese Angaben sind nicht sehr präzis. Weder ist ihre Terminlage genau bestimmbar, noch sind die statistischen Gliederungen des Hochschulpersonals exakt zu definieren. Die Details der Planungen sind überdies noch in Fluß.
Daß ihre Realisierung vermutlich nicht über 60% liegt, haben wir oben schon ausgeführt.

Tabelle 3.5: **Orientierungswerte des "Hessischen Struktur-Maßes"**
Obere Zeile je Land: Nach Hessischem Standard konkordante Kapazität ("Soll")
Untere Zeile je Land: Kapazitätsplanungen /-vorstellungen der Landesregierungen

1 Land	2 an HS-Beschäft. gesamt (einschl. HS-Medizin)	3 Studenten	4 an HS wissenschaftl. Tätige (von Spalte 2	5 an Universitäten wissen. Tätige (von 4)	6 in der HS-Med. Tätige gesamt	7 wissenschaftl. Personal d. FHS (Davon zahl v. 2)	8 Professoren aller HS-Typen	9 nichtwissenschaftl. Personal (o. Med.) (von 2)	10 hessische 44,3%-Norm d. Erwerbstätigen (1.000)
Hessen **	38.500 [153,7]	150.000 [598.8]	15.900 [63,5]	11.500 [45.9]	11.600 [46,3]	3.800 [15.2]	3.580 [14,2]	14.100 [56,3]	2.505 (44,3% d. Wohnbevölk.)
Meckburg-Vorpommern	14.500	55.600	6.000	4.300	4.300	1.400	1.310	5.300	.938
Planungswerte:	14.500	28.000	4.400	3.000	6.200	1.490	850	3.900 (?)	
Brandenburg	18.400	71.000	7.500	5.500	5.500	1.800	1.670	6.700	1.193
Planungswerte	5.300	42.000	2.800	1.760	----	.960	980	2.500 (?)	
Sachsen	33.000	129.00	13.700	9.900	10.000	3.300	3.020	12.000	2.155
Planungswerte	22.700	0 89.000	7.800	5.000	9.100	1.400 (?)	3.800	5.800 (?)	
Sachsen-Anhalt	20.400	79.700	8.400	6.100	6.100	2.000	1.850	9.500	1.323
Planungswerte	14.600	40.000	5.500	4.300	6.500	1.200	1.600	2.600	
Thüringen	17.000	65.000	7.000	5.100	5.100	1.700	1.550	6.200	1.106
Planungswerte	11.400	27.000	3.700	2.250	5.000	.555	1.600	2.700	
ostdt. Länder (o. Ost-Berlin)/**	103.00	400.000	42.000	30.800	31.100	10.200	9.400	38.000	6.715
Planungswerte	0 68.500	222.000	24.200	16.310	26.800	ca 4.600	8.830	17.500	

** **Hessen: Nach Stat. Bundesamt Wiesbaden 1992, Fachserie 11 1992 für 1990. Richtwerte: Personal, absolute Zahlen gesamt sowie in ( ) : je 10.000 Erwerbstätige.**

/** **Addiert nicht vollständig wegen Abrundung einzelner Länderwerte**

Die Tabelle, deren Eckdaten sich seit 1992 z.T. erheblich verändert haben, erscheint hier mit der Ausfertigungs-Nr. 3 (betr. den Stand vom 30.6.1993). Weitere Präzisierungen werden in späteren Veröffentlichungen durch Fortschreibung der Ausfertigungs-Nr. angezeigt.

Die übergreifende Aussage der Tabelle besteht darin, daß die für die späten 90er Jahre vorgesehene Personalausstattung der ostdeutschen Hochschulen noch weit unter dem Hessischen Standard liegt, wenn man von den Kennziffern regionaler Dichte ausgeht. Dies muß man nicht, wenn man nur einen Aspekt im Auge hat, nämlich daß die Hochschulen exzellente wissenschaftliche Arbeit in Lehre und Forschung zu leisten haben, eben nach der Formel "klein aber fein".

Von der regionalen Dichte muß allerdings dann ausgegangen werden, wenn man die Funktion der Hochschulen in der wirtschaftlich-technologischen Entwicklung eines Territoriums hervorhebt und wenn man ihre Bedeutung für die Befriedigung der Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung voranstellt, für Chancengleichheit aller jungen Deutschen, die einen hochqualifizierten Beruf erwerben wollen und die dazu fähig sind. Letzteres steht auch im Zusammenhang mit struktureller Moderne, d.h. mit einer modernen Sozialstruktur des Territoriums, die ohne entwickeltes Hochschulwesen nicht zu haben ist.

Die Länderplanungen der Hochschulkapazitäten für die späten 90er Jahre sollen nochmals zusammengefaßt werden; ihr Defizit (oder neutral: Differenz) zum hessischen Standard wird in Prozentwerten ausgewiesen:

Übersicht über Angleichungen an die Hessischen Orientierungswerte
(Aggregation der Länder-Planungen)

1 Personal-gruppen-Vergleich Hessen - ostdeutsche Länder	2 an HS-Beschäft. gesamt (einschl.) HS-Medizin)	3 Studenten	4 an HS wissen-schaftl. Tätige (von Spalte 2	5 an Univer-sitäten wissen. Tätige (von 4)	6 in der HS-Med. Tätige gesamt	7 wissen-schaftl. Personald. FHS (Davon-zahl v. 2)	8 Profes-soren aller HS-Typen	9 nicht-wissen-schaftl. Personal (o. Med.) (von 2)
Angleichung in%	66,5	55,5	49,8	53,0	86,2	45,1	93,9	46,1

Die Grundorientierung der ostdeutschen Kapazitätsplanungen liegt bei einer Angleichung (tendenziell) um **55%** an den hessischen Standard, der seinerseits, wie ausgeführt, etwas über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Dabei wird sich der Wert **66,5%** für Gesamt (Spalte 2) verringern, wenn die Entlassungen aus der ostdeutschen Hochschulmedizin weitergehen, was wir hier vom Endstand her noch nicht einarbeiten können. Vom Durchschnitt weichen 4 Werte mehr oder weniger ab. Der scheinbar günstige Stand der ostdeutschen Hochschulmedizin ergibt sich in unserer Darstellung aus dem Fehlen von klaren Aussagen, welches Personal in zwei, drei Jahren die Länder dafür unterhalten wollen. Noch sind nennenswerte Strukturen aus der DDR-Zeit vorhanden.

Gering ist das Defizit bei den Planungen für Professorenstellen (**93,9%!**) - Man muß hier stets beachten, daß die vorgesehenen Stellen bei weiten noch nicht besetzt sind, rechnen wir etwa mit einer aktuellen Auffüllung von **60%**. Immerhin sehen wir hier das Resultat der Strategie der Länderregierungen im Konsens mit den Gründungsgremien, die neuen Hochschulen nicht aus einen strukturellen Ansatz heraus neuzuformieren, wozu die überkommene Struktur auch reichhaltig Ausgangspunkte für die Personal-Rekonstruktion geboten hätte, sondern sie über neu einzurichtende Professuren zu bilden, von wo aus, so steht zu

vermuten, dann der weitere Personalaufbau geschehen soll. Das Problem der zielstrebig oder als nichtintendierte Handlungsfolge angelegten Rekonstruktion einer extremen Ordinarien-Struktur der erneuerten Universitäten haben wir in anderen Abschnitten schon erörtert.

In einem weiteren Feld mit Unterschreitung einer tendenziellen 55%-Angleichung haben wir das Personal der Fachhochschulen (**45,1%**). Auch hierzu findet sich an anderer Stelle eine Diskussion. Ihr kann hier insoweit vorgegriffen werden, als sich bislang nicht klar abzeichnet, was den bisherigen Verlauf der Kapazitätenbildung an den Fachhochschulen bestimmt: Ein großzügig gedachtes Konzept, das aber finanziellen Restriktionen unterliegt, eine Zurücknahme des Vorsatzes, der in den westdeutschen Ländern geübte Kritik an der unterkritischen Ausprägung der Fachhochschulen wenigstens im Osten zu entsprechen oder einfach die Prioritätensetzung, die den Aufbau der Universitäten vorrangig behandelte und die bisher wenig Spielraum ließ für andere Hochschultypen.

Die Frage ist also: ist eine Tempo-Verzögerung eingetreten oder eine neue Weichenstellung?

Der Wert für das nichtwissenschaftliche Personal (**46,1%** von Hessen, ohne medizinisches Pflegepersonal) erscheint sehr niedrig. Er resultiert aus der Aggregation einzelner Feststellungen der Ressortministerien und deren Hochrechnung. Es ist anzunehmen, daß sich hier ein ungünstiger Doppeleffekt äußert: Einerseits standen Bedarfskündigungen und andere Reduzierungen in diesem Personalsektor im Vordergrund, (irrige) Vorstellungen von einem zu DDR-Zeiten stattgefundenen exzessiven Parkinson-Effekt bürokratisch intendierten Personalwachstums (vgl. unseren Abschnitt 2.5), der nun zurückzunehmen sei, Eliminierung von "systemnahen" Personen, finanzielle Restriktionen trieben ihn voran. Zum anderen erscheinen in den Unterlagen der Ressortministerien die Rubriken für das wissenschaftlich-technische und sonstige Personal unter all den Provisorien besonders provisorisch behandelt. Ohne etwa den aktuellen Status der Erneuerung überfordern zu wollen, soll doch die Vermutung ausgesprochen werden, daß sich hier spezielle Strukturschwächen andeuten, die leicht weitergreifen könnten.

Es erscheint hier als unmöglich und auch unnötig, die Zeilen-Werte der einzelnen Länder in gleicher Weise zu kommentieren. Der Leser kann, an einem einzelnen Lande und seine Vergleichsgrößen zu anderen Ländern interessiert, sehr einfach selbst Umrechnungen und Überlegungen anstellen.

Summarisch läßt sich sagen: Der sensationelle Wert geplanter Kapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern (Angleichung an Hessen bei **82,4%**!) hat zwei besondere Voraussetzungen: Das Land ist mit 2 Universitäten und weiteren Hochschul-Kapazitäten in die Erneuerung gegangen, die sich aus geschichtlicher Tradition und aus ihrer präferenten Position im DDR-Hochschulwesen herleiteten. Der Hintergrund der Bevölkerungsfrequenz war dabei nebensächlich. Letzteres aber bewirkt einen hohen rechnerischen "Effekt der kleinen Zahl". Es ist adäquat nur mit 938.000 Erwerbstätigen zu rechnen, dies schon deutlich über dem akuten Stand. Auf eine etwas paradoxe Weise nähert sich Mecklenburg - dem Saarland nicht unähnlich - dem Rangplatz einer Stadtstaaten-Kategorie.

Am anderen Ende der Reihe finden wir Brandenburg, zu DDR-Zeiten als Hochschulstandort fast völlig übergangen, mit einer Angleichung an die 7 Spalten der Hessen-Standards um durchschnittlich **23,7%** , allerdings in der Absicht, sich in der Rubrik "Studenten" auf **59%** zu nähern! Dieser niedrige Gesamtwert wird, wie leicht einzusehen, stark durch das Fehlen von Hochschulmedizin-Einrichtungen bestimmt, denn das Universitäts- und Fachhochschul-Potential soll Werte um über **33%** bzw. über **50%** erzielen. Für Brandenburg kommt in späteren Jahren das Personal der Frankfurter Universität Viadrina hinzu, was die Parameter weiter verbessern wird.

Das Problem der Länder Sachsen (Angleichung auf **56,2%** vorgesehen), Sachsen-Anhalt (**58,9%**!), Thüringen (**67,1%**) wird weiterhin darin bestehen, ob die Hochschulvorhaben finanzierbar sind. Sachsen betreibt gegenwärtig noch immer eine restriktive Potential-Strategie gegenüber den nicht-dresdner Einrichungen und zugunsten der Hauptstadt Dresden. In Sachsen-Anhalt wird die Rekonstruktion der Technischen Universität Magdeburg bedeutende Ressourcen verzehren, in Thüringen ist es die Universitätsneugründung in Erfurt, die überproportional Kräfte verbrauchen wird. Ferner hat Thüringen zu DDR-Zeiten ein überdurchschnittlich frequentes Hochschulmedizinwesen aufgebaut, das vielleicht in diesen Dimensionen künftig nicht bezahlbar ist. Alles in allem sind diese Kapazitätsplanungen Zielstellungen angesichts der 1992/93 überschaubaren und optimistisch interpretierten Umstände. Sie sind noch nicht die realen Dimensionen des neuen ostdeutschen Hochschulwesens. Da in unsere Berechnungen sowohl Planungen als auch reale Bestände (Hochschulmedizin) eingegangen sind, die sich weiterhin verringern, da man nicht weiß, welche Personalkapazitäten sich personell und finanziell realisieren lassen, ist das Erreichen der hier errechneten Angleichungen an die Hessischen Orientierungswerte ein weithin offene Frage.

Die Berliner Hochschul-Situation wie sie sich unter kapazitiven Aspekten darstellt, muß von der Länderanalyse abgetrennt betrachtet werden. Berlins Hochschulpotentiale haben keinen direkten Bezug zu den hier eingeführten Hessischen Maßstäben. Berlin(West) ist in der Stadtstaaten-Gruppe seit langem kapazitiv exzessiv gefördert worden, wie wir schon nachzeichneten (vgl. Tabelle 3.3) und wird sich künftig vor einer besonders schwierigen Herausforderung sehen, seinen weit vorn liegenden Spitzenplatz ungefähr zu halten. Berlin steht dabei als künftige deutsche Hauptstadt auch vor der Aufgabe, eine europäische Wissenschaftsmetropole zu sein /zu bleiben. Seine Hochschul-Kapazitäten-Standards = 100 gesetzt, verhalten sich zu den hessischen wie folgt:

Tabelle 3.6: Komparative Relationen der Hochschulkapazitäten in Berlin

Teil A
Hochschulbeschäftigte gesamt (einschl. Hochschulmedizin)

West Berlin absolut 1990	Ist-Werte Hessen 1990 in %	Ostberlin 1989 absolut	Ostberlin: Standard West; Angleichung in %	Gesamtberlin 1989/90, absolut	Gesamt-Berlin 1992	davon Ostteil absolut	Angleichung 1992 Ostteil an d. WestberlinerStandard,% /°	Ist-Werte Hessen in % zu Berlin 1992
36.000 = 100 %	53,3	15.300	22.500 = 68,0%	48.300	30.950 [179.0]	8.250	44,1 % -66,1 %-	85,7%

/°: Vorletzte Spalte: Der in - - stehende 2. Werte des Feldes ergibt sich aus dem Bezug auf je 10.000 Beschäftigte 1989 (Gesamt 697.000, die Ostberlin s. Zt. zählte). Wenn man die heute zu unterstellende niedrigere Beschäftigten-Quote als Bezugsbasis benutzt, wird das Maß der Annäherung rechnerisch natürlich höher.

Teil B
Einzelne Personalgruppen

1 Personal-gruppen- Vergleich zwischen Regionen West / Ost Berlin und Hessen	2 Studen-ten	3 an HS wissen-schaftl. Tätige (von Spalte 2	4 an Univer-sitäten wissen. Tätige (von 4)	5 in der HS-Med. Tätige gesamt	6 wissen-schaftl. Personal d. FHS (Davon-zahl v. 2)	7 Profes-soren aller HS-Typen	8 nicht-wissen-schaftl. Personal (o. Med.) (von 2)	9 Erwerbs tätige (1.000)
WestBerlin absolut /* In Prozent:	119.000 100	16.100 100	12.900 100	10.000 100	2.200 100	2.970 100	13.400 100	1.030
Ist-Werte Hessen ; %	51,8	38,9	36,6	47,6	241,1	49,2	41,1	2.505
Ostberlin 1989 absolut	24.200	6.500	4.500	5.400	——	1.280	4.900	[B:.643]
Ostberlin: StandardWest* *Angleichung %*	74.300 32,6%	10.050 64,6%	8.000 56,2%	6.200 88,7%	1.400 ---	1.850 69,2%	8.400 58,3	----
Gesamtberlin 1989/90	143.200	21.600	18.600	15.400	2.200	4.000	22.950	----
Gesamtberlin 1992	146.000 [846.9]	10.700 [62.2]	9.100 [52.8]	13.650 [79.2]	.890 [5.2]	3.680 [21.3]	9.250 [53.6]	A:3.426 [B:1.724]
davon Ostteil	24.000	3.190	2.540	3.300	400	1.140	2.700	[B:.643]
Angleichung 1992 Ost an den West-berliner Standard in % /°	44,1% 40,6%	79,8% 73,6%	74,8% 69,0%	64,8% 59,8%	119,6 110,3%	83,2% 76,7%	78,3% 72,2%	1989: [.697]
Ist-Werte Hessen; % zu Berlin 1992	70,7%	102,4%	86,9%	58,5%	292,3%	66,7%	105,0%	----

Die hessischen Hochschulkapazitäten betrugen zum hier berücksichtigen Zeitpunkt relativ zur Bevölkerung 53,3% der (West)Berliner Kapazitäten.
Struktur-Maß (West)Berlin nach Stat. Landesamt Berlin, Hrsg. Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Berlin seit 1945, Stand Juli 1992, Angaben für Ostberlin 1991 ebenda , Angaben Hochschul-medizin nach Wissenschaftsrat 1988, a.a.O.;
Angaben nach dem noch nicht bestätigten Hochschulstrukturplan des Senats von Berlin 1993
Die Konkordanz West-Ost-Berlin berechnet nach Hochschulbesch. je Einheit Erwerbstätiger, in Westberlin 50,3% der Wohnbevölkerung (2.047 Mio.) , entspricht 643.300 Erwerbstätige in Ostberlin = 1,6 : 1. (Weiteres siehe folg. Text)
/* WestBerlin, Hochschulbeschäftigte absolut: Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 1992 für 1990, a.a.O. Beschäftigte einshließlich Nebenrufliche. Anzahl der Studierenden: BMBW, Grund- und Strukturdaten, a.a.O.
*** Ostberlin, Standard West: Die absoluten Werte für Westberlin wurden, der Größe der Bevölkerung entsprechend, gleiche Rate von beschäftigten in Relation zur Wohnbevölkerung unterstellt, auf die Ost-Berliner Situation umgerechnet. Es sind also "kapazitive Sollwerte" unter der Bedingungen völliger An-gleichung.**
/° Der obere Wert (HS-Personal je 10.000 der Bevölkerung) bezieht sich auf die reduzierte, am Beschäftigungsgrad von Westberlin angelehnte Anzahl der Erwerbstätigen, der untere Wert schreibt die 1989er Bezugsgröße (Anzahl der Erwerbstätigen in Ostberlin) fort.

Zur Konkordanz der Hochschulpotentiale in West- und Ost-Berlin bis 1989/90: Man darf die Differenz der Kapazitäten West : Ost-Berlin, bezogen auf je 10.000 Erwerbstätige, wie sie bis 1989/90 bestanden hat, und die in allen Rubriken zwischen **60** und **70%** betrugen,

nicht damit verwechseln, daß der Bevölkerungsanteil (hier: Erwerbstätige) **62,5** % betrug. Zahlen, die sich zufällig etwas ähnlich sind. Man kann das so ausdrücken: Ostberlin hatte, in den Personalgruppen erstaunlich ausgeglichen, gegenüber Westberlin für eine kleinere Bevölkerung eine geringere Hochschuldichte. Immerhin lag sie höher als die Hochschuldichte in Hessen, was erwartet werden konnte, da Hessen ein Territorial-Bundestaat ist, Ostberlin eine urbane Metropole, mit dem Bonus der DDR-Hauptstadt, in welche vieles konzentriert worden war.

Die künftige kapazitive Entwicklung des Berliner Hochschulwesens kann sich also weder auf die Dichte der Territorial-Staaten ausrichten, noch können die 1990er (West)Berliner Maßstäbe für Gesamtberlin einfach fortgeschrieben werden. Im Grunde hatte Westberlin genügend Hochschulpotential, um auch in den Maßstäben des wiedervereinigten Berlins über eine beachtliche und über den Länderwerten liegende Ausstattung zu verfügen.

Natürlich kann man die Stadt nicht hochschulstrukturell entmischen, das ist weder durchführbar mit Blick auf die bedeutenden Wissenschaftsinstitutionen im Ostteil noch hinsichtlich der daraus folgenden Entmischung der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur.

Die Optionen des Senats sind aus der letzten 4 Zeilen der Tabelle 3.6 ersichtlich:

Die Zeile Gesamtberlin 1992 berücksichtigt allerdings nur Personalstellen, nicht alle Hochschulbeschäftigten, die nach den Kriterien des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden gezählt werden. Welche Personalergänzungen jeweils den Personalstellenrahmen überschreiten, kann auf Grund der Datenlage hier nicht nachvollzogen; es sind aber bedeutende Kapazitäten. So weist die Statistik des Wissenschaftsrates für 1989 für Berlin (West) **21.600** Stellen aus, davon **7.100** für Wissenschaftler, während das Statistische Bundesamt für 1990 **32.000** Personen Gesamtbeschäftigte (Erhöhung auf **148,2%**) und **16.100** für wissenschaftliche Tätigkeit (Erhöhung auf **226,8%**) mitteilt. Da die Senats-Planung diese Vorgänge im Hochschulpersonal nicht reflektiert, kann der Potentialbildungseffekt im Zusammenhang mit der Berliner Hochschulerneuerung nicht zuverlässig abgeschätzt werden.

Ferner sind keine perspektivischen Maßstäbe für die Berliner Hochschulentwicklung abhebbar, so daß wir davon ausgehen müssen, daß die 1992er Eckzahlen, hier und da etwas erweitert, hier und da etwas reduziert, den mittelfristigen Rahmen für das Berliner Hochschulpersonal verdeutlichen.

Von Interesse sind die beiden hervorgehobenen Zeilen, die die Werte der "Angleichung" vermitteln. Es ist unschwer abzulesen, daß vor 1990 eine Konkordanz zwischen den beiden Hochschulkapazitäten derart bestand, daß Ostberlin, relativ zu seiner Bevölkerungsgröße, etwa zwischen 62 unbd 68% der westberliner Kapazitäten realisiert hatte. Am nächsten kam die Hochschulmedizin (**88,7%**) den westberliner Verhältnissen. Daher kam es auch hier zu den größten Aufregungen. Für 1992 haben wir die Charité nur mit Zweidrittel ihres Personalbestandes angesetzt. Man darf hoffen, daß sich kein weiterer Personalabbau ereignet. Die Werte insgesamt stellen sich 1992 nicht ungünstig dar, trotz erheblicher Entlassungen an den ostberliner Hochschulen. Allerdings fallen sie nicht ganz so günstig aus, wenn man die 1989er Rate für den Erwerbstätigenanteil an der Wohnbevölkerung fortschreibt und dem Vergleich mit Westberlin zugrunde legt. Die Studentenzahlen (Angleichungswert 40,6 bzw 44,1%) bilden den niedrigsten Wert, der höchste findet sich in der Spalte 8, Professoren (Angleichung 76,7 bzw. 83,2%). Hier äußert sich die "Gründungsstrategie" für die gesamte Personalerneuerung, der Ordinarien-Struktur die Präferenz zuzusprechen.

3.4. West-Ost-Konkordanz und die Personalstruktur nach Hochschularten

Einführende Bemerkung.

Der Diskurs über Bedeutung und Funktion verschiedener Hochschularten wird gegenwärtig unter zwei Aspekten geführt: Nötig sei (a) eine größere Differenzierung, um unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen der Bevölkerung, unterschiedlichen Lagen der Arbeitsmärkte hinsichtlich gut verwertbarer Berufsqualifikationen und modernen innerwissenschaftlichen Bedingungen besser gerecht werden zu können. Letzteres ergebe sich aus der wachsenden Kompliziertheit, exzellente Hochschulforschung und gestiegene Ausbildungsanforderungen synthetisieren zu können. Dann aber (b), existiert eine dramatische Problemlage durch die sich zuspitzende Kritik an den Mißständen, die sich aus der Expansion der Universitäten ergeben: Diese wuchsen zu nicht mehr steuerungsfähigen, riesigen Konglomeraten heran, die notwendige Synthese von Forschung und Lehre gelingt immer weniger, ihre Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Berufsstrukturen und veränderten Arbeitsmärkte ist stark abgebaut. Die Mißstände würden, so der Grundtenor der zahllosen Kritiken zu Verfallserscheinungen übergehen, wenn nicht mittelfristig neben der Universitätsbildung eine oder mehrere Arten neuer Hochschulausbildungen träten. (41)

Betrachten wir in folgender Tabelle die Personalstruktur nach verschiedenen Hochschularten. Zugleich bietet sie eine Übersicht über die unterschiedlichen statistischen Zählungen des Hochschulpersonals, die nicht wenig Irritationen über die tatsächliche Größe des deutschen Hochschulpotentials beigemengt haben.

Tabelle 3.7: Vergleich der Personalstellen des Wissenschaftsrates mit dem Statistischem Jahrbuch der BRD differenziert nach Hochschularten * (42)
(Stellen kleiner als 100: Rundungen); (einschl. Hochschulmedizin)

Personal-gruppe	WR-Personalstellen 1989 = 100 /'	Statistisches Jahrbuch 1990 für1989	In % zu Spal. 2	StBA Wiesbaden Fachserie 11 1992 für 1990	In % zu Spal. 2	Anteil der Nebenberuflichen
1	2	3	4	5	6	7
Insgesamt	236.000	348.800	150,1	370.100	156,8	15,2
wissensch. tätiges Personal	83.600	151.000	182,7	163.100	195,1 /#	33,4
davon an Universitäten**	64.700	113.200	175,1	118.800	183,6	25,7
Gesamthochschulen	4.200	8.000	190,2	8.900	211,9	33,7
Kunsthochschulen /#	2.050	5.300	262,0	5.560	271,2	62,6
Fachhochschulen	9.500	24.500	263,3	23.500	247,4	58,8
Verwaltungs-, technisches u. sonst. Personal*	149.800	197.900	132,1	207.000	138,2	0,9
davon: an Universitäten**	135.200	176.000	130,2	183.100	135,4	0,8

*** Quellen wie oben: Wissenschaftsrat 1988, a.a.O., Stat. Jahrbuch der BRD 1991, Vierteljahresmitteilungen des Stat. Bundesamtes Wiesbaden 1992 für 1990. a.a.O. Spalte 7: Anteil der Nebenberuflichen, in % zu Spalte 5.**
/' Haushaltsansatz 1989 **einschl. medizinischen Einrichtungen # Einschl. künstlerischem Personal
/*davon nebenberuflich: 54.550

Die Verteilung des Personals nach Hochschultypen zeigt für die westdeutschen Länder das bekannte Übergewicht der Universitäten.

Darüber ist viel disputiert worden, so daß wir uns darauf beschränken können resümierend festzustellen, der in diesem Zusammenhang viel gebrauchte Begriff der unzureichenden Differenzierung des Hochschulwesen drückt etwas sehr Dramatisches und Tiefliegendes sachlich-funktional und daher entschärft aus: Es hat in der bundesdeutschen Hochschulgeschichte von Anfang an eine Identifizierung von Hochschulbildung = elitärer Bildung = Universitäts-Ausbildung stattgefunden, ohne ausreichend scharfen Blick auf die künftigen Notwendigkeiten beruflich-wirtschaftlicher Hochqualifizierungen, die ja mindestens in den späten 50er Jahren abzusehen waren.

Und wenn man das mit dem fehlenden Verständnis nicht wahrhaben will, weil es ja seinerzeit (1956/57 und verstärkt nach dem Sputnik-Schock) immerhin eine Bildungsdiskussion im Zusammenhang mit dem Konzept der sogn. 2. industriellen Revolution gab, so läßt sich doch sagen, daß aus den vorhandenen Einsichten kein wirklich neues Hochschulverständnis bei den deutschen Eliten und in der politischen Klasse generierte.

Daher wirkt es heute wie eine schockartige Ernüchterung, wenn man entdeckt, daß an den wirtschaftlichen Bedürfnissen vorbei das Universitätswesen immer weiter präferent und exzessiv ausgebaut wurde, und nun plötzlich klar wird, daß eine geradezu reziproke Proportionierung universitärer und nicht universitärer Hochschulkapazitäten zweckmäßig sei.

Zu den Problemlagen der ostdeutschen Hochschulerneuerung gehören auch die Schwierigkeiten, diese relativ neue Einsicht rasch umzusetzen. Abgesehen vom Hochschulverständnis der ost-deutschen Administrationen, im welchem die kritischen Punkte des altbundesdeutschen Hochschuldiskurses nur abgeschwächt einwirkten (auch die aus dem Westen kommenden Leihbeamten brachten in diesem Punkt wenig innovatives Handeln mit - was kompensiert schon die Erfahrung einer Jahrzehnte dauernden Hochschulkarriere), wurde die Präferenz des Universitätskonzeptes besonders von den Gründungsgremien, die zu 80% und mehr ihres Personals aus westdeutschen Universitätsprofessoren bestanden, in den ostdeutschen Ländern weiter gepflegt. Sicher, es gab besondere Gründungskommissionen für Fachhochschulen - wie es eben Ressorts und Arbeitsteilung gibt.

Tabelle 3.8: Prozentuale Verteilung des Personals nach Hochschularten
BRD - DDR -Vergleich - Stand 1990

1	2	3	4	5	6
BRD Hochschulart	**BRD gesamt: 370.100**	**in % 100**	**DDR Hochschulart**	**DDR gesamt: 104.300**	**in % 100**
davon wissenschaftlich tätiges Personal	**163.100**	**44,1**	**davon wissenschaftlich tätiges Personal**	**39.000**	**37,4**
davon:			**davon:**		
an Universitäten**	**118.800**	**72,8**	**an Universitäten**	**21.000**	**53,8**
Gesamthochschulen	**8.900**	**5,5**	**an Technischen und Ingenieur-Hochschulen**	**8.600**	**22,0**
Kunsthochschulen	**5.560**	**3,4**	**Kunsthochschulen**	**1.480**	**3,8**
Fachhochschulen	**23.500**	**14,4**	**nachrichtlich: Fachschulen**	**(11.600)**	**(22,9)**
Pädagogische Hochschulen	**1.700**	**1,0**	**Pädagogische Hochschulen**	**3.300**	**8,5**
Verwaltungsfachhochschulen	**4.100**	**1,7**	**Ökonomische Hochschulen**	**1.720**	**4,4**
Theologische Hochschulen	**.560**	**0,3**	**Medizinische Akademien**	**2.300**	**5,9**
			Landwirtschaftl. Hochschulen	**.260**	**0,7**
			Sporthochschule	**.500**	**1,3**

Die Summe aller wissenschaftlichen DDR-Hochschul-Mitarbeiter, mit 39.000 leicht aufgerundet, wird in Spalte 5 nochmals mit 160 Personen überschritten. Es ist wahrscheinlich, daß im Falle einer kleineren Einrichtung eine Doppelzählung vorliegt. Die DDR-Fachschulen sind hier nur nachrichtlich berücksichtigt. Die Prozentzahl (22,9) ergibt sich, wenn man ihre Lehrkräfte in das wissenschaftliche Gesamtpersonal des Hochschulwesens einbezieht. Das wäre so ungerechtfertigt nicht, da die Fachschul-Lehrer(-Dozenten) eine Hochschulausbildung nachzuweisen hatten. Unter ihnen gab es eine nicht unbedeutende Anzahl Promovierter oder sonst wissenschaftlich Erfahrener.

Ohne zugespitzte Wertungen abzuleiten, stellen wir hier fest, daß der Unterschied der beiden deutschen Hochschullandschaften u.a. darin bestand, daß die altbundesdeutschen Hochschulen nach Prinzipien einer möglichst weitgehenden Strukturgleichheit entwickelt worden waren, einschließlich einem ausgeprägten Trend zur Bildung von Großuniversitäten, nennenswert nur durchbrochen durch das Fachhochschulprinzip, das dann freilich ein sehr guter Treffer war. (Die Gesamthochschulen werden in der Literatur nicht allzuhoch als ein neues differenzierendes Moment bewertet.)

In der DDR war man bemüht, die Einrichtungen eher klein zu halten, dafür eine größere Vielfalt zu zuzulassen. Die Hochschulen trugen nicht nur unterschiedliche Fachrichtungsbezeichnungen, sie waren auch nach unterschiedlichen Prinzipien organisiert.

Besonders vielfältig war die Fachschullandschaft. Es gab 234 Fachschulen, außer für technische Fächer solche für mittleres medizinisches Personal (einschließlich dem Apothekenwesen) für Unterstufenlehrer (die die Bezeichnung Lehrerbildungsinstitut trugen), für anderes Erzieher-Personal, für mittleres Personal an Kultureinrichtungen, in Bibliotheken und Administrationen (Verwaltungs- und Ökonomie-Fachrichtungen).

Was die ostdeutsche Situation im gegenwärtigen Erneuerungsprozeß anlangt, so bemühte man sich von Anfang an, die überkommene Typenvielfalt der DDR-Einrichtungen abzuschaffen und durch die übersichtlichere altbundesdeutsche Dreigliedrigkeit zu ersetzen: Universitäten, Fachhochschulen, künstlerische Hochschulen, einschließlich der präferenten Behandlung der Universitäten.

Im übrigen waren die Angaben über die Struktur nach Hochschultypen, einschließlich dem Sektor Hochschulmedizin, wie man sie sich in den verschiedenen Ausbaustufen vorzustellen hat, noch im ersten Quartal 1993 sehr lückenhaft. Da man schon mit der Ingangbringung der Universitäten äußerst angespannt war, wurden Personalentscheidungen über andere

Hochschultypen und über das sehr schwierige Problem der Hochschulmedizin zurückgestellt.

Die nachstehende Tabelle 3.9 verdeutlicht den inzwischen erreichten Stand. Jedoch muß die Einschränkung genacht werden, daß ohne gelegentlichen Rückgriff auf unzusammenhängende Pressemitteilungen der Ministerien (vor allem im Falle des Freistaates Sachsen) und ohne Schätzungen nicht auszukommen ist. Im übrigen handelt es sich um mehr oder weniger ausgereifte Vorstellungen über künftige kapazitive Personalstrukturen, nicht über wirklich vorhandene Potentiale.

Einige der Angaben sind bloß nachrichtlich. So die Zeilen BRD 1990 und DDR 1990 (absolut). Man gewinnt durch ihre Kenntnis eine genauere Vorstellung von den Dimensionen der Hochschulpotentiale, über die wir hier handeln.

Die beiden das Land Hessen betreffenden Zeilen sollen, wie oben ausgeführt, ohne etwa planerische Zielgrößen vozugeben, eine orientierende Vorstellung vermitteln, wie die Zielwerte der ostdeutschen Hochschulplanung in der Optik eines solchen Standards aussehen.

Das Verhältnis von Professoren gesamt (Spalte 3) zu wissenschaftlich Tätigen gesamt (Spalte 2) ist in den Zeilen BRD 1990, Alt-DDR und Hessen etwa gleich. Dagegen weisen die ostdeutschen Länder hier deutliche Unterschiede auf. Dahinter stehen zwei Effekte:

1. In die Werte Hessen/BRD 1990 sind bei "Beschäftigte gesamt" die ***nebenberuflich Tätigen*** mit eingerechnet. In der Zeile DDR ist das enorme Personal an Lehrern im Hochschuldienst einbezogen, das für Sprachen, M.-L-Fächer, Sonderausbildungen (fachliches Training, Sport, EDV u.a.) hauptamtlich beschäftigt wurde (über 8.000 Personen). Dieses Personal ist heute in den ostdeutschen Ländern schon weitgehend ausgegliedert.

2. haben die ostdeutschen Administrationen den Personalprozeß über die Fixierung von Professorenstellen gestartet, während die Mittelbau- und Mitarbeiter-Abschätzung noch große Kenntnislücken aufweist. Oft wird in den Personalplanungen nur der Gesamtbedarf errechnet - aus den angestrebten Studentenzahlen abgeleitet - ohne Spezifizierung des Mittelbaues. Darüber hinaus ist es ein erklärtes Ziel der Umstellungen und der Erneuerung, den Mittelbau möglichst schmal zu halten.

Die Folge ist, daß die bisherigen Entwicklungen nahezu 30% Professoren-Anteil am wissenschaftlichen Personal vorsehen. (Gegenüber ca 20% in westdeutschen Ländern.)

Tabelle 3.9: Anteile der Hochschularten am Gesamtpersonal (nur wissenschaftliches Personal, einschließlich Hochschulmedizin, Ausbaustufe gegen Ende der 90er Jahre, Angaben per 31.5.1993) (41)

Land	wissenschaftlich Tätige gesamt		an: Universitäten		an: Fachhochschulen		an anderen Hochschulen	
	Gesamt wissensch Tätige	davon Professoren	Gesamt in % zu Spalte 2	davon Professoren % zu Sp. 3	Gesamt in % zu Spalte 2	davon Professoren % zu Sp. 3	Gesamt in % zu Spalte 2	davon Professoren % zu Sp. 3
Spalte: 1	2	3	4	5	6	7	8	9
BRD 1990/+	163.100	30.800	18.800	19.500	27.600	8.900	16.700	2.400
In Prozent	100	18,9	72,8	63,3	16,9	28,9	10,3	7,8
Hessen 1990	17.900/+	3.580	11.500/+*	2.150	3.800/+*	1.050	2.600/**	400
In Prozent	100	20,0	64,2	60,1	21,2	29,3	15,0	11,2
Brandenburg/>	2.800	990	1.760	440	960	503	60	50
In Prozent	100	35,4	62,9	44,4	34,3	50,8	2,1	5,1
Mecklenburg-Vorpommern /*	4.400	1.050/**	3.000	850/**	490	150	--	--
In Prozent	100	23,9	68,2	80,9	11,1	14,3		
Sachsen -Anhalt /'	5.500	1.650	4.300/'	650/''	1.200	1.000/'''	k.A.	k.A.
In Prozent	100	30,0	78,2	39,4	21,8	60,6		
Sachsen /#	7.800	2.350/##	5.000	1.370	1.400	900	k.A.	100
In Prozent	100	30,1	64,1	58,3		38,3		4,2
Thüringen,/°	3.700/°	1.400	2.000/°'	530/°°	555	525	1.080	360/°°
In Prozent	100	37,8	54,0	37,9	15,0	37,5	29,2	25,7
Ostdeutsche Länder ohne Ostberlin /~	24.200	7.400	16.100	3.850	4.300 bis 4.500	3.100	?	?
In Prozent	100	30,5	66,5	52,0	17-20	42,0		
Komparativer Sollwert nach hessischem Standard /~	48.000	9.600	30.800	5.760	10.200	2.800	7.200	1.070
DDR 1990/= (ohne Ostberlin)	32.300	6.600	21.700	4.660	Zu den Fachschulen in der DDR vgl. spez. Text		10.600	1.940
In Prozent	100	20,4	55,8	70,6			32,8	29,4

Legende und Quellen zur Tabelle 3.8 siehe Anmerkungen Nr. 41

Der Anteil der Universitätsprofessoren an der Professorenschaft gesamt kann für die gegenwärtige Aufbauphase auf 55% geschätzt werden. In den westdeutschen Ländern beträgt er über 60% bis Zweidrittel. In der DDR, die sehr zögerlich Professorenstellen außerhalb der Universitäten einrichtete, betrug er (ohne Ostberlin) über 70%. Die Erneuerung der ostdeutschen Professorenschaft ist weiterhin mit verschiedenen Schwierigkeiten konfrontiert.

Der finanzielle Aufwand z.B. wird unverhältnismäßig ansteigen. Das begrenzt ihre vorgesehene Gesamtzahl zusätzlich. Sie liegt noch erheblich unter dem hessischen Vergleichswert. Dazu ist das relative Gewicht der Professoren an Fachhochschulen angewachsen, was als vorteilhaft betrachtet werden kann.

3.5. Exkurs zum Thema Fachhochschulen

Ergänzend zu der im Abschn. 2 schon dargebotenen Untersuchung der Rolle der Fachschulen im Studienangebot zu DDR-Zeiten und anderen Ausführungen, wollen wir hier einige weitere Gesichtspunkte erwähnen, die sich aus der Aufgliederung der Hochschulpotentiale auf unterschiedliche Hochschularten ergeben.

Soweit die Länderregierungen sich schon geäußert haben, sind gegenüber dem westdeutschen Standard bedeutend größere Anteile für die Kapazitäten der Fachhochschulen vorgesehen. Diese Entscheidungen entspringen aber weniger aus Einsichten in die Notwendigkeit einer alternativen Struktur der Hochschultypen und aus der Erkenntnis, daß die Rolle der Universitäten neu definiert werden muß, als vielmehr den Vorstellungen über die Notwendigkeit, finanziell weniger aufwendige Hochqualifikationen anzubieten, angemessen sowohl der Situation der öffentlichen Kassen als auch der privaten Haushalte und dem Versuch, nach den ersten Erfahrungen über die Studierwilligkeit der Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung, an die in der DDR sehr populäre Fachschulbildung anspruchsvoll anzuknüpfen. (Dies jedenfalls ergab sich aus Explarationen in ostdeutschen Administrationen, die wir durchführten.)

Gegenüber den Relationen in der DDR wurde in den Länderplanungen das spezifische Gewicht der Universitäten angehoben. Wenn die Personalausstattung, die etwa bis 1997 vorgesehen wird, erreicht ist, werden die Universitäten 2/3 des Personals auf sich konzentrieren. (Gegenüber 54% Anfang 1990)

Es besteht die Gefahr, daß die Fachhochschulen, obgleich ihre Professorenschaft relativ großzügig ausgelegt werden soll, von der andauernden Finanzschwäche der Länder am stärksten betroffen, an wissenschaftlichem Gewicht und in der Ausbildungskapazität zurückbleiben.

Es ist aber unabdingbar, daß im ostdeutschen Hochschulwesen von Anfang an der Neuaufbau von Fachhochschulen einen besonderen Schwerpunkt bildet.

Bekanntlich gab es in der DDR je einen Hochschul- und einen Fachschultyp, der hätte verhältnismäßig leicht integriert werden und einen Strukturwandel zum Fachhochschultyp durchlaufen können. Es wäre eine unverzeihliche Unterlassung, wenn man nicht alle Anstrengungen unternähme, das in den ostdeutschen Ländern noch in großer Zahl dafür vorhandene potentielle Lehrpersonal zu sichern, das durch die schubweisen Entlassungen an den Fach- und Hochschulen freigesetzt wurde.

Durch die Umwandlung der Fachschul-Ingenieurausbildung in eine Ingenieur-Hochschul-Ausbildung zielte man in den späten 70er Jahren in der DDR darauf, Quantitäten zurückzufahren und mehr Gewicht auf eine wissenschaftliche anspruchsvollere Ausbildung zu legen. Es entstand danach verstärkt ein Hochschultyp, der dem der westdeutschen Fachhochschulen mehr oder weniger entsprach. Dennoch war man mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Die ingenieur-***wissenschaftliche*** Ausbildung überwog gegenüber der vorgesehenen betriebs-(berufs-)praktischen. Hochschulen bringen offensichtlich immer einen Trend zur Scientifi-

zierung von Qualifikationen hervor. Der Lehrkörper benötigt das, um sich wissenschaftlich auszuweisen. (43)

Der ganze Prozeß der versuchten Reform der Ingenieurausbildung ist nun insofern interessant, weil er einige praktische Ansatzpunkte und faktisch alle Probleme der Herausbildung und Profilierung von Fachhochschulen enthält. Auch die westdeutschen Fachhochschulen neigen, was völlig einsichtig ist, zur Scientifizierung (sie fordern die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs, Promotionsrechte und den Aufbau von Forschungskapzitäten.)

Wenn die vorliegenden Ansätze eines forcierten Auf- und Ausbaues der Fachhochschulen in den ostdeutschen Ländern nicht gelingt, wird eine einmalige Chance vergeben, das Modell eines veränderten Gegebenheiten entsprechenden Hochschulsystems in die deutsche Wissenschaftsgeschichte einzubringen und damit Impulse freizusetzen für Reformen auch in den westdeutschen Ländern.

Wenn der gegenwärtig konzipierte Rahmen der Personalausstattung Ende der 90er Jahre erreicht ist, wird der Fachhochschulanteil der ostdeutschen Länder unter 20% ihres Hochschulpersonals bleiben, während er in Hessen 20% deutlich überschreiten wird. Denkbar, daß es gelingt, den Eckwert von 25% in den meisten Alt-Bundesländern zu erreichen. Aber dieser Anteil ergibt sich im Schwerpunkt aus den Professoren-Personalstellen. Westdeutsche Länder beschäftigen darüber hinaus ein umfängliches nebenberufliches Lehrpersonal. Mit Blick auf diese Ressource werden die ostdeutschen Länder auch in 5 Jahren 50% des Hessischen Personals nur knapp erreichen.

Wie sehr diese ganze Entwicklung nachhängt (mit Ausnahme im Lande Brandenburg), zeigen die Eckziffern für Berlin. Die obige Tabelle 3.6 zeigt, daß das Land Hessen nur knapp 87% des Berliner Universitätspersonals erreicht (bezogen auf die Einheit erwerbstätiger Bevölkerung), jedoch fast das Dreifache an Personal für die Fachhochschulen ausweist. Diese horrende Zahl relativiert sich, wenn man für Berlin die nebenberuflich Tätigen berücksichtigt, die in den Bekundungen des Senats nicht berücksichtigt sind. Dennoch verbleibt eine Restdifferenz, die aussagt, daß in Berlin das Fachhochschulwesen nicht ausreichend gefördert wird.

3.6. Fazit einer Diskussion zur Hochschulerneuerung in den ostdeutschen Ländern

Das hier vorgelegte Material und die daran angeknüpften Erwägungen werden in der Erwartung vorgelegt, daß Einsichten in den Erneuerungsprozeß der ostdeutschen Länder zu folgenden Gesichtspunkten vermittelt werden konnten:

1. Zur übergreifenden Zielstellung

Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei. Es ist teils falsch, teils illusionär, teils trivial; eine Charakterisierung, die nicht die Behauptung aufstellen will, der Erneuerungsprozeß sei schon gescheitert oder er werde scheitern. Vielmehr soll zum Ausdruck kommen, daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalauswechslungen statt für einen Start, für die Essenz von Erneuerung hält. Damit fällt ganz unnötigerweise ein schiefes Licht auf die in der Tat beachtlichen qualitativen Ansätze, nach den Abbrüchen und Umbrüchen einen neuen Hochschulbetrieb auf einem bedeutenden fachlichen Nievau in Gang zu bringen.

Man hat die Existenz des Fach- und Hochschulwesen Ostdeutschlands als eines RGW-Landes mit seinen auf das Leben und Wirtschaften in diesem politisch-ökonomischen Raum ausgerichteten Inhalten beendet und eine neue Entwicklungsrichtung eingeleitet.

Man hat aber diese neue Bewegungsrichtung nur eröffnet, nicht mehr.

Auf Jahre hinaus ist unsicher, was das Resultat dieser Neuschöpfung sein wird, denn die Kapazitäten sind weithin unterkritisch (am besten, so ist zu erwarten, wird in 5 - 7 Jahren das professorale Personalstellenwesen ausgestaltet sein). Die durchgreifende Neugründung von sozial- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten darf nicht darüberhinwegtäuschen, daß für viele andere universitäre Bereiche nur strukturelle Ausgangspunkte geschaffen wurden. Was sich wahrnehmen läßt, sind die Konturen sich bildender und umbildender neuer Hochschulen.

Es ist deshalb noch völlig offen, ob das Hochschulwesen der ostdeutschen Länder den geistig-kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der sich neu bildenden Gesellschaft, insbesondere ihre Hervorbringung von Moderne, gerecht werden wird, was es nach außen, mit Blick auf Wissenschaft und Bildung in Deutschland, darstellen wird.

Wird es zur einer Teillösung der Probleme des bundesdeutschen Hochschulwesens beitragen und seine Krise überwinden helfen - oder wird es zum Subbereich eines größeren Krisengebietes und zu einem Faktor weiterer Verwicklungen? Wird es zu einem teuren Paradestück der ostdeutschen Erneuerung mit wissenschaftlich hocheffizienten Enklaven, im ganzen aber, mit Blick auf internationale Maßstäbe und Herausforderungen eher wissenschaftlich belanglos sein?

2. Zum Wesen der Ziel-Dichotomie der ostdeutschen Hochschulerneuerung

Der Prozeß der Schaffung eines neuen Hochschulwesens in den ostdeutschen Ländern hat eine doppelte Begründung, dem jeweils ein ganzes System von dafür eingesetzten Mitteln entspricht.

(a) Struktur, Funktionsweise und Leistungsfähigkeit des Hochschulwesens der westdeutschen Länder - das, was an Universitäten und Hochschulen in diesem Sinne im Verlauf von 40 Jahren in der alten Bundesrepublik entstanden ist - soll auf die ostdeutschen Länder ausgedehnt werden.

Das ist zunächst kein ***Transformationsprozeß*** im Sinne einer eigendynamischen Revitalisierung des Systems, ***sondern ein Transfer-Prozeß.*** Man muß sich vergegenwärtigen, daß er geschichtlich einmalig ist. Man hat in anderen Regionen die eine oder andere Wissenschafts-Institution einem auswärtigen Vorbild nachgestaltet. Hier aber soll landesweit ein ganzes System von wissenschaftlichen Institutionen - nächste Zielgröße: ca 70.000 Beschäftigte anstelle von 105.000 zuvor - in einem mittelfristigen Prozeß einem Muster nachgeformt werden.

Weil sich dieser Vorgang in von Deutschen bewohnten Regionen abspielt, von denen man annimmt, daß sie in ihrer Mehrheit die Nachgestaltung der altbundesdeutschen Verhältnisse wollen (wobei inzwischen immer mehr Zweifel aufgetaucht sind, ob dieser ihr Wille von 1990 richtig interpretiert wurde und wird), gewinnt man die Vorstellung, das ein solches Unterfangen nicht nur irgendwie möglich, sondern die natürlichste Sache der Welt sei.

Aber es findet doch eine Schwerpunktvertauschung von Transfer und Transformation statt.

(b) Die andere Ebene der Erneuerung besteht darin, daß der Institutionen- und Funktionen- und Personal-Transfer ja nicht in einen leeren Raum hinein geschieht, sondern in einem Gebiet des ehemaligen deutschen Reiches, das im Verlauf eines sozial-tiefgreifenden Umgestaltungsprozesses von fast einem halben Jahrhundert Dauer über 50 Hochschulen aufgebaut hatte, wobei bestehende Gründungen, wie die alten Universitäten, bedeutend erweitert und strukturell umgestaltet wurden.

Bis 1990/91 ist niemals ernsthaft bezweifelt worden, daß all diese Hochschulen ein bedeutender Aktivposten des internationalen Wissenschaftsbetriebes waren. Durch ihre ausgeprägte Ausrichtung auf Wissenschaftskooperation mit dem Osten Europas und mit einigen wichtigen Dritte-Welt-Ländern erfüllten sie sogar internationale Ausstrahlungen und Verpflichtungen, die neu in der deutschen Wissenschaftsgeschichte waren und selbständigen Bestand neben den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik hatten. Wir haben oben Aktiva und Defizite des DDR-Hochschulwesens eingehender erörtert und wollen hier nichts wiederholen.

Der ursprüngliche Ansatz, dieses bestehende bedeutende System von Hohen Schulen in einem Teil Deutschlands zügig umzugestalten, zu modernisieren und mit dem westdeutschen System zu fusionieren, wurde Ende 1990 aufgegeben. Von den vom Wissenschaftsrat aufgestellten Zielen wurde abgerückt. Die Hauptakteure dieses Kurswechsels waren die neugebildeten Länderregierungen. Es entstand ein bestimmtes Klima, dessen Herkunft aus Parteifraktionen der Länderparlamente deutlich zu orten ist, das aus DDR-Zeiten überkommene Hochschulsystem nicht primär als wissenschaftliches Potential zu betrachten, welches angesichts der wachsenden Bedeutung von Wissenschaft zügig um- und ausgebaut wird, sondern als Herrschaftsinstrument der SED, gut für den Abriß.

So konnte eine unter den Akteuren des Erneuerungsprozesses weit verbreitete Optik umsichgreifen, gegebene wissenschaftliche Leistungen, auch oder gerade hervorragende, die als Staatsaufgaben oder in Gestalt der durch sie exponierten Personen, irgend einen Bezug zum Staat DDR hatten (und welche hatten dies nicht?) als systemnahe bzw. systemstützende Verfehlungen zu interpretieren. (44)

Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es schnell von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt: Es wurde als wissenschaftliches System verworfen und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen und einem selektierenden Reinigungsprozeß unterzogen. Selbst die Akteure dieser Unternehmung bezeichnen deren Ausmaß und Formen als historisch einmalig und in den Einzelheiten nicht voll rational beherrschbar. (z.B. der sächsische Wissenschaftsminister Meyer. vgl. oben; Anm. 21.)

Festzuhalten bleibt, daß es nach 1989 zwei Phasen der negativen Bewertung des ostdeutschen Hochschulwesens gab: Zunächst eine Pressekampagne, (begleitet von Prominenten-Äußerungen) in welcher es als wissenschaftlich obsolet dargestellt wurde. Verschiedene Prozeduren seiner Evaluierung durch bundesdeutsche Gremien sowie Überlebensunternehmungen ostdeutscher Wissenschaftler haben diese Sichtweise zurückgedrängt. 1991 folgte dann das politisch bestimmte Verdikt: Wissenschaftlich belanglos und, insofern DDR-staatsnah, personell nicht erneuerungsfähig. Es bleibt ein die deutsche Wiedervereinigung belastendes Problem, Tausende hervorragend befähigter Leute keine Chance zu geben, ihre zur Neugestaltung der ostdeutschen Verhältnisse freisetzbare Energien zu gebrauchen.

* *
*

Die Methodik der Neugestaltung schaltet zwei sehr unterschiedliche Prozesse räumlich und zeitlich eng zusammen: Abschaffung von Institutionen und Personal und Neuschaffung (Institutionen-, Funktionen- und Personal-Transfer). Beide Prozeduren erfordern die Aktivität einer Vielzahl von Gremien, erfordern Zeit und Energie, kosten viel Geld.

Man konnte eine gewisse Arbeitsteilung darin beobachten, daß die Abwicklungen und Massenentlassungen in der Hand der Länderadministrationen und der von ihnen geschaffenen Hochschulleitungen lagen, die Neugründungen und Neuberufungen dagegen in der Hand von Wissenschaftler-Gremien, deren Mitglieder zu ca 80% aus den westdeutschen Ländern kamen. Ihnen gegenüber fungierten die Administrationen als akzeptierende und ausführende Akteure, was einen inhaltlichen Diskurs nicht ausschloß.

Dennoch war das Mißverhältnis zwischen der Masse der zu koordinierenden Neugründungen, Neuberufungen und Entlassungen auf der einen Seite und anderseits das enorme Tempo, in dem alles geschah, nicht zu kompensieren. Bei allem Engagement und wissenschaftlicher Professionalität, die am Werke waren, wurde dennoch eine unübersichtliche Situation geschaffen. Neben Kahlschlagflächen gibt es Räume mit personell gut besetzten und effizient arbeitenden Neugründungen. Neben vorteilhaften Neugestaltungen der Fächerstruktur entsprechend neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen gibt es Fehlstellen im universitären Fächerkanon, unbegründete Umwidmungen, endlos verlängerte Berufungsverhandlungen, willkürliche Berufungen von bevorzugten Personen. Eine enorme Menge von Berufungen ist von Adiministrationen an den Berufungskommissionen vorbeigelenkt worden.

Es bleibt die Frage, wie die ungefügen Ziel-Mittel-Relationen, mit denen wir es hier zu tun haben, unter Kontrolle genommen werden und in Programme für die nächsten Etappen der Hochschulerneuerung einmünden können.

Eine sehr einfache Logik erschwert eine wissenschaftsbezogene Analyse: Es ist zwar möglich, Leistungen und Ergebnisse der Neugründungen bzw. der neuberufenen Wissenschaftler aufzulisten, es ist aber - und das ist prinzipiell immer so in der Wissenschaft - unmöglich, Defizite, verschenkte Möglichkeiten, abgebrochene oder ausgefallene Leistungen darzustellen. Es ist auch vielfach unmöglich, Wissenschaftsergebnisse daraufhin zu klassifizieren, ob sie im Ergebnis der Neugesteltung eingetreten sind, oder ob sie auch ohne den vollzogenen Strukturabbruch zustande gekommen wären.

Das Lehrpersonal an den Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen, auf das jetzt der größte Nachdruck gelegt wird, ist, wie wir ausführten und nochmals betonen wollen, nur das eine personal-strukturelle Standbein, das eingerichtet werden muß. Das ist nicht gerade eine einfache Aufgabe, aber doch eine solche, die traditionell ist und - woraus denn doch eine gewisse Einfachheit folgt - in ihr stellt sich die Hochschule von einer Seite dar: als Lehr- und Ausbildungsstätte für eine etwa überschaubare Studentenschaft.

Eine ebenso notwendige wie weiterführende Aufgabe ist der Aufbau des **forschungsausführenden Personals**, das zum Hochschullehrkörper, der seinen Kern bildet, und zum wissenschaftlichen Nachwuchs in sehr unterschiedlichen Beziehungen stehen. Sie können Hilfskräfte sein, oder eigenverantwortliche Altgesellen der Wissenschaft mit speziellen Aufgaben, sie können lang- oder kurzfristig gebunden sein, sie können eine **forschungs-kooperierende Peripherie** von Projektgruppen- oder Aninstitutsmitarbeiter bilden u.a.m.

Die ostdeutschen Hochschulen können hinsichtlich dieser forschungsbezogenen Form der Potentialbildung (in Form von flexiblen Personalstrukturen) in kürzester Zeit eine Strategie

einschlagen, die die westdeutschen Hochschulen bei zahlreichen konterkarierenden Umständen sehr spät und nicht zielstrebig sich zu eigen machte und die jetzt, in den späten 90er Jahren, einerseits beschritten, andererseits noch immer angezweifelt wird.

Zu all den vielen sich daraus ableitenden Einzelproblemen kann aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Forschung nur immer wieder angemahnt werden, sich mit Konstituierung der Personalstrukturen zu beeilen, weil die Fortdauer von Unsicherheiten weiterhin den Prozeß der Abwanderung befähigter wissenschaftlicher Kräfte - entweder ganz aus der Wissenschaft oder aus den ostdeutschen Ländern in Gang hält. Für die bereits ausgegliederten Kräfte müßten in stets wachsendem Umfange Parkmöglichkeiten angeboten werden: ABM-Projekte, befristete Beschäftigung, Lehraufträge mit größerer oder kleinerer Zahl an SWS, Einbindung in Drittmittel-Projekte, Angebote, vorhandene Neu- oder Ausgründungen im Bereich der außeruniversitären Forschung als An-Institute (mit stark differenzierter Verfassung) in Kooperationsbeziehungen zur Universität/Hochschule zu behalten u.a.m.

Bemerkenswert ist - wir stellen das hier kommentarlos fest - daß die Hochschulentwicklung seit dem Ende der 70er Jahre begleitet wird von Vorsätzen und Grundsätzen, die höchst wichtige Einsichten beweisen, daß aber wenig davon praktiziert wird. Ungezählte Beispiele lassen sich anführen; wir beschränken und auf eines. 1984 schrieb der BMFT: *"Die Hochschulen sind in vielen Gebieten, insbesondere aber in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung .. die fachlich wichtigsten Träger der Forschung; sie sind auf allen Gebieten der häufig entscheidende personelle und thematische Nährboden für neue Forschung. Außeruniversitäre Forschung baut in erster Linie auf der Hochschulforschung auf."* (45)

Da nun aber unbestrittenerweise gerade diese Einsicht nicht die präferente Leitlinie der Vorgänge an den Hochschulen im gegebenen Zeitraum war, schon gar nicht in Ostdeutschland, bleibt zu fragen, entspricht dieser Vorsatz nicht der Realität moderner Wissenschaftsentwicklung - oder handelt es sich um eine unbegreifliche Nichtbeherrschung des Ziel-Mittel-Zusammenhangs?

Mit Blick auf die ostdeutsche Hochschul-Erneuerung kann man diese Erfahrung hier nur anmahnen und die Frage stellen, ob Umstände in Sicht sind, daß Chancen einer anderen Weichenstellung wahrgenommen werden.

3. Das kapazitive Konzept unserer Analyse

Wir haben in unserer Analyse verschiedene Aspekte der Struktur und des Umfanges des an den Hochschulen beschäftigten Personals erörtert. Soweit nicht schon im Verlauf der damit verbundenen Explikationen bemerkt, hatte dieses Vorgehen die Bedeutung eines prinzipiellen konzeptualen Ansatzes. Er kann so charakterisiert werden, daß eine Reihe sehr wichtiger strategischer (entwicklungs-/moderne-theoretischer) und ordnungspolitischer Fragen der gesellschaftlichen Stellung und Funktion des Hochschulwesens essentiel mit dem dafür eingesetzen wissenschaftlichem Potential verbunden sind.

Unter "wissenschaftlichem Potential" verstehen wir eine bestimmte Struktur und Bewegungsform der menschlichen und sachlichen Ressourcen, die erforderlich und verfügbar sind, um die verschiedenen Formen wissenschaftlicher Tätigkeit praktisch zu betreiben.

Daß ohne Verfügung über hinreichende Ressourcen moderne Wissenschaft nicht machbar ist, konnte seit den 30er Jahren (insbesondere durch die Arbeiten von J.D. Bernal und K. Richtmyer, Derek de Solla Price und G.M. Dobrov) als wissenschaftstheoretisch konsistent

und seit den turbulenten Zeiten exponentiellen Wachtums der 60er und 70er Jahre als bereits triviale Einsicht betrachtet werden.(46)

Inzwischen hat sich, was wir schon vorausgesagt hatten, das Potential-Verständnis von Wissenschaft wieder problematisiert und zwar infolge der langen Phase von Stagnation, Saturation und "logistischem Wachstum" (de Solla Price), die nun schon ca 15 Jahre währt und die das starke Wachstum Ende der 70er Jahre beendete: Science in steady state(47)

Es war vorauszusehen, daß mit dem Ausklingen des Ressourcen-Zuwachses auf der einen Seite und der wachsenden Bedeutung wissenschaftlicher Hervorbringungen für wirtschaftliche Effizienz und sich entwickelnder gesellschaftlicher Modernität auf der anderen Seite, Spannungen im Wissenschaftssystem entstehen würden. Wir erinnern an die verschiedenen Auftritte von Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft in den 80er Jahren, die wegen der Stagnation des MPG Personals und der Mittelzuführung Alarm schlugen.(48) Die Situation an den Universitäten und Hochschulen war in dieser Zeit schon defizitär und desolat, was von der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert worden war.

Auch in der DDR, in welcher sich ja Wissenschaftsentwicklungen abspielten, die die Substanz der späteren ostdeutschen Wissenschaft 1990/91 präformierten, setzte die Ressourcen-Stagnation voll ein, multipliziert mit den Defiziten, die sich aus der Abschottung von der internationalen Wissenschaft und mit den rasch nachlassenden Innovationskapazitäten der Industrie ergaben. Das Hochschulwesen war, inmitten all des Stillstandes, dabei in einer besonders ungünstigen Situation.

Man kann mit Blick auf die von de Solla Price in der Mitte der 70er Jahre vorausgesagte wachstums-abstinente Phase der "logistischen "Wissenschaftsentwicklung, die er sich jedoch als eine Zeit turbulenter und effizienter Strukturwandlungen vorstellte, retrospektiv feststellen, daß sie Mitte der 90er Jahre mit eine Reihe ernster Defizite und Mißstände saldiert.

Die Ursache ist doppelter Art: Die nach 1980 folgerichtig einsetzende stärkere Einbindung von Wissenschaft und Forschung in marktwirtschaftliche Verwertungsprozeduren hat sich nicht als dynamische Prozedur eines effizienten Ressourcen-Recyclings realisiert, durch welches sich die enormen Wissenschaftspotentiale hätten regenerieren und revitalisieren können. (Was in weiten Bereichen der industriellen FuE charakteristischerweise völlig anders verlief, jetzt aber ebenfalls deutlich stagnative Tendenzen zeigt!)

Ohnehin hatten sich die Bedingungen für die Ressourcen-Dynamik grundlegend verändert. Das starke Wachstum speziell der 70er Jahre hatte zwei Effekte ausgelöst: Das große Potential-Volumen schuf ein anderes Grundverhältnis zwischen den vorhandenen kumulierten und zur Reproduktion einzusetzenden Ressourcenmassen, und es zeichnete bestimmte Zeiträume vor, in denen sich starke reproduktive Erfordernisse bemerkbar machten.

Eine solche Situation mußte mit den Gegebenheiten der Haushaltfinanzierung von Wissenschaft kollidieren, denn diese ist stetig, nichtzyklisch, ihre Quellen sind gänzlich anderer Art, als der Verwertungsprozeß von inventiven Hervorbringungen sie bedingt.

Das ist besonders dramatisch im Falle des Hochschulwesens verlaufen, dessen prinzipielle Haushaltsfinanzierung sich konfrontiert sah mit den wachsenden Forderungen an Ausbildungsleistung. Diese ist zwar im weitesten Sinne ein Ergebnis wissenschaftlicher Moderne in der Gesellschaft, aber faktisch tritt sie als hochqualifizierte Berufsausbildung auf und stellt so eine exogene Penetration für die Wissenschaftsinstitutionen dar, die mit wissenschafts-endogenen Reaktionen nicht aufzufangen ist. Die externen Bedingungen sind dann

letztlich die Ursache dafür, daß sich die Entwicklung der Hochschulen in weiter oder enger ausschwingenden Amplituden vollzieht.(49)

Im fortgeschrittenen Stadium müssen die sich daraus ableitenden Struktur-Antinomien bzw. -Krisen zu einem Vorgang führen, der als "Potential-Infarkt" für Wissenschaft und Forschung bezeichnet werden kann, dessen ernste Vorzeichen wir erleben. Im Unterschied zu einem biologischen Wesen kann die Wissenschaft daran nicht sterben, aber sie kann dauerhafte Strukturschwächen und damit Leistungs- und Qualitätsminderungen erleiden, die sich für die Gesellschaft als Standortverluste in der internationalen Rangskala des Technologiefortschrittes äußern und auf diese und andere Weise (die Wissenschaftsinstitutionen sind, was nicht ausgeführt werden muß, hochsensible gesellschaftliche Bereiche mit starker Ausstrahlung auf andere Bereiche) zu schwer voraussagbaren Krisenzuständen und gesellschaftlichen Erschütterungen führen können.

Gegenüber den bekannten Vorbehalten gegen Kapazitäts- bzw. Potential-Konzepte kann man (1) summarisch geltend machen, daß bei ausreichender ("logistisch-ausreichender") Ressourcenlage die erörterten Krisenphänomene nicht existent wären (was einschließt, daß es durchaus andere ernste Probleme geben könnte). Da aber (2) die unzureichende Ressourcenlage und die eingeschränkte Potentialdynamik faktisch gegeben sind, ist ihre Analyse kein müßiges Geschwätz über Unabwendbares, sondern eine Betrachtung von Detailproblemen, die sich aus der gegebenen Situation ableiten und die man sehr wohl beachten sollte, da sich durch angemessenes Akteursverhalten teilweise Entspannungen und mehr grundsätzliche Neuregelungen denken lassen, ohne die die Verschärfung von Krisenzuständen wirklich unabwendbar wäre.

Spezifisches Akteursverhalten (3) schließlich, hat nicht wenig dazu beigetragen, die Dinge dahinzubringen, wo sie jetzt sind. Man kann sagen, daß überall, trotz lebhafter Diskussionen über Grundfragen, rein pragmatisch verfahren wurde. Das Problem der Überlast an den Hochschulen, das Phänomen stetig anschwellender Mengen von Studierwilligen, die Rolle defizitärer Ressourcenlagen usw. wurden weithin verkannt.

Von noch nicht absehbarer Wirkung ist die Rückbildung der ostdeutschen Potentiale. Hier hat ein nur mühsam nachvollziehbares Akteursverhalten zu Potential/Struktur-Verlusten geführt, deren Langzeitwirkung eher zu fürchten ist als die momentanen Spannungen, die sich ergeben haben.

Es ist durchaus schlüssig, den Potentialaspekt der Zustände im Hochschulwesen wie folgt zu interpretieren:

Die sog. Krise des Hochschulwesens hat ihren Grund darin, daß das Hochschulpotential stagniert, und es stagniert, weil es in einem unzureichenden Netzwerk wissenschaftlicher Strukturen steckt und weil es dabei durch exogene Einwirkungen blockiert ist, jenes Maß an ***autokatalytischer Ressourcendynamik*** zu entwickeln, wie sie ganz selbstverständlich z.B. der industriellen FuE eigen ist und sei diese bloß kurzfristig marktorientiert und wissenschaftlich von eher peripherer Bedeutung.

Für die Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen hätte man sich das so vorzustellen, daß etwa auf dem Niveau von 10 - 15 Mrd. DM zusätzliche Ressourcen-Akquisitionen erfolgten, zusammengesetzt aus Forschungsförderung, Refinanzierung für Forschungsprojekte mit verwertbaren Ergebnissen und Einnahmen für berufsausbildende Leistungen, die von denen aufgebracht werden müßten, die Bildung als Ressource verwerten: Vom Bewer

ber um akademische Abschlüsse und von der Wirtschaft. Letztlich natürlich hauptsächlich von der Wirtschaft, insofern und insoweit sie die entstehenden Hochqualifikationen verwertet. Welche Formen von Umverteilungen über Fondsbildungen, Steuern, Refinanzierungsauflagen usw. dazu beitragen könnten, die Mittel in Fluß zu bringen, kann hier nicht ausgeführt werden.

Nur soviel wäre anzumerken, daß für den Fall, die Wirtschaft sähe sich außerstande, die Leistungen des Hochschulwesens: Forschungsresultate und Hochqualifikationen zu verwerten, auch nicht prozessual oder als prospektivischen Vorgriff auf künftige technologische Niveaus und gestiegene Effizienz, die klare Aussage folgen müßte, daß sich die Nation gegenwärtig und für die nähere Zukunft einen Bildungs- und Wissenschaftsstandard leistet, der über ihre Verhältnisse geht.

Wir haben bislang die Kapazitäten/Ressourcen/Potential-Aspekte der Hochschulkrise etwas weitläufiger in ihren allgemeinen Bezügen erörtert. Sie könnten schlechterdings Entwicklungsrisiken (west)europäischer Universitäten sein, weit über deutsche Grenzen hinaus - und sie sind es bereits cum grano salis in der einen oder anderen Ausprägung des Problems. Sie resultieren, wie wir oben schon schlußfolgerten, aus der antinomischen Doppelfunktion der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen, zuständig für Berufsausbildung ("Lehre" mindert diesen Aspekt herab) und Forschung zu sein.

Um schließlich auf den ostdeutschen Spezialfall zukommen, sind diese weitläufigeren Überlegungen weder abwegig noch müßig.

Das Kapazitätenkonzept, angewendet auf die Erneuerungsprozesse im ostdeutschen Hochschulwesen hat - in knapper Zusammenfassung - etwa folgende Probleme sichtbar gemacht:

(1) Die ostdeutschen Universitäten (und die wenigen noch verbliebenen anderen Hochschulen (nichteingeschlossen die Fachhochschulen) mußten ihre 1990 noch bestehenden personellen Potentiale um 40 - 60% reduzieren. Sie liegen damit bedeutend unter den Standards der westdeutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen, wenn man von einer rechnerischen Basis-Bezugsgröße, der Größe Wohnbevölkerung sowie der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung, ausgeht.

Damit sind zwei Gegebenheiten eingetreten:

(a) Die Anzahl der Studenten hat diejenige aus der DDR-Zeit bereits etwas überschritten. (136.000 gegenüber 1989 ca 132.000). Damit ist die urprüngliche Betreuungsdichte nicht mehr gegeben. Das ist zunächst ein Verlust, aber sicher kein Dilemma.

(b) Mit der erwartungsgemäß zunehmenden Menge der Studierwilligen werden bald kritische Momente erreicht werden, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Notwendigkeit, eine anspruchsvolle Hochschulforschung aufzubauen.

(2) Mit ihrem Status weit unterhalb des Kapazitäten-Standards der Hochschulen der westdeutschen Länder liegen die ostdeutschen Hochschulen noch unter einem Niveau, das sich auf spezifische Weise selbst als defizitär definiert: "Klein, aber fein".

Mit jedem Schritt zur Erhöhung der Ausbildungskapazitäten verschärft sich die ungünstige Betreuungsrelation, reproduziert sich das aus der altbundesdeutschen Hochschullandschaft bekannte Phänomen der Überlast, zunächst auf dem Niveau der früher 80er Jahre, dann aber zu schärferen Ausprägungen fortschreitend.

(3) In folgender Hinsicht besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Die Hochschulen der alten Bundesrepublik gingen in die Überlast-Situation aus einer guten Ausgangslage heraus. Sie waren seit Jahrzehnten auf- und ausgebaut und konnten als hocheffizient gelten. Sie besaßen eine orts- und sachkundige, eingearbeitete Adiministration. Die hochrangige Professionalität ihrer Gremien war sprichwörtlich.

Die ostdeutschen Hochschulen befinden sich dagegen mindestens mittelfristig im Status von Neugründungen mit noch unsteter Mitarbeiterschaft und sich allmählich bildender Programmatik bis zu Verhältnissen abenteuerlicher Improvisation. Der Übergang der Entscheidungsvorgänge von den Gründergremien, deren Auflösung begonnen hat, zu den ständigen Vertretungen führt naturgemäß zu einer Menge Turbulenzen und Friktionen.

Die Hochschul-Administrationen sind ebenfalls personelle Neugründungen, zumeist aus Mitarbeitern unterschiedlichster Herkunft und Perspektiven bestehend, oft zusammengewürfelt, ihre Funktionsmuster noch auf dem Prüfstand. Es wird allerorts hochengagiert gearbeitet, aber unverkennbar mit operativer Hektik.

Die ostdeutschen Hochschulen können keine Leistungsreserven einsetzen. Mehrlast- und Überlast-Situation werden voll auf die Produktivität und Qualität der Lehre, Betreuung, Forschung und sonstigen wissenschaftlichen Arbeit durchschlagen.

Diese Ausführungen unterstellen folgenden Hintergrund:

Dem Erneuerungprozeß der ostdeutschen Hochschulen ist (von den Akteuren) im Grunde kein Potentialkonzept oder Kapazitäten-Modell zur Orientierung beigegeben worden. Lediglich hat es einen "Flächenbezug" gegeben, der das wahrscheinliche Aufkommen an Studierwilligen berücksichtigt und daraus nach sehr ungewissen alten bundesdeutschen Ableitungen den Personalbedarf ermittelt. Ferner wurden Grundlinien der Fächerstruktur erarbeitet, aus denen dann durch die Gründungsgremien die Anzahl von Professuren bestimmt wurden.

Die Festlegungen für den Mittelbau und andere Mitarbeiter ergaben sich aus "Bedarfsabschätzungen", die aber post festum den finanziellen Restriktionen der Länderregierungen unterlagen.

Die Möglichkeit, das 1990 vorhandene DDR-Hochschulpotential zu erhalten (eingeschlossen einige unvermeidliche akute Eingriffe in die Fächstruktur und in die Personallage aufgrund der völlig veränderten politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Situation), und von dieser gesicherten Potentiallage aus mittelfristig die Hochschulen umzubilden, wurde nicht wahrgenommen.

Die Situation entspricht jetzt eher den Vorstellungen der Gründergremien und der amtierenden Adiministrationen, aber um den Preis im Umfang und Struktur unzureichender Personalkapazitäten.

Der weitere Fortgang der Dinge bleibt unvermeidlicherweise zukünftigen Möglichkeiten überlassen.

Solche Feststellungen ändern freilich nichts am Faktischen.

Sie haben den Sinn, nüchtern die Situation zu beschreiben und den Rahmen zu skizzieren, in denen sich künftige Entwicklungen abspielen sollten, um die Hochschulen der ostdeutschen Länder, die jetzt im Schlepp des Mittel-, Institutionen- und Personals-Transfers liegen, zu einer generativen Funktion im Transformationsprozeß der ostdeutschen Gesellschaft zu befähigen.

4. Das Konkordanz-Prinzip und das komparative Konzept unserer Analyse

Die kapazitive Methode bzw das Potentialkonzept, mit denen wir hier umgehen, zielt auf den Vergleich. Das hat seinen Grund darin, daß es Postulate für Standards wissenschaftlicher Potentiale nicht geben kann. Der Umfang von Potentialen und Kapazitäten in der Wissenschaft ist ein entwicklungsgeschichtliches Resultat. Für oder gegen ein bestimmtes Format (Einheit von Struktur und statistischer Masse) spricht die Existenz von vergleichbaren Potentialen und deren abschätzbare Effizienz.

Daher gehört zu den unabdingbaren Methoden wissenschaftsstatistischer Analysen die Analyse der Konkordanz und ihrer komparativen Ausprägung.

Für die ostdeutschen Länder ergibt sich ein vernünftiger Bezugsraum aus dem Verhältnis zwischen Bevölkerungsstrukturen (in zwei Ableitungen: Wohnbevölkerung und wirtschaftlich Tätige) und Hochschulpotentialen.

Die deutschen Bundesländer haben einen weitgehenden Ausgleich der Potentiale des Hochschulwesens erreicht, was zu den bedeutenden Leistungen bundesdeutscher Wissenschaftspolitik und ihrer Praktizierung föderaler Prinzipien gehört.

Die Einordnung der ostdeutschen Länder in diesen Bezugsraum bestehender Länderpotentiale erfordert, einige Bedingungen zu beachten. Dies wurde oben ausgeführt.

Obgleich es keinen mechanischen Zusammenhang zwischen Strukturen, Kapazitäten und den angestrebten gesellschaftlichen Wirkungen der Hochschulen gibt, also auch kein Zwang zur Kopie der westdeutschen Gegebenheiten in den ostdeutschen Ländern auszunachen ist, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die heutigen und die in etwa voraussehbaren Entwicklungen der ostdeutsche Hochschulen die Konkordanz-Relationen zu den westdeutschen auf nachträgliche Weise unterschreiten.

Wir haben das expliziert an kapazitiven Details. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere wird von der insgesamt unterkritischen Potentialbildung bestimmt, die auch struktur-funktionelle Zusammenhänge mit einschließt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Kompatibilität der im Verlauf der 90er Jahren sodann erneuerten ostdeutschen Hochschulen mit den Hochschulen der westdeutschen Länder nicht kapazitiv und nicht strukturell ausgelegt sein wird, sondern "nur" ordnungspolitisch, d.h. vor allem durch Nachgestaltung des föderalen Prinzips, das die Wissenschaftsministerien in den Ländern zu den maßgeblichen Entscheidungsgremien macht und durch die auf deren Akzeptanz gegründete Anpassung der neuen Länder-Hochschulgesetze an das altbundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. (50)

Insofern damit auch die innere Verfaßtheit der Hochschulen mitbetroffen ist und diese sich in einzelnen Aspekten funktional im wissenschaftlichen Leben repräsentiert, kann man weitergehen und sagen, daß es in Teilbereichen eine strukturelle Kompatibilität der Hochschulen der westdeutschen Länder mit denen in Ostdeutschland geben wird. "Wird": denn das ist noch nicht Realität.

Das ist allerdings *zunächst* ein Problem insofern, als man ja in den Landesregierungen ursprünglich von kapazitiven Postulaten ausgegangen war, die auf eine Strukur-Funktions-Isomorphie abzielten und daraus gravierende Begründungen für die Personalstruktur abgeleitet hatte, die dann den Einstieg in die beschriebenen Personalreduzierung und -entlassungen und in die Neubestimmung von Personalstrukturen bildeten.

Der von uns bevorzugte Vergleich (das komparative Konzept in unserer Darstellung) ignoriert diese angezielten Strukturisomorphien keineswegs, noch mehr, er unterstellt, daß damit auch gewisse Funktionsprinzipien zum Tragen kommen, die in Wissenschaftszusammenhängen auf entwickelte Effizienz und Leistungsstabilität hinauslaufen, aber er betont deren Grenzen, die nur durch wirklich konkordante Dimensionen in den Hochschulen Ost überschrittten werden können.

Das Konkordanz-Prinzip beschränkt sich in seiner analytisch-methodischen Handhabung nicht auf Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmungen beliebiger Zustände in den verglichenen Systemen, sondern unterstellt, daß Ähnlichkeit funktional noch nichts bedeutet, wenn sie nicht auf Bereiche ausgelegt ist, die wir als Ressourcen und Potentiale definieren.

Dabei beschränkt sich das hier praktizierte Ressourcen-und Potential-Verständnis nicht auf die Zweieinigkeit von Haushalts- und Drittmittel-Finanzierung, worauf pragmatischerweise die Kritik der Hochschulen an ihrer Ressourcenlage meist hinausläuft.

Es geht - wenn man von den unbestritten wichtigen technischen und finanztechnischen Zusammenhängen absieht - vor allem um Volumen-, Struktur- und Funktionsbestimmungen des Personals der Hochschulen, ihrer Human-Resources, einschließlich dem Aspekt ihrer zyklischen Erneuerung. Und hier liegt die crux der Hochschulerneuerung Ost, aufgegliedert in zahlreiche spezielle Problemlagen.

Wir sind weit davon entfernt anzunehmen, daß in diesen Darlegungen die Reichweite eines solchen Themas ausgeschritten ist. Noch mehr, der Gesamtzusammenhang seiner Problemschichten ist noch nicht einmal thematisiert. Weithin fehlt es an empirischer Masse, um den ganzen Kontext herzustellen, der für einen so weitläufigen Diskurs erforderlich ist.

Aber die Dimensionen, in denen eine konkordante Analyse sich zu bewegen hätte, hoffen wir doch soweit ausgeleuchtet, daß - wenn schon nicht das Objekt - so doch das Konzept thematisiert ist. Es würde hier genügen, wenn der Leser zustimmen könnte, daß konzeptual etwas Entscheidendes bewegt wurde: Die Fragen richtig zu stellen (und richtigzustellen) von welchen dann fernerhin perspektivreiches wissenschaftliches Fortschreiten am Objekt ausgeht.

Nachsatz:

Wer heute in Deutschland über Hochschulen schreibt, weniger über ihre Philosophie als über ihre Empirie, der schreibt nolens volens einen kritischen Report. Warum dies geschieht, hat der Leser, so darf der Autor hoffen, schon nach wenigen Seiten eingesehen. Die Kritik an den Hochschulen, wann, seit Jahrhunderten, fände sie nicht statt? Auch dieses Phänomen erfuhr eine Begründung. Akteure in den Administrationen und an den Hochschulen werden mit Gegenkritik antworten. Sie werden, ihr gutes Recht, geltend machen: Es wird vor Ort seit Jahrzehnten eine titanische Arbeit geleistet! Wo wäre Deutschland heute ohne das Riesenwerk seiner Hochschulen? Warum wird das nicht angemessen gewürdigt, nachgezeichnet? Was allein ist in den ostdeutschen Ländern seit 1990 an Pflichtbewußtsein und Intelligenz aufgebracht, an aufreibender Tätigkeit geleistet worden? Vieles freilich ist im Rohen, Fehler waren unvermeidlich. Zuviel und zu intensive Kritik - läuft sie nicht Gefahr, mißverstanden zu werden?

Aber das ist die Situation: Die kritische Analyse negiert nicht notwendig die erbrachten Leistungen, die weitschweifenden Pläne, zerrt sie nicht herab. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Defizitäres, Disfunktionales, welches leicht überdeckt werden kann - nicht so sehr von Leere, sondern von großer Betriebsamkeit vor Ort. Dadurch kann Leistung und Fortschreiten gemindert, ja entwertet werden. Kritik verweist auf Friktionen, die Kraft verbrauchen, auf falsche Optiken, die Großartiges unglaubwürdig erscheinen lassen. Kritik - mit dem Denkstil der Wissenschaft - belastet nicht den Diskurs, sie hilft ihn zu entwirren. Freilich ist es Sache des Lesers zu entscheiden, wieweit Absicht und Ergebnis kritischer Analyse kongruent sind.

Anmerkungen und Literatur

(Die im Anschluß an Tabellen angegebenen Quellen bzw. Belege sind in dieses Verzeichnis nicht aufgenommen worden.)

Zu Abschnitt 1
Antinomien der deutschen Hochschulerneuerung - Beschreibung eines Konzeptes

1 Vgl. dazu den empirischen Nachweis von Heiner Meulemann, daß zwar die Mobilität numerisch zugenommen hat, sich aber mit Blick auf die hierarchische Schichtung der Gesellschaft dabei kein Zuwachs an Chancengleichheit ergab. H. Meulemann. Expansion ohne Folgen? Bildungschancen und sozialer Wandel in der Bundesrepublik. In: W. Glatzer, Hrsg. Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Campus V. Frankfurt / New York 1992, S. 123ff, S. 133

2 Noch 1988 finden sich Zeugnisse großer Erwartungen an die Differenzierung der Hochschularten in den 70er Jahren. Vgl. Aylâ Neusel, Ulrich Teichler: Strukturentwicklung des Hochschulwesens.
In: Gabriele Gorzka, K. Heipke, U.Teichler, Hrsg. Hochschule - Beruf - Gesellschaft. Ergebnisse der Forschung zum Funktionswandel der Hochschulen. Campus V. Frankfurt / New York 1988, S. 307ff, S. 313.

3 Vgl. die Zusammenstellungen von H.Weber; DDR. Grundriß der Geschichte; Hannover 1991, S. 37, 69, 125, 204.

4 W. Wolter. Wissenschaftlich-technische Bildung und personelles Forschungspotential in der DDR.
In: Hg. Meyer, Hrsg. ; Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR; de Gruyter Berlin-New-York 1990, S. 89ff. Wolter berechnet, daß z.B. 1985 die DDR je 1.000 in der Industrie Beschäftigten 120 Ingenieure zählte, die BRD 46. Damit war die Gesamtzahl der Ingenieure der beiden deutschen Staaten fast gleich. DDR = 490.000; BRD = 507.000.

5 Stifterverband der Deutschen Industrie, Hrsg.; "Mittelmaß im Übermaß", Villa Hügel-Gespräch, 29.9. 1981; Essen 1982

6 Vgl. die zusammenfassenden "Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren". Wissenschaftsrat, Hrsg. Köln 1988.
Ferner: Wissenschaftsrat. 10 Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik. Bonn, 26. Januar 1993. Pressemitteilung des WR Vgl. auch die Zusammenfassung in hochschule ost (2) 1993, Heft 3, S. 36-39.

7 Eine detailreiche, um Abwägung des Positiven und Negativen bemühte empirische Untersuchung und beschreibende Studie findet sich bei Michael Bochow, Hans Joas. Wissenschaft und Karriere. Der berufliche Verbleib des akademischen Mittelbaus. Campus V. Frankfurt / New York 1987. Die Autoren schließen ihre Arbeit jedoch mit der obligaten Feststellung, daß Reformen und Detail-Regelungen dringend sind, Programme und/oder Akteure dafür aber nicht in Sicht kommen.

8 Ein charakteristischer Beleg: "Die demographische Entwicklung zeigt jedoch, daß die Zahl der Hochschulabsolventen sich in den nächsten Jahren *drastisch verringern* wird (hic!) . Wir sind deshalb besonders auf den sich jetzt qualifizierenden Nachwuchs angewiesen." H. Markl, Präsident der DFG, Vorwort. In: DFG 1988 Tätigkeitsbericht. S. 11
Die DFG bevorzugt auch 1992/93 und weiter vorausschauend eine Sichtweise, die die Probleme entspannt sieht. Den deutschen Hochschulen wird konzediert, daß Breite und Spitze der Forschungsleistung weiterhin "auf weiten Gebieten .. international an Gewicht eher noch zugenommen hat", Deutschland habe gegenüber Japan und den USA weiter aufgeschlossen und seinen 3. Platz gefestigt. Gleichwohl sei die finanzielle Ausstattung der Hochschulen von Stagnation oder realem Rückgang gekennzeichnet. Infolge der weiter gewachsenen Studentenzahlen wachse die Menge qualifizierter Förderungsanträge, die von der DFG immer häufiger negativ entschieden werden müßten. Von den westdeutschen Relationen entsprechenden Zulauf an Studenten bei verringertem Personal in den ostdeutschen Ländern erwartet man eine "mittelfristige Befruchtung" der Hochschulen. Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Hrsg. Perspektiven der Forschung und ihrer Förderung. Aufgaben und Finanzierung 1993-1996. Aufgaben, Verfahren und Finanzierung. S. 3-8.
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, unter Berufung auf die Kultusminister-Konferenz, legte sich 1985 auf einen Studentenhöchststand von 1.36 - 1.48 Mio. fest, der 1988/89 erreicht sein sollte.

(Für 1992/93 wird jedoch real von 1.83 Mio. ausgegangen, darunter 0.134 Mio Studenten an ostdeutschen Hochschulen.) Vgl.: BMBW, Hrsg.: Hochschulpolitische Zielsetzungen der Bundesregierung. In: Schriftenreihe Grundlagen und Perspektiven für Bildung und Wissenschaft 12, Bonn 1986. S. 12

9 Westdeutsche Rektorenkonferenz. Hrsg.: Dokumente zur Hochschulreform. 60/1987. Red. Wolfgang Kalischer: "Hochschulforschung auf dem Prüfstand", Protokoll der Jahresversammlung 1987, Göttingen 3.-5. Mai. Bonn-Bad Godesberg 1987

10 D. Simon. "Die Quintessenz". In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/92, S. 29

11 Vgl. S. Schattenfroh."Wenig tatsächliche Erneuerung", FAZ vom 15. Mai 1993, S. 12

12 Siehe: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Beschluß der KMK zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen .. im Sinne des Art. 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages vom 10./11. Oktober 1991

13 Vgl. Spiegel/Emnid-Umfrage: "Unfähige und faule Professoren". In: "Willkommen im Labyrinth" Der Spiegel. Nr. 16, 19. April 1993, S. 80 - 101. Eine Welle analoger Texte ging durch alle bedeutenden Medien.

14 Die Liste der Grundsatzpapiere ist lang und wächst weiter. Bemerkenswerte Zusammenfassungen sind: Torsten Bultmann, Redaktion: "Zwischen Humboldt und 'Standort Deutschland'". Diskussionspapier des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) zur gegenwärtigen Hochschuldebatte. In: Forum Wissenschaft, Hrsg. Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen, Marburg. Heft 1/1993, Dossier.
Verf.-Kollektiv der FU: Für eine Hochschulreform durch Lehrende und Lernende. (Januar 1993) In: hochschule ost (2) 1993 Heft 3, S. 25-35
Auflistung weiterer bedeutender Papiere: ebenda, S. 24
Bericht der Bundesregierung an den Bundestag: (Drs.12/4629): Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland", März 1993

15 B. Reich, Zauberei nicht möglich. In: Berliner Zeitung vom 19.4.1993, S. 15

16 Vgl.: "Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland". Dokumente zur Hochschulreform. Einstimmiger Beschluß des 167. Plenums der Hochschulrektorenkonferenz in Bonn, 6.Juli 1992; hrsg. von der HRK., S.11ff.
Zur Humboldtschen Universitäts-Idee: Vgl. H.-U. Erichsen, Präsident der HRK, Humboldt ist in der Masse erstickt. Tagesspiegel vom 1.8.1993, S. 21

17 Vgl. Spiegel-Interview mit J. Mittelstraß. "Die Unis sind reformunfähig" In: Spiegel Spezial, a.a.O., S. 134ff

18 "Logistisches Wachstum": Derek de Solla Price, der als erster die Verlaufsformen des Wissenschaftswachstums erkannte und in vielen Arbeiten beschrieb, unterschied im Verlauf der charakteristischen Parabelform der Wachstumskurve exponentielles, lineares und logarithmisches Wachstum. Vgl. Science since Babylon, New Haven 1961 und Little Science - Big Science, New York 1963. Vgl auch die Arbeiten des Ukrainers G. M. Dobrov, u.a. Wissenschaftswissenschaft, (Ost)Berlin 1970, S. 240-247.
Das Beispiel eines ausgeführten Regressionsmodells des logistischen Wachstums des Forschungspersonals der DDR 1965 - 1985 und dessen Trendverlängerung bis 2000 findet sich bei Hg. Meyer, R. Tenzler: Quantität und Qualität der Entwicklungsstrategien des Forschungspersonals. In: Entwicklungsstrategien für das Wissenschaftspotential ... ITW-Kolloquien Nr. 42, Ms.-Druck Akademie der Wissenschaften, Berlin 1984, S. 32ff.99

19 HRK. Hrsg. Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland. a.a.O. S. 14

20 BDWi, Hrsg. "Zwischen Humboldt und 'Standort Deutschland' Redaktion T. Bultmann, a.a.O. S. V.

21 D. Simon, Die Quintessenz.. a.a.O., S. 24.

Zu Abschnitt 2:
Spezifika der ostdeutschen Problemlagen im Prozeß der Erneuerung - Kommentar zu einigen strittigen Positionen

22 Vgl. die Zusammenstellungen und Dokumentation von E. Richter, Ch. Wipperfürth; Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den neuen Ländern.
Dies.: Zur Neustrukturierung der gesamtdeutschen Forschungslandschaft. Hrsg.von den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. O.J. Etwa Anfang 1993
Ferner: E. Richter: Zur Situation von Forschung und Hochschulen in den Neuen Ländern. In: hochschule ost. Leipzig. a.a.O. (2) 1993, Heft 1.

23 Hans-Joachim Meyer, Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht. In: hochschule ost. Leipzig a.a.O. (2) 1992 Heft 6, S. 35

24 Vgl. Hochschulstruktur in Sachsen - Ein Rundtischgespräch. Leipzig 28. 11. 1991. Hrsg. von der Friedrich Ebert-Stiftung, dem Rektorat der Universität Leipzig und vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, Leipzig 1991 im Rahmen des politisch-akademischen Journals "hochschule ost".

25 Nach Angaben der KMK vgl. U. Jahnke, Hj. Otto. Stellen und Personalabbau an den Hochschulen 1989 bis 1992. In: Hilde Schramm, Hrsg.: Hochschule im Umbruch. Basis Druck Verlag Berlin 1993. S. 414f. Diese Rechnung berücksichtigt nicht die Rotationsverluste!

26 Szenarien dieses Prozesses, wie sie bereits 1990/91 vorstellbar waren, wurden vom Verf. in folgenden Schriften thematisiert: Hg. Meyer: Wissenschaftspolitisches Memorandum. In: Forum Wissenschaft, hrsg. vom Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen, (7) 1990, H. 3.
Ders. Kontinuität, Brüche, Erneuerung. - Die Wissenschaft in Ostdeutschland. In: UTOPIE kreativ. Heft 7, März 1991, S. 16ff
Ferner: Ch. Melies, Hg. Meyer. Transformation der Wissenschaft im Osten. Fusion - Filetierung - Integration - Neugründung? In: W. Richter, Hrsg. Unfrieden In Deutschland. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet. KOLOG-Verlag Berl.in 1993, S. 21 -52

27 In: Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte...; hrsg. vom Rektor. Heft Mai 1993, S.1f

28 Mitteilung im Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern in einem Gespräch am 10.12.1992.
Ferner:
Kultusministerium, Pressinformation vom 14.10. 1992. Anhang. *Kategorien* der Empfehlungen der Ehrenkommissionen zur Eignung von Hochschulmitarbeitern gemäß Musterverfahrensordnung ... des Landes Mecklenburg-Vorpommern gem. Artikel 1 § 2 des HEG von 19.2.1991.

Kategorie	Erläuterung	Kategorie	Erläuterung
I	Kein Fehlverhalten	V	Dauernde Aberkennung des Rechtes auf Wahrnehmung eines Amtes
II	Geringfügiges Fehlverhalten, keine Maßnahmen	VI	Änderung des Arbeitsverhältnisses, Senkung der Vergütung
III	Mißbilligung	VII	Schweres Fehlverhalten, ordentliche Kündigung
IV	Zeitweise Aberkennung des Rechtes auf Wahrnehmung eines Amtes i.d. Hochschule	VIII	Schweres Fehlverhalten, außerordentliche Kündigung

29 Vgl. die Dokumentation, hrsg. von E. Dahlke, H. Becker und E. Bludau: "Abwicklung von Einrichtungen der Wissenschaft und des Hochschulwesens der ehemaligen DDR", Druckhaus Friedrichshain, Berlin 1991

30 Nicht ausgewertet werden können im Einzelnen die Arbeiten im Kapitel 4 "Hochschulplanung in den neuen Bundesländern" in: Hilde Schramm, Hrsg.: Hochschule im Umbruch - Zwischenbilanz Ost. a.a.O. mit Beiträgen von G. Köhler, F-W. Geiersbach, H-J. Block, T. Klose, J. Schneider, D. Scherer, M.Weegen, I. Lischka, W. Krieger, G. Kreutzmann, G. Mulder. Der Verf. verdankt diesen Arbeiten viele wichtige Anregungen.

31 Zur Situation der Hochschullehrer und zur Funktion von Forschung in DDR-Hochschulen vgl. J. Boschan. Die Professoren der Universitäten und Hochschulen der DDR. In: Hg. Meyer. Hrsg. Soziologen-Tag Leipzig 1991 - Protokoll. Akademie V. Berlin 1992, S. 689ff
Ferner: Empirische Untersuchungen 19886/87 ergaben, daß weniger als die Hälfte der an der Akademie der Wissenschaften besonders geförderten Nachwuchswissenschaftler von ihren Professoren hinsichtlich ihrer Eignung für selbständige Forschungstätigkeit eingeschätzt worden waren. (N= 510) Vgl. einen Bericht über Ergebnisse dieser Untersuchungen: G. Groß. "Zur Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses". In: Zentrale Bildungsstätte der AdW, Hrsg.: Zur Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der AdW der DDR. Ms.-Druck AdW, Berlin 1988, S. 22.

32 Vgl.: R.H. Stein. Absolventen der Fach- und Hochschulen der DDR. Projekt Hochschulforschung, Bericht Nr. 1/1993, Berlin 1993, S.4.
Nach HIS-Mitteilung (vgl. DUZ 1992, Heft 11, S. 5) beträgt die aktuelle Abbrecherquote in den alten Bundesländern bei Universitäten 31%, bei Fachhochschulen 20%.

33 Hg. Meyer. Wissenschaftspolitik, Intelligenzpolitik - Das Personal für Wissenschaft, Forschung und Technik in der DDR. In: ders. Hrsg.: Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR. a.a.O.vgl.S.18 - 29
A. Burkhardt, D. Scherer. Personal an Hochschulen in den neuen Bundesländern. Ausgangspunkte und Perspektiven. In: Beiträge zur Hochschulforschung. Hrsg. Bayrisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Heft 3-1991.
Zur Einordnung der Hochschulpotentiale in die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft: Vgl. W. Meske. Zum Wissenschaftssystem in den neuen Bundesländern und dessen Veränderung im Zeitraum 1990/91. In: Hg. Meyer. Hrsg. Soziologen-Tag Leipzig 1991 - Protokoll , a.a.O. S. 679ff
Ferner: R.H. Brocke, E.. Förtsch. Forschung und Entwicklung in den Neuen Bundesländern 1989-1991. Stuttgart 1991.
Ferner die schon genannten Arbeiten von Werner Wolter sowie W. Wolter und H. Krepel: Ingenieurausbildung in der DDR und der BRD 1960 - 1985 - Ein Vergleich. Ms.-Druck, Zentralinistitut für Hochschulbildung 1987, im Bestand Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. ferner: M. Lötsch u. Autorenkollektiv: Ingenieure in der DDR, Berlin Dietz Verlag 1988. Ferner: Ingrid Lötsch: Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1981. Ms.-Druck. Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften 1895.
Vgl auch die Beiträge in: Hg. Meyer, Hrsg.: Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR.a.a.O.

34 G. Buck-Bechler, H. Jahn: Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern. Hrsg. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Jan. 1993. Vgl. Quellenverweise auf diese Autoren in den hier nicht erwähnten Anmerkungen zu den Tabellen.

35 Vgl. M. Weegen. Studierende und Personalbedarf in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2000. In: H. Schramm, Hrsg.; Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost. a.a.O. S. 160ff
H. Adler, I. Lischka: Zur Entwicklung der Studienberechtigten- und Studienanfängerzahlen in den neuen Bundesländern. In: Bildung und Gesellschaft vor neuen Herausforderungen; Hrsg. Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V. (wfo) Berlin, Dez. 1991, S. 31ff. Vgl. auch hier Quellenverweise auf diese Autoren in den hier nicht erwähnten Anmerkungen zu den Tabellen.

Abschnitt 3:
Rekonstruierende komparative Darstellung der Hochschulpotentiale der Bundesländer und die Struktur-Konkordanz bei der Hochschulerneuerung Ost

36 Eben diesen Effekt übersieht Kriesel, wenn er meint, Sachsen habe sich aus Gründen der Sparsamkeit klug auf das für seine Hochschulen weniger Aufwand treibende Baden-Württemberg eingestellt. Im Grunde haben solche Überlegungen lediglich den "Stadtstaaten-Effekt", d.h. die Potentialmassierung in Großstädten (soweit diese kulturell-wirtschaftliche Zentren sind) ignoriert. Daraus folgen dann solche Entscheidungen, wie der Kapazitäten-Abbau in Leipzig, den wir an anderer Stelle erwähnen.
Vgl. Hochschulstruktur in Sachsen - Ein Rundtischgespräch. Leipzig 28. 11. 1991. a.a.O. S. 21.

37 Ergänzender **Rangreihenvergleich** zur **Tabelle 3.3.:**
"Hochschulpotentiale der deutschen Länder 1988/89"
über 8 Dimensionen: für 4 Personalgruppen je zwei Bezugsgrößen nach der Frequenz der Wohnbevölkerung bzw. der Erwerbstätigen je Bundesland.

Land	im HS-Wesen Tätige gesamt A	dito B	an HS wissenschaftl. Tätige A	dito B	Univer-sitäten wiss. Tätige A	dito B	Profes-soren gesamt A	dito B	durch-schnitt-licher Rang-platz	Streu-ung: Rang-platz-wechs.
0	1	2	3	4	5	6	7	8	I	II
Baden-Württemberg	8	7	7	6	6	6	7	7	6,7	3
Bayern	14	11	10	10	10	9	8"	8'	10	8
Berlin (West)	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0
Bremen	13	16	5	8	5	10	3'	3	7,9	26
Hamburg	3	4	3	3	2	2	2	2	2,6	3
Hessen	7	5	4	4	8	7	5'	5	5,6	10
Niedersachsen	12	8'	9	12	7	5	8'	6	7,5	20
Nordrhein-Westfalen	15	13	14'	13	14	13	8	10'	12,5	13
Rheinland-Pfalz	16	12	13	7	12	8	11	8	10,9	20
Saarland	4	3	8	5	4	4	12'	13	6,6	19
Schleswig-Holstein	11	6	14	9	13	11	14	10	11	27
Berlin (Ost)	2	2	2	2	3	3	3	4	2,6	2
MecklenburgVorpommern	6	8	11	14	11	14	12	14	11,2	14
Brandenburg	17	17	17	17	17	17	17	17	17	0
Sachsen	5	10	6	11	9	12	5	10	8,5	27
Sachsen-Anhalt	9	14	12	15	15	15	14	15	13,6	11
Thüringen	10	15	16	16	16	16	16	16	15,1	6

Bei Rangplatzgleichheit wurden Differenzen hinter dem Komma durch Zeichen ' unterchieden.
Spalte II : Die Streuung wird vereinfacht als Anzahl der Rangplatzveränderungen in der Zählweise der Zeilen von links nach rechts ausgedrückt.

38 Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Hrsg. Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung 1988, S. 330

39 Die kapazitiven Analogien und Struktur-Konkordanzen zwischen dem Hochschulwesen der beiden deutschen Staaten vor 1989 haben mancherlei Aspekte. Ein sehr wichtiger scheint uns die Verteilung der

Professorenschaft (in der DDR einschließlich Hochschuldozenten, die etwa dem C3-Professor entsprachen) auf die Fächergruppen der Hochschulen zu sein.
Wir lassen eine Aufstellung folgen: **Professoren und Dozenten nach Fächergruppen**
- BRD-DDR-Vergleich 1990

Professoren nach Fachrichtungen	BRD gesamt	%	DDR gesamt	%	* BRD-Konkordanz
Sprach-,Kulturwissensch.,Sport **	5.585	18,2	1.310	15,9	1.870
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	5.628	18,4	1.681	22,4	1.890
Mathematik und Naturwissenschaften	5.954	19,6	1.192	15,9	2.000
Ingenieurwissenschaften	6.884	22,5	1.466	19,5	2.300
Humanmedizin	2.896	9,5	.968	12,9	.970
Veterinärmedizin	.242	0,8	.104	1,4	.80
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften	.842	2,7	.242	3,2	.280
Kunstwissenschaften	2.091	6,8	.373	5,0	.700
Zentrale Einrichtungen	.488	1,6	100	2,4	.160
Summen	30.609	100	7.516	100	10.250

Quellen: BMBW, Hrsg.: Grund- und Struktur-Daten 1991/92, a.a.O. S. 228f;
A. Burkhard / D. Scherer, Personalbestand an den Hochschulen der DDR. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, 3/91 a.a.O. Umrechnungen: H.M.
Vgl. auch Potential-Vergleich BRD - DDR bei D. Scherer: Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1989, 1990, 1991. In: H. Schramm, Hrsg. Hochschule im Umbruch. a.a.O. S. 157.
* BRD-Konkordanz: Wieviel Hochschullehrer sollte die DDR nach BRD-Standard gehabt haben?
** Sport in der DDR: Professoren und Dozenten: 111.
Konkordanz-Rechnung letzte Spalte: Rundungsfehler

40 "Ich hab mir da Beulen geholt". Spiegelgespräch mit M. Rößler, In: Spiegel Spezial 3/ 1993.S. 112

41 vgl. "Die Unis sind reformunfähig.", Spiegel-Gespräch mit J. Mittelstraß in: Spiegel Spezial. a.a.O. S. 134ff. Vgl. auch R. Reich: "Wird der Bildungsgipfel zum Offenbarungseid?" In: GEW-Zeitung blz, Heft 7/8 1993, S. 9f. Reich: "Eine bundesweite Auseinandersetzung ist nötig, um den Zusammenbruch des Hochschulwesens abzuwenden."

42 Quellen, Literatur und Erläuterungen zu Tabelle 3.9:
/+ BRD: Angaben aus: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 11: Bildung und Kultur, Reihe 4.4. 1992; Personal an Hochschulen, S. 12-15, S. 22
/++ Hessen: davon 7.500 nebenberuflich tätig, /+* mit nebenberuflichen Mitarbeitern /+** alle anderen Hochschulen, einschl. Verwaltungs-Fachhochschulen
/> Brandenburg, Quelle: Abt. Wissenschaft und Forschung im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Hrsg.: "Bericht über den Aufbau der Forschungsrichtungen im Land Brandenburg", Potsdam, Nov. 1992,Anhang, ECKDATA4.XLS
"Fachhochschulen im Lande Brandenburg", Empfehlungen der Brandenburgischen Landeskommission für Fachhochschulen. Feb. 1993, S. 123
/* Mecklenburg-Vorpommern, Quelle: Landtag des Landes M.-Vp., Hrsg. "Unterrichtung durch die Landesregierung. Hochschulentwicklungsbericht". Drs. 1/1583, 193.1992 sowie: G. Buck-Bechler. Personalentwicklung der Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Forschungs-Bericht der Gruppe Hochschul-Projekt Karlshorst. 1992, S.10.
Ferner: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch 1992, S. 56

/** Keine Mitteilung der Landesregierung über die Planung. Hier ausgewiesen: Bestand 1990. Zur Bewertung der Frequenz der Professorenschaft: Die Studentenzahl soll von 1989 = 15.000 auf 28.000 (!) in den späten 90er Jahren wachsen.

/' Sachsen-Anhalt. Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt: Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung ... Magdeburg, April 1992. /' einschl. Hochschule der Künste, Halle. /"Ohne C_2-Professoren /'" Professoren an Fachhochschulen, ca 80 - 90% des wissenschaftlichen Personals - (hochgerechnet Hg.M.)

/# Sachsen: Presseinformation des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 30. Juli 1992 In: hochschule ost; Heft 9/1992, S. 48ff, Zu den Feldern -?- : Es gibt keine verifizierbaren Mitteilungen über den zu erwartenden Personalbestand der sächsischen Hochschultypen, weder zu 1993/94 noch zu späteren Jahren.

/## Mit Berücksichtigung einer (geschätzten) unbedeutenden Personalabwanderung wurde die Hochschulmedizin des Landes Sachsen in der Frequenz des Jahres 1990 zugefügt: Wissensch. Personal: 16.000 Personen, Professoren (einschl. Dozenten) : 220 Personen. Mitteilungen der Landesregierung über den real vorgesehenen Personalrahmen der sächsischen Hochschulmedizin konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

/° Thüringen: Quelle: Landeshochschulplan zur Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Thüringen, hrsg. vom Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Jan. 1992

/°' Noch nicht berücksichtigt die Universitätsneugründung Erfurt; im Jahr 2000 ca 6.000 Studenten. Die ehem. Med. Akademie Erfurt wird teilweise in die Universität Jena integriert, eine Medizinische Hochschule soll aber bleiben. Berücksichtigt wurde die dann existierende thüringische Hochschulmedizin mit 900 wissenschaftl. Mitarbeitern gesamt (einschl. 243 Professoren, vgl. Landeshochschulplan, S. 30) einschl. Hochschulmedizin Jena. /°° ohne C2-Professoren

/~ Ostdeutsche Länder ohne Ostberlin: Die Quellenlage gestattet nur, angenäherte Werte mitzuteilen bzw. Von-bis-Werte, von denen dann der Mittelwert benutzt wurde. Alle Zahlen sind gerundet. Über die Einrichtung und Ausstattung der neuen Fachhochschulen und anderen Hochschulen liegen so lückenhafte Angaben vor, daß auf Hochrechungen und Zusammenfassungen verzichtet werden mußte. Da in der Wissenschaftslandschaft Gesamtberlins von den ostdeutschen Ländern sehr unterschiedene Entwicklungsprobleme anliegen, wurden alle Berlin-Zahlen aus den Recherchen herausgenommen. Zu Berlin vgl. Tabelle 3.6 sowie entspr. Text.

/~ "Hessischer Standard": Berechnung: Anzahl der Erwerbstätigen in Hessen (2.506 Mio. = 44,3% der Wohnbevölkerung) in Relation zur adaequaten Anzahl Erwerbstätiger in den ostdeutschen Ländern = **6.7** Mio = 1 : 2.68)(ohne Ostberlin). Die reale Zahl der derzeit in den ostdeutschen Ländern Erwerbstätigen beträgt jedoch nur 6.033 Mio Personen. Vgl. Wochenbericht des DWI, Frankfurt Nr. 29/1993, S.711.

Für komparative Berechnungen BRD : DDR bzw. Ostdeutsche Länder wird von folgenden Frequenzen an Erwerbstätigen ausgegangen: 1989: 27.9 : 9.3 Mio. = 3 : 1. Für Berechnungen, die eine "normale" Erwerbstätigkeit der Ostdeutschen unterstellen: 27.9 : 7,3 Mio = 3.8 : 1.

/= DDR: Berechnung ohne das Personal der Humboldt-Universität in Ostberlin: Quelle: A. Burkhardt, D. Scherer, S. Erdner: Personalbestand an Hochschulen der DDR 1989 und 1990. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, Projektbericht 3/1991.

Vgl. D. Scherer. Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1989, 1990, 1991. In: H. Schramm, Hrsg., Hochschule im im Umbruch, a.a.O. S. 157

Vgl. WRK, Hrsg. Arbeitsmaterialien, Zusammenstellung bildungspolitischer Daten, 3. Ausgabe, 1989, sowie Wissenschaftsrat. Geschäftsstelle. Die Hochschullandschaft in der DDR im Vergleich zur Hochschullandschaft in der BRD. Köln 1992

Die Anzahl der Gesamtbeschäftigten im Hochschulwesen der DDR betrug ca. 105.000 Personen. Nach Anlegen eines komparativen Maßes, basiert auf die Relation der Anzahl der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung 1989 in den beiden Deutschlands (= 3 : 1) wäre (einschließlich der nebenberuflichen Kräfte außerhalb des Personalstellenrahmens) ein Potential von 123.300 Hochschulmitarbeitern in der DDR adaequat gewesen. 1993 beträgt der kompatible (Soll-)Wert respectiv zu den westdeutschen Ländern für die ostdeutschen Länder - ohne Ostberlin - ca 89.000 Personen. Erwarten kann man bis 1995-97 nicht mehr als etwas über 50.000 HS-Beschäftigte.

Eine konkordante Berücksichtigung der nichtuniversitären (sowie: technischen) Hochschulen und technischen Fachhochschulen (Summe der Spalten 6 - 9) ist dem Autor z.Zt. noch nicht möglich.

43 Unsere knappe Darstellung berücksichtigt wichtige Literatur zum Problemkreis Fachhochschule, u.a.
J. Schneider. Planung von Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. In: H. Schramm, Hrsg. Hochschule im Umbruch. a.a.O. S. 148ff.
R. H. Stein. Absolventen der Fach- und Hochschulen der DDR. Projekt Hochschulforschung, Bericht 1/1993.
Landesregierung, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Hrsg.: "Fachhochschulen im Lande Brandenburg", Empfehlungen der Brandenburgischen Landeskommission für Fachhochschulen. Feb. 1993.
Wissenschaftsrat, Geschäftsstelle, Hrsg.: Empfehlung zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln 1991.
Eine analoge Bewertung der Nähe vieler DDR-Fachschulen zum Fachhochschul-Prinzip, wie hier vertreten wird, findet sich bei Wolfgang Kehr: Weiterbildung von Beschäftigten mit Hoch- und Fachschulbildung in der Industrie der ehem. DDR aus marktwirtschaftlicher Sicht. In: Bildung und Gesellschaft vor neuen Herausforderungen. Hrsg. vom Wissenschaftsforum wfo, a.a.O., S. 73ff

44 Hubert Laitko: Berlinische Landschaftspflege. Wie man Wissenschaft und Forschung verbessert. In: Forum Wissenschaft. Hrsg. Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen. Marburg, Heft 2/1992. Auch in: hochschule ost. 10/1992

45 BMFT, Hrsg.: Bundesbericht Forschung, Bonn 1984, S. 52
Einschlägig dazu: D. Simon als Präsident des Wissenschaftsrates: Es sind alle Argumente und Grundsätze schon vorgetragen. Zirkulation der Argumentation ohne reale Veränderung. Nach R. Dettmar. Stärkung des Bestehenden. DUZ 1992, Heft 14, S. 18.

46 Positionen, von denen dieser Ansatz ausgeht, werden weiter ausgeführt in G. Kröber, Hrsg.: Grundlagen der Wissenschaftsforschung, Akademie Verlag, (Ost)Berlin 1988, Kap. 1.3 und vor allem Kap. 5 (Wissenschaftspotential). Vgl auch: G. Kröber, Hg. Meyer. "Quantitative Methoden in der Wissenschaftsforschung". In: Quantitative Methoden in der Wissenschaftsforschung, Red. G. Hartung, R. Tenzler. ITW-Kolloquien Heft 73. Ms-Druck. Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1990

47 Vgl. W. Meske, Hrsg.: Nationale Wissenschaftspotentiale, ITW-Studien und Forschungsberichte Nr. 27; AdW-Ms-Drucke, Berlin 1989. S.11ff, ebenda: Hg Meyer: "Potentialentwicklung statt Ressourcenpraktizismus", S. 90ff.

48 So, als ein Beleg unter vielen, beklagte der MPG-Präsident H. Staab die "restriktive Planstellenpolitik der öffentlichen Hand". Seit der Planstellenkürzung 1982 habe lediglich die Polymerforschung eine Aufstockung erhalten. In: MPG-Spiegel, München (1985) 2, S. 16, S. 18.

49 P. Windolf, Die Expansion der Universitäten 1870 - 1985. Enke V. Stuttgart 1990, veröffentlichte ein sehr überzeugendes Konzept, das ein Jahrhundert Hochschulentwicklung berücksichtigt und welches, die Abfolge von "Expansion und Abschließung" (verbunden mit Potential-Stagnation) analysierend, den komplizierten Mechanismus von Bildungsverwertung und sozialer Struktur einsichtig macht. Vgl. zu Windolf auch Hg. Meyer. "Wissenschaftsforschung". In: Soziologische Revue (16) 1993, Heft 1, S. 26f.

50 Vgl. Hans-Joachim Meyer. Das neue Sächsische Hochschulgesetz. In: hochschule ost. a.a.O. Heft 4/1993 sowie hochschule ost special vom Juni '93, S. 5-12.